



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

**Der österreichische Rechtsanwaltsstand.
Aspekte zur Fiktion und Realität
der Jahre 1919 bis 1938**

Verfasser

Hans Wagner

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im September 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312 295

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte, Gewählte Fächer

Betreuer: ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Eigner

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung. Vom Advokaten zum Rechtsanwalt	3
2.	Der Rechtsanwalt und die Standesorganisation	11
2.1	Anwaltskammer und Anwaltsverein	11
2.2	Ausbildung und Weiterbildung	16
2.3	Ethik und Standesrichtlinien	19
2.4	Klientenschicht, Kanzleistruktur, Niederlassungsdichte	24
3.	Der Rechtsanwalt in den Tätigkeitsbereichen	31
3.1	Vor Gerichten und Behörden	31
3.2	Als politischer Mandatar	41
3.3	In Funktionen der Wirtschaft	53
4.	Der Rechtsanwalt im politischen Wandel 1918-1938	69
4.1	Im Wechsel vom Kaiserreich zur Republik	69
4.2	Im Wandel vom Rechtsstaat zum Ständestaat	77
4.2.1	Rechtsausschluss, Disziplinarrecht, Grundbuch	77
4.2.2	Numerus Clausus, Vorsorge, Autonomie, Internationales	89
4.2.3	Tarif, Winkelschreiberei, Zeitschriften, Anlassgesetze	100
4.3	Im Übergang vom Ständestaat zum Dritten Reich	107
5.	Der Rechtsanwalt aus Elitensicht	115
5.1	Elite im historischen Wandel	115
5.2	Die Positionierung des Rechtsanwalts im Spektrum der Elitekategorien	123
6.	Zusammenfassung	128
7.	Quellen- und Literaturverzeichnis	131
7.1	Quellen	131
7.1.1	Ungedruckte Quellen	131
7.1.2	Gedruckte Quellen	131
7.1.3	Elektronische Quellen	134
7.2	Literatur	134
	Abstract	139
	Lebenslauf	141

1. Einleitung

Vom Advokaten zum Rechtsanwalt

Die Anfänge österreichischer Advokatur, ausgehend vom Österreichischen Landrecht der Jahre 1236/1237, liegen in der Einrichtung des Vorsprechers im mittelalterlich-formalistischen Prozessverfahren. Bereits ab dem 14. Jahrhundert wurden die Funktionen der Advokatur und Prokuratur zu gängigen Berufsbezeichnungen.¹

Die Errichtung des Reichskammergerichtes im Jahr 1495 bewirkte schließlich die Einrichtung des bis zum Jahre 1510 existierenden Hofgerichtes, an dem Prokuratur und Advokatur bereits als Berufe ausgeübt wurden. Obwohl es sich um zwei unterschiedliche Berufe handelte, wurden sie in den Kammergerichtsordnungen nie näher definiert. Nach Lehrbüchern und Gerichtseingaben des 16. Jahrhunderts war es Aufgabe des Advokaten, die notwendigen Informationen zu beschaffen, das Vorgehen im Gerichtsverfahren mit den Parteien zu erörtern und die Gerichtseingaben zu verfassen. Aufgabe des Prokurators war es, die Gerichtseingaben zu unterfertigen, sie bei Gericht zu überreichen und bei den Gerichtssitzungen zu vertreten.² Die Rechte und Pflichten der Advokaten, Prokuratoren und Sollizitatoren wurden im Jahre 1638 für das landmarschallische Gericht in Niederösterreich mit der Verlautbarung einer Advokaten-Ordnung festgelegt.³ Die im Jahre 1749 eingerichtete Oberste Justizstelle wurde schließlich mit dem Entwurf eines Planes zur Neuordnung der Advokatur beauftragt. Dies wurde mit dem Erlass der Allgemeinen Gerichtsordnung vom 1. Mai 1781 erreicht, die als Erfordernisse für die Erteilung der Advokatur ein Studium, das Doktorat und eine dreijährige Praxis mit Prüfung vor dem Appellationsgericht festlegte. Die damit verbundene Freigabe der Advokatur wurde nach dem Tod von Josef II. allerdings durch

¹ Friedrich Kübl, Geschichte der österreichischen Advokatur, Wien 1967, 31.

² Ebd., 34-35.

³ Ebd., 60.

andere Berufsgruppen in Frage gestellt. Ab dem Jahre 1818 wurden daher einschränkend bei den wichtigen Gerichten mittels Dekret für Advokaten Höchstzahlen festgesetzt.⁴

Mit einem Gutachten vom 19. Juli 1848 sprach sich schließlich der Oberste Gerichtshof für eine unbedingte Freigabe der Advokatur aus, wenn auch die Obergerichts- und Disziplinargewalt über die Advokatur weiter bei den Appellationsgerichten verbleiben sollte.⁵ Auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 16. August 1849 wurde in der Folge die provisorische Advokatenordnung in Kraft gesetzt. Sie bewirkte eine Verbesserung der Stellung der Advokaten, weil sie einerseits die Zulassungshöchstzahlen beseitigte, andererseits die Einrichtung von Advokatenkammern erlaubte.

Damit wurde es für die gesamte Monarchie erstmals möglich, autonome Advokatenkammern einzurichten. Es war das eine, wenn auch späte Auswirkung der Ereignisse des Jahres 1848.⁶ Mit der Gründung von unabhängigen Advokatenkammern ergab sich für die Advokaten aber auch die Möglichkeit, sich der Obergerichts- und der Disziplinargewalt des Appellationsgerichtes zu entziehen, dem sie bisher organisatorisch unterstellt waren.

Für die Errichtung einer Advokatenkammer in Wien trat am 8. März 1850 Dr. Eugen Megerle von Mühlfeld, Doktorendekan der Juristischen Fakultät und Vorstand des Advokatenkollegiums, an Justizminister Anton von Schmerling mit dem Ersuchen heran, die Bewilligung zur Gründung der Advokatenkammer von Wien zu geben, die daraufhin vom Minister tatsächlich mit 13. März 1850 erteilt wurde.

Schon kurz danach kam es anlässlich der dazu einberufenen Vollversammlung vom 28. März 1850 zur Konstituierung der Advokatenkammer von Wien. Damit erhielten die Wiener Advokaten erstmals eine autonome Stan-

⁴ Ebd., 94-98.

⁵ Heinrich Jaques, Die freie Advocatur und ihre legislative Organisation. Eine Abhandlung zur Reform der deutschen und österreichischen Gesetzgebung, Wien 1868, 217-225.

⁶ Peter Wrabetz, Österreichs Rechtsanwälte in Vergangenheit und Gegenwart, Wien 2002, 54.

desvertretung, wenn es auch noch nicht zur Freigabe des Advokatenberufes gekommen war. Die Ernennung der Advokaten blieb weiterhin eine Aufgabe des Justizministers.⁷

Dennoch schlossen sich der Advokatenkammer von Wien bereits im Jahre 1851 die Wiener Neustädter Advokaten, dann die Advokaten der übrigen Kreisgerichtsstädte Niederösterreichs an. Anlässlich der Vollversammlung vom 17. Mai 1862 wurden schließlich sämtliche Advokaten Niederösterreichs und Wiens in der „Niederösterreichischen Advokatenkammer“ organisiert. Im Jahr 1919 nach dem Ende der Monarchie in „Niederösterreichische Rechtsanwaltskammer“ unbenannt, blieb ihre Organisationsstruktur bis zum Ende der Monarchie und noch darüber hinaus bis zur Erlassung der neuen Geschäftsordnung im Jahre 1923 bestehen. Zum damaligen Zeitpunkt erfolgte die Eingliederung der burgenländischen Rechtsanwälte, und damit wurde auch die Bezeichnung der Kammer mit dem Jahr 1924 auf „Rechtsanwaltskammer in Wien“ geändert.

Im Jahr 1919 mit dem Ende der Monarchie wurde unter anderem mit dem Gesetz vom 6. Februar 1919 (Novelle zur Advokatenordnung 1868)⁸ von der provisorischen Nationalversammlung die Änderung der Bezeichnungen „Advokat“ zu „Rechtsanwalt“ und „Advokatenkammer“ zu „Rechtsanwaltskammer“ beschlossen. Die Auffassungen über die Notwendigkeit dieses Unterfangens waren stark unterschiedlich. Rechtsanwalt Friedrich Kübl meinte: „Für die österreichischen Advokaten lag aber niemals ein Anlass vor, sich ihres Standes zu schämen, und infolgedessen hatten sie eine Änderung ihrer Titulatur nicht nötig.“⁹ Rechtsanwalt Ernst Jahoda kritisierte diesen Standpunkt, indem er Kübl vorwarf, dieser agiere „nicht als Historiker, sondern als Vertei-

⁷ Ebd., 60-61.

⁸ Gesetz vom 6. Februar 1919, StGBI. Nr. 95.

⁹ Kübl, Geschichte der Advokatur, 148.

diger von Ehre und Ansehen des Anwaltsstandes und verliert damit die erforderliche Objektivität.“¹⁰

Rechtsanwalt Ernst Bum, der Herausgeber der „Juristischen Blätter“, einer bedeutenden österreichischen, juristischen Fachzeitschrift, hielt es für „erfreulich, dass wir endlich die irreführende Bezeichnung ‚Hof- und Gerichtsdvokat‘ und das uns wesensfremde Wort ‚Advokat‘ losgeworden sind. Der ‚Rechtsanwalt‘ stellt die Gleichheit mit dem deutschen Mutterland her.“¹¹

Die Entstehung der Rechtsanwaltskammer in Wien und ihre historische Darstellung sollen die Grundlage dafür sein, sich das scheinbar überzeitliche Bestehen des Rechtsanwaltsstandes zu vergegenwärtigen und dessen elitärem Gehalt nachzuspüren.

An dieser Stelle ist auf das diese Arbeit auslösende Forschungsseminar „Wirtschaftseliten in Österreich und der Schweiz im 20. Jahrhundert. Ein Vergleich.“ hinzuweisen, welches von Prof. Dr. Peter Eigner geleitet wurde. Es ergaben sich in dieser Lehrveranstaltung jene Fragestellungen, die auch diese Arbeit für den Zeitraum 1920 bis 1938, den Rechtsanwaltsberuf betreffend, untersuchen will. Es geht dabei insbesondere um die Einordnung von Berufseliten in der Gesellschaft, ihre Wertvorstellungen im Hinblick auf den wirtschaftlichen und politischen Wandel und den Begriff der Elite.

Während sich historische Darstellungen zum Zeitraum 1920 bis 1938 in der Regel nur mit den politischen Ereignissen befassen, versuche ich am Beispiel des Rechtsanwaltsstandes das Auf und Ab der Entwicklung einer Berufsgruppe in dieser Zeit darzustellen. Konflikte zur Autonomie der Rechtsanwaltskammer und ihrer Mitglieder, Existenzangst und fehlende Kranken- und Pensionsvorsorge, die disziplinarische Verantwortung und der Numerus Clausus markieren die Grenzen, innerhalb derer sich nach dem Zerbrechen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie die Tätigkeit der Rechtsanwälte

¹⁰ Ernst Jahoda, Geschichte der österreichischen Advokatur 1918-1973, bearb. von Dr. Doris Ströher, Wien 1978, 5.

¹¹ Ernst Bum, Wien am 23. Februar 1919. In: Juristische Blätter (Jur. Bl.) 1/2 (1919), 52.

neu formieren musste. Sie bestimmen aber auch den Sektor der nachfolgenden historischen Betrachtung.

In eine ähnlich einschneidende Situation war die österreichische Advokatur auch schon nach der Einführung der Allgemeinen Gerichtsordnung vom 1. Mai 1781 und der durch dieses Gesetz gewährten Freigabe des Zutrittes zum Anwaltsstand geraten.¹² Wenn auch als eher konservative Standesordnung einzustufen, waren es die nachfolgenden Vorschriften, die eine vorerst hoffnungsvolle Entwicklung des Advokatenstandes rückschrittlich beeinflussten. So reichten die staatlichen Eingriffe von den mit Hofdekret vom 25. Oktober 1784 eigens bei den Justizbehörden eingeführten Korrektionsbüchern bis hin zur Zulassung der Juristen zur Advokatur, die allein von der Ernennung durch den Justizminister abhing; auch durfte niemand als Jurist promovieren, wenn er nicht bereit war, zu beschwören, keiner geheimen Gesellschaft oder Verbrüderung anzugehören.¹³ Diese staatlichen Sanktionen und Vorgangsweisen orientierten sich in Variation zu Max Webers Zugang zum „Staat als sozialem Übel“ ohne berechtigten Anlass an der Maxime „Die Advokaten sind im Staat von Übel“. Sie förderten aber auch Kampfschriften zur Abschaffung des Numerus Clausus, wie etwa die vom Rechtsanwalt Dr. Heinrich Jaques verfasste über „Die freie Advokatur und ihre legislative Organisation“.¹⁴ In deutlichem Gegensatz zur Revolution des Jahres 1848 waren Rechtsanwälte im Jahr 1918 in nur geringer Zahl an der politischen Umwälzung mit dem Niedergang der Monarchie und an der Errichtung der Republik Deutsch-Österreich beteiligt. So waren bei 170 Abgeordneten der konstituierenden deutschösterreichischen Nationalversammlung lediglich vier davon Rechtsanwälte – während vom 30. Mai 1917 bis zum 12. November 1918 in der Sessi-

¹² Kübl, Geschichte der Advokatur, 79.

¹³ Ebd., 97.

¹⁴ Siehe Fußnote 5.

on XXII. der XII. Legislaturperiode im letzten österreichischen Abgeordnetenhaus von 516 Abgeordneten nicht weniger als 63 Advokaten waren.¹⁵

Wesentliche Ursachen dieses Niederganges waren:

Von den Sozialdemokraten wurde die Anwaltschaft als Produkt des kapitalistischen Staates angesehen, das abzuschaffen wäre.

Die Anwaltschaft befand sich durch die geänderten Verhältnisse in schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis.

Die Anwaltschaft war Großteils nationalistisch; ihre politischen Vorstellungen waren total anders als jene der sozialistischen Bewegung.

In meiner Arbeit habe ich insbesondere auf die Darstellungen zur österreichischen Advokatur und ihren Rechtsanwälten (in der Folge RA) von Heinrich Jaques, Ernst Jahoda, Friedrich Kübl und Peter Wrabetz zurückgegriffen.¹⁶ Einen zweiten thematischen Schwerpunkt bildeten grundsätzliche Arbeiten, die sich mit der Elitenfrage auseinandersetzen, wie beispielhaft von Pierre Bourdieu, Hans Peter Dreitzel, Michael Hartmann und Barbara Wasner.¹⁷ Meine Forschungen konzentrierten sich aber vor allem auf das Quellenmaterial der „Österreichischen Anwalts-Zeitung“ (in der Folge Anw. Ztg.) und der „Juristischen Blätter“ (in der Folge Jur. Bl.); darüber hinaus auf die im Staatsarchiv unter Archiv der Republik (AdR), Bestandsgruppe Justiz, Bestandsgruppe Reichsjustizministerium erliegenden Personalakten von Rechtsanwälten (RJMPA), die im Wesentlichen aus dem Personalbogen (Vordruck Nr. 188) und aus den Verfügungen zur Zulassung als Rechtsanwalt aus der Zeit des Nationalsozialismus bestanden. Bei den Aktenmaterialien handelte es

¹⁵ Kübl, Geschichte der Advokatur, 145.

¹⁶ Jahoda, Geschichte der Advokatur; Jaques, Die freie Advocatur; Kübl, Geschichte der Advokatur; Wrabetz, Österreichs Rechtsanwälte.

¹⁷ Pierre Bourdieu, Klassenschicksal, individuelles Handeln und das Gesetz der Wahrscheinlichkeit. In: Revue Française de Sociologie 15 (1974); Satz und Gegensatz. Über die Verantwortung der Intellektuellen, Berlin 1989; Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg 1991; Die feinen Unterschiede. In: Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg 1992; Hans Peter Dreitzel, Elitebegriff und Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse, Stuttgart 1962; Michael Hartmann, Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft, Frankfurt am Main 2002; Barbara Wasner, Eliten in Europa, Wiesbaden 2004.

sich daher nur um einen Teil jener Personalakten, die für zugelassene Rechtsanwälte bei dem für sie zuständigen Oberlandesgericht mit allen Zeugnissen, Ausbildungsnachweisen, amtlichen Verfügungen etc. angelegt waren. Verwenden konnte ich zum Teil auch die im Archiv der Rechtsanwaltskammer Wien liegenden Personalakten, die, was den Zeitraum meiner Arbeit anbelangt, allerdings nur mehr in geringem Umfang vorhanden sind. Im Gegensatz zum Bestand des Staatsarchivs waren, aus nicht näher nachvollziehbaren Gründen, den Akten der Rechtsanwaltskammer Wien aber die jeweils zugehörigen Personalakten des Oberlandesgerichtes Wien angeschlossen und damit aus dem Fundus der Justizverwaltung in die Verfügung der Rechtsanwaltskammer Wien übertragen worden.

Zur Gliederung meiner Arbeit wäre zu bemerken, dass bis heute der Rechtsanwaltsstand hinsichtlich seiner möglichen elitären Einstufung ein unbekanntes historisch-soziologisches Phänomen geblieben ist. In Annäherung an diese Fragestellung konfrontiert nach dem mehr einführenden ersten Kapitel meiner Arbeit das zweite Kapitel mit Fragen der Standesstruktur, der ethischen Richtlinien und der beruflichen Ausbildung. Es werden aber auch wirtschaftliche und soziale Kontexte wie Klientenschicht, Kanzleistruktur und Niederlassungsdichte – allesamt wesentliche Faktoren, um eine Anwaltskanzlei erfolgreich zu führen beschrieben. Im Anschluss daran richtet sich im dritten Kapitel das Augenmerk auf spezielle Tätigkeitsbereiche des Rechtsanwalts, bei der Vertretung von Klienten, von Anliegen einer politischen Partei oder von jenen eines Wirtschaftsunternehmens. Das vierte Kapitel führt den Leser von der Phase des Niederganges der Österreichisch-Ungarischen Monarchie bis hin zum „Anschluss“ der Republik Österreich an das Deutsche Reich und fokussiert die in diesem Zeitraum unsichere, schwankende Entwicklung des Anwaltsstandes. Dabei gehe ich auch auf die Bemühungen der Anwaltschaft um Antworten zu den Problembereichen Numerus Clausus, Winkelschreiberei, Versorgung, Autonomie, Leistungstarif u. a. ein. Das fünfte Kapitel be-

schäftigt sich schließlich mit der Frage nach einer möglichen elitären Qualität der Anwaltschaft. Die nach den genannten Blickrichtungen und dem aufgezeigten Elitenspektrum offengelegte Standesorganisation wird schließlich elitentheoretisch beurteilt und eingeordnet.

An dieser Stelle will ich abschließend nicht verabsäumen, mich in besonderem Maße für die fortlaufende, stets motivierende Unterstützung bei Prof. Dr. Peter Eigner, bei Dr. Peter Melichar und Hofrat Dr. Manfred Stimmler von der Rechtsanwaltskammer Wien zu bedanken. Ohne die Genannten und ihren Zuspruch wäre ein gutes Ende dieser Arbeit nicht möglich gewesen.

2. Der Rechtsanwalt und seine Standesorganisation

2.1 Anwaltskammer und Anwaltsverein

Es war die kaiserliche Verordnung vom 16. August 1849, RGrBl. 364, mit der die provisorische Advokaten-Ordnung erlassen und damit auch die Erlaubnis zur Einrichtung von autonomen Advokatenkammern erteilt wurde. Neben der Wahrung der Standesinteressen, der Wahl der Kammerfunktionäre – Präsident, Präsidentenstellvertreter, Ausschussmitglieder, Präsident des Disziplinarrates, Disziplinarräte und Prüfungskommissäre – wurde den Advokatenkammern auch die finanzielle Verwaltung, die Wahrung von Ehre und Ansehen des Standes und die Erstattung von Gesetzesvorschlägen übertragen. Die Advokaten wurden vorerst noch durch den Justizminister ernannt. Mit der Einführung der Rechtsanwaltsordnung vom 6. Juli 1868, RGrBl. 96, wurde die Befugnis zur Zulassung der Advokaten aber auf die Advokatenkammern übertragen.¹⁸ Zu ihren Aufgabenbereichen zählte überdies die Aufsicht über die Berufsanwärter und die Bestellung der Armenvertreter. Mit der Einführung des Disziplinarstatuts vom 1. April 1872, RGrBl. 40, ging schließlich auch die ursprünglich bei den Gerichten verbliebene Disziplinargewalt auf die Advokatenkammern über. Den Gerichten war es aber weiterhin durch die Zivilprozessordnung erlaubt, im Rahmen der Sitzungspolizei über den Rechtsanwalt eine Geldstrafe bei Ordnungswidrigkeiten in einer Verhandlung zu verhängen.

Die Rechtsanwaltskammern wurden als Körperschaften des öffentlichen Rechtes von den im Kammersprengel ansässigen, in die Liste eingetragenen Rechtsanwälten gebildet.¹⁹ Soweit nach der Bundesverfassung in die Zuständigkeit des Bundes fallende Angelegenheiten an die Anwaltskammern zur

¹⁸ Vgl. Max Weiser, Rechtsanwaltsordnung und Disziplinarstatut, Wien 1927, 1-117.

¹⁹ Rechtsanwaltsordnung und Disziplinarstatut, hg. von Viktor Heller und Ernst Jahoda, Wien 1957, 18.

Vollziehung übertragen wurden (wie beispielsweise die Disziplinargerichtsbarkeit), traten sie bei Durchführung dieser Agenden mit Behördencharakter auf. Die Geschäfte der Anwaltskammern besorgten als gewählte Funktionäre der Präsident, seine Stellvertreter und der Ausschuss unter Bedacht auf die von den Kammermitgliedern in der Vollversammlung gefassten Beschlüsse.

Jede Rechtsanwaltskammer, als Länderkammer, entsandte ihre Delegierten in die Ständige Vertreterversammlung, deren Aufgabe es war, Anliegen, die für die gesamte österreichische Anwaltschaft von Interesse und Bedeutung waren, zu vertreten und durchzusetzen. Die Ständige Vertreterversammlung trat erstmals am 17. Dezember 1922 in Wien zusammen und stellte ihre Tätigkeit mit der letzten Sitzung am 20. November 1939 ein.²⁰ Was die Wiener Kammer betraf, waren als Präsidenten Dr. Julius Pfeifer von 1916 – 1922²¹, Dr. Gustav Harpner von 1922 – 1924²², Dr. Hermann Eckel von 1924 – 1932²³, Dr. Siegfried Kantor von 1932 – 1935²⁴, Dr. Otto Freiherr von Mayr²⁵ als erster Präsident, Dr. Emil Krasser²⁶ als zweiter Präsident von 1936 – 1938, Dr. Georg Freiherr von Ettinghausen²⁷ von 1938 – 1939 tätig. Ihre Amtsführung war durch die äußeren Umstände bedingt sehr unterschiedlich. Pfeifer bewirkte die Umstellung und Einschränkung der Rechtsanwaltskammer von den weiten Grenzen der Monarchie auf das enge Gebiet der Republik Deutsch-Österreich. Unter Harpner wandelte sich die zuerst Niederösterreichische Rechtsanwaltskammer genannte Standesvertretung nach dem Beitritt der Burgenländischen Rechtsanwälte zur Rechtsanwaltskammer Wien um. Harpner war auch Präsident der Ständigen Vertreterversammlung.²⁸ In seine Ära fällt die Gründung der Wirtschaftlichen Organisation der Rechtsanwälte

²⁰ Jahoda, Geschichte der Advokatur, 125.

²¹ Wrabetz, Österreichs Rechtsanwälte, 117.

²² Ebd.

²³ Ebd., 118.

²⁴ Ebd., 120.

²⁵ Ebd., 121.

²⁶ Ebd.

²⁷ Ebd., 127.

²⁸ Ebd., 117-118.

und erstmals die Einführung eines Anwaltstarifes. Der damals bereits geltende Kurrentientarif regelte lediglich einfache Standardleistungen, im übrigen aber war bis dahin die Zuerkennung von Kosten für anwaltliche Tätigkeit ausschließlich vom Ermessen der Gerichte abhängig.

Eckel trat im Kampf gegen die Winkelschreiberei und bei den Verhandlungen zum Kollektivvertrag für Kanzleiangestellte hervor.²⁹ Er bot die kostenlose Mitarbeit der Rechtsanwälte bei der Rekonstruktion des beim Justizpalastbrand vernichteten Grundbuches an. In seine Präsidentschaft fielen auch die Einrichtung des Versorgungsfonds und als „Beitrag“ der Rechtsanwälte zur Milderung der schwierigen wirtschaftlichen Lage die Senkung des Anwaltstarifs um zehn Prozent. Kantor war nicht nur ein hervorragender Organisator der Kammerverwaltung, sondern auch Präsident der Ständigen Vertreterversammlung und Vizepräsident der UIA (Union Internationale des Avocats), des ältesten Weltverbandes der Rechtsanwälte.³⁰ Überdies war er ein kompromissloser Verteidiger der Kammerautonomie und des freien Zuganges zur Anwaltschaft. Er verteidigte unerschrocken in den Jahren 1933 bis 1935 nationalsozialistische Rechtsanwälte, wenn sie allein ihrer politischen Einstellung wegen verfolgt wurden und sprach sich gegen jede Art eines autoritären Regimes aus. Im Einklang mit der Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 31. März 1934, mit der die Mandate der Ausschussmitglieder der Rechtsanwaltskammern für beendet erklärt wurden, erfolgte, mit Erlass des Bundesministeriums für Justiz vom 31. Dezember 1935, die Enthebung Kantors als Präsident der Wiener Rechtsanwaltskammer. Dies im Gegensatz zu anderen, politisch akzeptierten Ausschussmitgliedern. Durch einen weiteren, schweren Bruch der Autonomie der Anwaltskammer wurden damals auch die Mandate jener Ausschussmitglieder, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei waren, für beendet erklärt. Auch die Mandate der Disziplinarräte, des Berufungssenates und des Kammeranwaltes wurden im Verordnungsweg be-

²⁹ Ebd., 118.

³⁰ Ebd., 232.

endet.³¹ Die eklatanten und ungerechtfertigten Eingriffe in die Standesautonomie sollten aber auch dazu dienen, in der Wiener Anwaltskammer bei einer paritätischen Besetzung mit jüdischen und nichtjüdischen Kammerfunktionären, den Einfluss der ersteren zurückzudrängen bzw. in den Anwaltskammern der Bundesländer wiederum den nationalsozialistischen Einfluss zurückzudrängen. Nachbesetzungen erfolgten von da an nur mehr durch Ernennungen des Bundesministers für Justiz.³² Bei der Berufung von Mayr zum Kammerpräsidenten war es sein Protest, der dazu führte, dass Krasser als weiterer Präsident bestellt wurde. Die vorgesehene Eingliederung der Rechtsanwälte und der Anwaltskammern in das ständestaatliche System scheiterte ebenso wie die Errichtung einer Bundesrechtsanwaltskammer mit dem „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland im März 1938.³³

Bundesweit waren im Jahr 1918 2.231, im Jahr 1938 1.311 Juristen als Rechtsanwälte eingetragen.³⁴ Davon arbeiteten in Wien im Jahr 1918 1.647 und im Jahr 1938 nach dem Anschluss 608 Personen als Rechtsanwälte. Sie waren zum Teil Mitglieder von Anwaltsklubs, zum Teil auch unorganisiert. Die Anwaltsklubs wieder waren in der so genannten Sobranje zusammengefasst.³⁵ Dabei handelte es sich um eine Wahlversammlung, die in ihren Sitzungen jene Kandidaten ausverhandelte, die der Vollversammlung für die jährlichen Wahlen als wählbar vorgeschlagen wurden. Beispielhaft genannt seien der Anwaltsklub Advokatenrunde, gegründet im Jahr 1928 von Kantor und Dr. Desider Friedmann; der Club der Sozialdemokratischen Rechtsanwälte, gegründet im Jahr 1928 als Teilorganisation der Vereinigung Sozialdemokratischer Juristen, Proponent Dr. Arnold Eisler; das Soupirium, gegründet im Jahr 1869 als informelle „Souper-Gesellschaft“ – und damit eine Tischgesellschaft und kein Verein. Den Vorsitz führte im Soupirium der sogenannte

³¹ Ebd., 120.

³² Ebd., 120-121.

³³ Ebd., 121.

³⁴ Ebd., 376f.

³⁵ Ebd., 257-273.

Tischwart. Bedeutende Klubmitglieder vor dem Jahr 1945 waren Dr. Karl Freiherr von Haerdtl, Dr. Karl Feistmantel, Dr. Johann Prix und Dr. Emmerich Hunna. Der Steigerklub, gegründet am 9. März 1876, benannt nach seinem Gründer dem Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Viktor Steiger. Auch er war und blieb eine Tischrunde. Eine weitere im Jahr 1879 gegründete Tischrunde war die Wiener Advokatengesellschaft Union – sie wurde bereits im Jahr 1883 zu einem Verein umgewandelt.

Im Jahr 1922 wurde die Wirtschaftliche Organisation der Rechtsanwälte in Wien, Niederösterreich und Burgenland gegründet. Der Gründungszweck dieser Einrichtung war die „Wahrung und Förderung der Interessen seiner Mitglieder im allgemeinen und der wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Interessen im besonderen und die Förderung der wissenschaftlichen Fortbildung“.³⁶ Ein bis heute unerreicht gebliebener Erfolg dieses Vereins war die Durchsetzung des schon erwähnten Anwaltstarifs. Damit wurde die mit der Autonomie des Anwaltsstandes unvereinbare Abhängigkeit der Rechtsanwälte vom Ermessen der Richter bei der Bestimmung von Anwaltshonoraren beendet. Die Vertretungskosten wurden ab dem Jahr 1922 ausschließlich nach den von den Rechtsanwälten erbrachten, tariflichen Leistungen bestimmt und – vom Verfahrensausgang abhängig – der obsiegenden Partei vom Gericht zugesprochen. Ein weiteres wesentliches Betätigungsfeld der Wirtschaftlichen Organisation war die fortlaufend notwendige Verfolgung der Winkelschreibe-
rei, die insbesondere mit den bei den Gerichten erwirkten Unterlassungsurteilen wahrgenommen wurde.³⁷

³⁶ Ebd., 255.

³⁷ Jahoda, Geschichte der Advokatur, 11-13.

2.2 Ausbildung und Weiterbildung

Für die Tätigkeit als Rechtsanwalt bedurfte es mit der Einführung der Advokatenordnung vom 1. Jänner 1869 keiner weiteren behördlichen Zulassung oder Genehmigung.³⁸ Wohl aber musste den in § 1 der Rechtsanwaltsordnung angeführten Erfordernissen zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft entsprochen werden, um eine Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte zu bewirken. Es handelte sich dabei um den Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft, den des Vorliegens der Eigenberechtigung und den der Vollendung eines juridisch-politischen Studiums; ferner um den Nachweis der „... Ablegung der vorgeschriebenen strengen Prüfungen zur Erlangung des Doktorats an einer in (Deutsch-Österreich) der Republik Österreich gelegenen Universität ...“³⁹ Darüber hinaus war eine praktische Ausbildung in der Dauer von sieben Jahren nachzuweisen, wovon ein Jahr eine zivil- und strafgerichtliche Tätigkeit, sechs Jahre eine Beschäftigung bei Gericht oder Rechtsanwalt zu sein hatten, „... wovon wenigstens drei Jahre nach erlangtem Doktorate bei einem Rechtsanwalt zugebracht werden ...“ mussten.⁴⁰ Nach Ablegung der schriftlichen und mündlichen Rechtsanwaltsprüfung konnte die Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte jener Rechtsanwaltskammer beantragt werden, wo der Antragsteller seinen Wohnsitz nahm (auch Ort der Berufsausübung).⁴¹ Die Eintragung war von der Vertrauenswürdigkeit des Kandidaten, die vom Ausschuss geprüft wurde, und von der Ablegung des Gelöbnisses dahin, der „(deutsch-österreichischen) Republik Österreich treu zu sein, die Grundgesetze sowie alle anderen Gesetze und gültigen Vorschriften zu beobachten und meine Pflichten als Rechtsanwalt gewissenhaft zu erfüllen ...“, abhängig.⁴² RA Dr. Edmund Benedikt meinte schon in der Zeit der Mo-

³⁸ Kübl, Geschichte der Advokatur, 114.

³⁹ Weiser, Rechtsanwaltsordnung, 3.

⁴⁰ Ebd., 4.

⁴¹ Ernst Lohsing, Österreichisches Anwaltsrecht, Wien 1950, 7.

⁴² Weiser, Rechtsanwaltsordnung, 15-20.

narchie „... es gibt kaum eine ärgere Zeit als die des Konzipiententums“ und beschreibt diese wie folgt: „... mit allen Wissenschaften gespickt, tritt der junge Mann in eine Kanzlei mit der Aussicht, durch sechs volle Jahre Zufallsdienste tun zu müssen. Wie die Dinge liegen, versetzt er den größten Teil der Zeit in einem Zimmer mit ganz reizlosen Arbeiten beschäftigt, manchmal als höherer Laufbursche ...“⁴³ Bemühungen des Vereins der Rechtsanwaltsanwärter, in Wien im Mai 1926 mit einem an die politischen Parteien im Nationalrat gerichteten Memorandum eine Herabsetzung der siebenjährigen Verwendungszeit durchzusetzen, scheiterten an der ablehnenden Stellungnahme der Wiener Kammer, der sich auch die anderen Länderkammern anschlossen.⁴⁴ Für den Rechtsanwalt war es ein Teil seiner korrekten Kanzleiführung, die von ihm eingestellten Rechtsanwaltsanwärter nicht bloß als Angestellte, sondern als ihm zur Ausbildung anvertraute Juristen zu betrachten. In Wahrung dieser Verpflichtung durfte die Beschäftigung eines Rechtsanwaltsanwärters nur erfolgen, wenn für ihn hinreichende juristische Beschäftigung vorhanden und er während der Kanzleizeiten auch tatsächlich anwesend war – sieht man von seiner Tätigkeit für Klienten bei Gerichten, Behörden oder anderswo ab. Die Unterstützung einer Scheinpraxis durch Rechtsanwälte war verboten und disziplinar. Ihre Bekämpfung war ein Standesanliegen, wenn auch infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage zum Teil eine ganztägige Beschäftigung von Rechtsanwaltsanwörtern weder garantiert noch finanziert werden konnte. Die ab dem Jahr 1901 von der Rechtsanwaltskammer Wien abgehaltenen „Konzipientenseminare“ dienten dem Ausbildungserfordernis, konnten aber als Einrichtung über die Jahre nicht erhalten werden. RA Dr. Hermann Krasznas Forderung nach einer Verkürzung der Vorbereitungszeit standen RA Dr. Friedrich Kübl, RA Dr. Alois Ruzicka und RA Dr. Rudolf Braun ablehnend gegenüber, wobei Argumente wie „nicht der richtige Zeit-

⁴³ Edmund Benedikt, Die Advokatur unserer Zeit, Berlin 1912, 85.

⁴⁴ Emmerich Stefenelli-Prenterhof-Hohenmaur, Zur Frage der Abkürzung der siebenjährigen Vorbereitungspraxis der Rechtsanwaltsanwärter. In: Anw. Ztg. 13 (1926), 210.

punkt“, „die gegenwärtigen desolaten Zustände im Anwaltsberufe“ sprächen dagegen und ähnliches mehr hinreichten, den Gesetzesentwurf des Jahres 1924, der die Abkürzung auf fünf Jahre vorsah, zu verhindern.⁴⁵ In diesem Zusammenhang zu erwähnen ist die Tätigkeit der Wirtschaftlichen Organisation bei der Ausbildung der Sekretariatsangestellten der Rechtsanwälte. Ausbildungsziel war es, diesen in bestimmten Tätigkeitsbereichen der Anwaltskanzleien, z. B. im Exekutions- oder Grundbuchswesen, Fachkenntnisse zu vermitteln.

Waren die Möglichkeiten der Ausbildung für den Rechtsanwaltsanwärter noch verhältnismäßig einfach und mit den Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Rechtsanwaltsprüfung klargelegt, so war das bei der Fortbildung der bereits eingetragenen Rechtsanwälte keineswegs der Fall. Für sie waren das fortlaufende Studium von Judikatur, einschlägiger Literatur, von Gesetzblättern und Fachzeitschriften die einzige Möglichkeit, auf dem Laufenden zu bleiben. Die Mitteilungen der Rechtsanwaltskammer zu wesentlichen Gesetzesänderungen, der Besuch der jährlichen Vollversammlungen oder auch die Mitgliedschaft in einem Anwaltsklub, allenfalls in der Wiener Juristischen Gesellschaft oder im Juridisch-politischen Leseverein waren weitere Möglichkeiten zur Fortbildung.⁴⁶ Fachvorträge, aber auch der persönliche Kontakt mit der interessierten Kollegenschaft, der Austausch von Meinungen und Erfahrungen ergänzten diese vorwiegend auf Eigeninitiative beruhenden Wissensvermittlungen. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch die Österreichische Anwalts-Zeitung, die, im Jahr 1924 gegründet, die einzige Fachzeitschrift war, die ihren Lesern neben anwaltlichen Standesproblemen und Berufsfragen auch rechtswissenschaftliche Darstellungen aus den verschiedensten Rechtsgebieten und Besprechungen der wichtigsten Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes anbot. Neben den Schriftleitern RA Rudolf

⁴⁵ Rudolf Braun, Eine Novelle zur Rechtsanwaltsordnung. In: Anw. Ztg. 7/8 (1924), 53.

⁴⁶ Dazu auch: Wilhelm Brauneder, Leseverein und Rechtskultur, Der juridisch-politische Leseverein zu Wien 1840-1990, Wien 1992.

Braun und RA Hans Spitzer, waren bedeutende Rechtsanwälte Mitarbeiter der Zeitschrift. Beispielhaft seien genannt die Rechtsanwälte Paul Abel, Julius Bombiero, Emil von Hofmannsthal, Emmerich Hunna, Emil Krasser, Arthur Lehnhoff, Ernst Lohsing, Otto von Mayr, Robert Ticho, Otto Weissel und Karl Zingher. Dieses damals einzige juristische Fachorgan erfreute sich guten Zuspruches, nicht zuletzt deshalb, weil das Jahresabonnement für die vierzehntägig erscheinende Zeitung im Jahr 1927 schon für achtzehn Schillinge zu haben war, ein Preis „... der auch in zwei Halbjahresraten im vorhinein entrichtet werden ...“ konnte, womit es auch nach Ansicht der Herausgeber schlecht situierten Rechtsanwälten möglich war „... ihr Standesblatt auch weiterhin fort zu beziehen ...“⁴⁷

2.3 Ethik und Standesrichtlinien

Abgesehen von den gesetzlichen Voraussetzungen, deren Einhaltung erst die Zulassung zum Anwaltsstand ermöglichte, war der Zugang zum Anwaltsberuf seit dem 6. Juli 1868 durch den Wegfall des ministeriellen Ernennungsrechtes frei und unbeschränkt. Für die Anwaltschaft fortlaufend bestimmend blieben aber die Vorschriften der Rechtsanwaltsordnung vom 6. Juli 1868, RGBl. Nr. 96⁴⁸ und des Disziplinarstatuts vom 1. April 1872, RGBl. Nr. 40⁴⁹, in der nach den Novellen der Jahre 1906, 1919 und 1923 bestimmten Fassung. An ihnen wurde das Auftreten des Rechtsanwaltes, insbesondere seine Integrität, sein Verantwortungsbewusstsein und die Korrektheit bei der Einhaltung von Rechts- und Standesvorschriften gemessen. Gerade vom Anwaltsstand wurde erwartet, dass bei seinen Mitgliedern ein besonderes

⁴⁷ Rudolf Braun, Hans Spitzer, Bezugseinladung. In: Anw. Ztg. 1 (1927), 1.

⁴⁸ Rechtsanwaltsordnung vom 6. Juli 1868, Reichgesetzblatt (RGBl.)Nr. 96/1868.

⁴⁹ Disziplinarstatut vom 1. April 1872, RGBl. Nr. 40/1872.

Verständnis für Normen bestünde, die ethische Verhaltensweisen auferlegten, die im beruflichen wie im privaten Bereich in der besonderen Haltung des einzelnen Rechtsanwaltes ihre Bestätigung fänden. Die Grundlage des Verhaltenskodex war die Bestimmung des § 10 der Rechtsanwaltsordnung wo unter anderem festgelegt wurde „Der Rechtsanwalt ist überhaupt verpflichtet, durch Redlichkeit und Ehrenhaftigkeit in seinem Benehmen die Ehre und Würde des Standes zu wahren ...“⁵⁰ Der Rechtsanwalt wurde damit für sein Berufs- wie sein Privatleben disziplinar verantwortlich gestellt. Durch sein Verhalten durfte das Ansehen des Rechtsanwaltsstandes jedenfalls nicht beeinträchtigt werden.⁵¹ So wurde beispielsweise Rechtsanwalt Dr. K. im Jahr 1930 verurteilt wegen

„... I. des Disziplinarvergehens der Beeinträchtigung der Ehre und des Ansehens des Standes, begangen dadurch, dass er einige Tage nach der durch seine Braut A. ausgesprochenen Auflösung des Verlöbnisses an die ihm unbekannte B. ein Schreiben richtete, in dem er ihr mitteilte, dass ihr Gatte mit A. intime Beziehungen unterhalte und dass er sich für allfällige Schritte zur Verfügung halte, II. der Disziplinarvergehen der Verletzung der Berufspflichten und der Beeinträchtigung der Ehre und des Ansehens des Standes, begangen dadurch, dass er als für den minderjährigen H. gerichtlich bestellte Armenvertreter⁵² von dessen Mutter Frau H. gelegentlich der Informationseinholung ein Honorar sich ausbedang, die ihm geleistete Teilzahlung annahm, sie erst zurückstellte, nachdem er erfahren hatte, dass Frau H. dem Jugendgerichte von seinem Honorarbegehren Mitteilung gemacht habe, und sodann gegen sie eine Ehrenbeleidigungsklage einbrachte, in der er sie wider besseres Wissen erlogener Angaben beschuldigte ...“⁵³

Es wurden damit zwei Arten von Standesvergehen unterschieden. Solche, durch die gegen Berufspflichten, wie z. B. gegen die Verschwiegenheitspflicht, bzw. solche, durch die gegen Ehre und Ansehen des Standes verstoßen wurde und damit der Anwaltsstand, aber auch jeder Rechtsanwalt infolge seiner Zugehörigkeit beeinträchtigt wurde. Während es sich bei den Verlet-

⁵⁰ Lohsing, Anwaltsrecht, 150.

⁵¹ Ebd.

⁵² Die amtseigene Bestellung als Armenvertreter verbot dem Rechtsanwalt in dieser Sache die Entgegennahme jeglichen Honorars. Im Erkenntnis des Disziplinarsenats des Obersten Gerichtshofes wurden wegen des Datenschutzes schon bei seiner Veröffentlichung im Jahr 1932 die Namen der Beteiligten anonymisiert.

⁵³ Erkenntnis des Disziplinarsenats des Obersten Gerichtshofes für Rechtsanwälte vom 14. April 1932, Zl. Ds 22/31. In: Anw. Ztg. 23 (1932), 442-443.

zungen von Berufspflichten um Verstöße handelte, die zumindest allgemein geregelt in Gesetzesbestimmungen zu finden waren, blieb es bei Beeinträchtigungen von Ehre und Ansehen des Standes vorweg offen, worum es sich bei diesen Verfehlungen konkret handeln könnte. In dem Zusammenhang elementare Gebote waren die Verpflichtung des Rechtsanwaltes, in Gehaltsfragen die Standeswürde zu wahren. Verboten waren z. B. Verstöße gegen das Gehaltsübereinkommen, verspätete Lohnauszahlungen oder mit Angestellten anstatt der Entlohnung Geldgeschäfte bei Umsatzbeteiligungen durchzuführen.⁵⁴ Auch beleidigende Angriffe gegen den Anwaltsstand und Anwaltskollegen, die Verwendung von Vermittlern bei der Anwerbung von Klienten (z. B. durch Angestellte, Justizbeamte), Zeitungsreklame und marktschreierische Anpreisung waren untersagt. Das Fordern von übermäßigen Vertretungskosten, aber auch die Unterbietung tariflicher Kosten (z. B. sich bei Prozessverlust nur mit den Barauslagen zufriedenzugeben), das rücksichtslose Eintreiben offener Vertretungskosten und jede Unterstützung oder berufliche Beziehung mit Winkelschreibern war verpönt. Das galt auch für die Mitwirkung an bedenklichen Geschäften und Wuchergeschäften, für die Nichteinhaltung einer Zusage und für den Wortbruch. RA Dr. Moritz Pollatschek sah zwischen Ehre und Ansehen des Standes und dem Anspruch auf die „freie Advokatur“ einen Zusammenhang, aber zugleich auch einen Widerspruch. Wenn nämlich, wie er meinte, die Anwälte dem Staat gegenüber ohnehin mit Pflichten überlastet wären, so müssten ihnen – zumindest was „Ehre und Ansehen des Standes“ anbelangte – die Verstöße dagegen in die alleinige disziplinarische Verfolgbarkeit unter Ausschluss der Gerichte und des Obersten Gerichtshofes, als Disziplinarinstanz, übertragen werden.⁵⁵ RA Dr. Adolf Bachrach vertrat in einem vor dem Internationalen Anwaltsverband am 1. März 1929 gehaltenen Vortrag die Auffassung „Sittliches Sollen kann nicht ohne weiteres in das Prokrustesbett von Gesetzesparagraphen eingezwängt werden. Die Grenzen

⁵⁴ Lohsing, Anwaltsrecht, 159.

⁵⁵ Moritz Pollatschek, Anwaltliche Probleme. In: Anw. Ztg. 25/26 (1925), 230-234.

zwischen Sittlichkeit und Recht verschwimmen. Ihre vollständige Verschmelzung wäre ein Ideal, kaum jemals erreichbar, auch kaum anzustreben ...“.⁵⁶ Er verwies auf die Vertrauenswürdigkeit, auf Eifer, Treue und Gewissenhaftigkeit bei der Vertretung, die Verschwiegenheitspflicht, auf die advokatorische Unabhängigkeit und Ungebundenheit – sämtliche Eigenschaften, die die besondere Stellung des Rechtsanwaltes gegenüber anderen Berufsständen charakterisierten. Einen Zusammenhang von Ethos und Zahl der Anwälte (Numerus Clausus) lehnte er ab. Er betonte vielmehr die Notwendigkeit der Pflege von Kollegialität, fortlaufender Verantwortlichkeit und um der Sache willen auch das taktvolle, maßhaltende Verhalten dem Gegner gegenüber.⁵⁷ Nach Bachrach sollte der Rechtsanwalt „... jene Normen genau kennen die für Beruf und Stand gesetzt sind ...“⁵⁸, und er meinte fast resignativ: „Da ist aber eine überraschende Tatsache festzustellen. Selbst unsere Rechtsanwaltsordnung, unser Disziplinarstatut sind vielen Anwälten und noch mehr Anwaltsanwärtern eine Terra Incognita ...“⁵⁹ Allerdings war Bachrach nicht als schlichter Rechtsanwalt zu sehen. Er gehörte vielmehr, wie auch etwa RA Dr. Otto Weissel, zur damaligen Spitze der Wiener Anwaltschaft. Weissel löste mit seinem Artikel zur „konfliktlosen Streitverhandlung“ eine Diskussion in Anwaltskreisen mit dem Ziel aus, den Ablauf der Gerichtsverhandlung zwischen Rechtsanwälten, Klienten, Sachverständigen, Zeugen und Richtern von persönlichen Auseinandersetzungen freizumachen. Nur so, meinte er, könne eine allein durch Sachkenntnis bestimmte Verhandlung und Entscheidung bewirkt werden. Und so glaubte er auch den jeder Standesrichtlinie widersprechenden „Raufhandel mit Worten“ im Interesse der rechtsuchenden Klienten beenden zu können.⁶⁰ In einer Betrachtung zu „Die Advokaten unserer Zeit“ beurteilte Weissel die Entwicklung der Anwaltschaft dahin „... Die Advokatur von an-

⁵⁶ Adolf Bachrach, Ethik des Rechtsanwaltes. In: Anw. Ztg. 6 (1929), 101.

⁵⁷ Ebd., 105.

⁵⁸ Ebd., 112.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Otto Weissel, Die konfliktlose Streitverhandlung. In: Anw. Ztg. 4 (1927), 65.

no dazumal hatte mit Moral wenig, blutwenig zu tun. Ethik des Berufes war eine Terra Incognita. Wie anders ist es heute damit bestellt. Hier bewährt sich eine alte Erfahrung. Je schwerer der Lebenskampf, desto höher die Moral ...⁶¹

Dieser optimistisch gefärbten Aussage folgte kurze Zeit später schon im Juni 1936 von ihm in „Rechtsnot-Anwaltsnot“ die Festlegung „Ist an Stelle des konstitutionellen Staates der autoritäre getreten, so kann der Anwaltsstand zwar noch ein sehr verringertes Gebiet seiner beruflichen Tätigkeit sein Eigen nennen, einen großen Teil aber seines Kampfes- und Lebensterrains hat er verloren ...“ und weiter „... Die spezielle Not, in der sich der Stand befindet, ist nämlich, ... eine moralische ...“⁶²

Die in diesem Abschnitt beispielhaft erwähnten Anwälte forderten, als Vertreter einer sehr kleinen – wenn auch in ihrem Einfluss auf die Gesellschaft bedeutenden – Berufsgruppe besondere Charaktereigenschaften und ausgesuchte persönliche Qualitäten ihrer Kollegenschaft ein. Anwaltliches Standesrecht war aber schon zu dieser Zeit infolge seines Zwangsmomentes ein sozialisierendes Normengebilde besonderer Art. Nachdem der Anwaltsstand bei seinem offenen Zugang das Verhalten seiner Mitglieder nach Maßstäben wie Gerechtigkeit oder Ehre und Ansehen wertete, bestimmte sich dadurch auch deren Ethik nach den Standesrichtlinien. Diese anwaltliches Verhalten bestimmenden Normen wurden daher, über eine disziplinäre Schiene gelenkt, zum klärenden Filter für das mitmenschliche Zusammenleben der Rechtsanwälte im Pluralismus ihrer Egoismen.

⁶¹ Otto Weissel, Die Advokaten unserer Zeit. In: Anw. Ztg. 8 (1932), 149-150.

⁶² Otto Weissel, Rechtsnot-Anwaltsnot. In: Anw. Ztg. 12 (1936), 225-232.

2.4 Klientenschicht, Kanzleistruktur, Niederlassungsdichte

Die im Bereich der Wiener Rechtsanwaltskammer niedergelassenen Rechtsanwälte standen der Bevölkerung uneingeschränkt zur Verfügung, wenn es auch so war, dass sich ein Teil spezialisierte, um sich in einem bestimmten Fachbereich einen Namen zu erwerben. Auch entwickelten sich Anwaltskanzleien danach, ob ihre Klientel aus der „besseren Gesellschaft oder von den „kleinen Leuten“ kam. Ein aus der Zeit der Monarchie mitgenommener Titel wie etwa Justizrat oder ein an sich, wegen der in der Ersten Republik abgeschafften Adelstitel, unzulässiges „von“ vor dem Familiennamen konnte dem Rechtsanwalt helfen, eine bestimmte Klientenschicht anzusprechen. Noch wichtiger war aber die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu, waren Bekanntschaften und Beziehungen aus der familiären Herkunft oder aus Funktionen in der Wirtschaft, aus der Politik oder etwa durch eine Vereinsmitgliedschaft. Letztere konnte die eines Sportvereines, eines Automobilklubs, des Alpenvereins oder vielleicht des Jockey-Clubs, der Musikfreunde oder die des Senior einer Studentenverbindung sein. Vielfach bestimmte sich bei einer Kanzleiübernahme die Klientel nach dem vom Kanzleivorgänger übernommenen Mandatsbestand. Nicht zu übersehen ist, dass Rechtsanwälte am Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit häufig, um bekannt zu werden, Strafverteidigungen annahmen, um diese medienwirksam zu vertreten. Erst in der Folge wandten sie sich in ihrer anwaltlichen Tätigkeit auch den Bereichen des Zivilrechtes, des Außerstreit- und Vertragsrechtes zu. So übernahm beispielsweise RA Dr. Eduard Coumont die Kanzlei des RA Dr. Wilhelm Stammfest. Er betätigte sich vorerst als Verteidiger und war „... bald einer der bekanntesten und meist beschäftigten Anwälte auf zivilrechtlichem Gebiete ...“⁶³ RA Dr. Rudolf Proksch hingegen übernahm die Kanzlei seines Schwiegervaters RA Dr. Wilhelm Frantz und damit eine „... auserlesene

⁶³ Hermann Eckel, Nachruf Dr. Eduard Coumont. In: Jur. Bl. (1930), 331-332.

Klientel, zu der auch unter anderem die österreichisch-ungarische Bank (jetzige Nationalbank), der Jockey Klub und zahlreiche Mitglieder des alten Adels gehörten ...“⁶⁴ Oder etwa Adolf Bachrach, der gemeinsam mit RA Dr. Florian Meissner eine Kanzlei eröffnete, der als Rechtskonsulent der Polizeidirektion und Vertreter des „... Kaiserhauses, besonders der Linie Toskana, Rechtsfreund des Prinzen Philipp von Coburg und dessen Bruder, des Zaren Ferdinand von Bulgarien ...“ auftrat und bei dem, wie berichtet wurde, in seiner Kanzlei „... die Grafen und Fürsten, die Prinzen und Prinzessinnen ein und aus ...“ gingen.⁶⁵ Dazu gegensätzlich, was den persönlichen Zugang, aber auch was die Klientel anbelangte, war RA Dr. Wilhelm Wantuch. Es waren die „... Eisen- und Straßenbahner, Arbeiter, Dienstmädchen, geringe Gewerbsleute, auch der Hausmeister, die Frau aus dem Volk mit dem Kopftuch, kleine Leute ...“, die er vertrat, und er führte für sie „... zahllose kleine und auch große Prozesse ... auch um drei Kronen ... mit einer klassischen Härte, mit einer Schärfe, mit einem Zeitaufwand, als gälte es eine Welt zu gewinnen ...“⁶⁶

Zur Kanzleistruktur und zur Arbeitsweise, die stark unterschiedlich sein konnten, bedenkt man bloß die variierenden Erfordernisse im städtischen und ländlichen Bereich, blieben uns beispielhaft die Darstellung zum Linzer Advokaten Dr. Carl Beurle, berichtet in Wrabetz, und die zum Wiener Advokaten Dr. Kurt Ritter von Wiedenfeld, berichtet vom späteren Bundespräsidenten Dr. Karl Renner erhalten. Einblicke erhält man dazu auch durch Krasznas „Advokatenporträts“.

Beurle eröffnete bereits im Jahr 1890 eine Kanzlei in Linz im Haus Landstraße 9, wobei es ihm möglich war, Kanzlei und Wohnung im gleichen Haus zu haben.⁶⁷ Eine Konstellation, wie sie Anwälte eher nur selten hatten, die aber auf die Arbeitsgestaltung, die Erreichbarkeit und die Kanzleiführung

⁶⁴ Rudolf Braun, Personalnachrichten-Dr. Rudolf Proksch. In: Anw. Ztg. 24 (1927), 410.

⁶⁵ Ernst Jahoda, Geschichte und Advokatengeschichten. In: Anw. Ztg. 5 (1990), 227.

⁶⁶ Hermann Kraszna, Advokatenporträts, Wien 1920, 100.

⁶⁷ Wrabetz, Österreichs Rechtsanwälte, 107-108.

von entscheidendem Einfluss war. Karl Renner⁶⁸ berichtete, wie er als Advokatenschreiber in der Kanzlei von RA Dr. Kurt Ritter von Wiedenfeld tätig war. Zu dieser Zeit, noch vor der Einführung der neuen Zivilprozessordnung, gab es noch keine Schreibmaschine und keine mündlichen Verhandlungen. Schriftsätze wurden dem Schreiber ins Stenogramm diktiert und von diesem so übertragen, dass die Gerichtseingabe dabei möglichst ausführlich und lang wurde – hing davon doch das vom Gericht zuerkannte Honorar ab. Renner berichtete vom Sollizitator, der „... Eingang und Ausgang jedes Schriftstückes sowie die Termine künftig zu erstellender Gegenschriften vermerkt ...“ Auch wurden vom Sollizitator das Sekretariatspersonal eingeschult, Gerichts- und Behördengänge durchgeführt, soweit ein Anwalt dafür nicht nötig war, und Kassa und Geldgebarung verwaltet.

Kraszna berichtete über den Strafverteidiger RA Dr. Richard Pressburger: „In seinem Wartezimmer stauen sich die Leute ...“ und „... sein Wort wiegt schwer und wird schwer bezahlt. ...“⁶⁹ Sowie: „Die Nacht war die Gehilfin seines Fleißes ...“⁷⁰ Über den für komplizierteste Sachverhalte „zuständigen“ RA Dr. Edmund Benedikt meinte er, man müsse „... ihn in seiner Bücherei gesehen haben, wo er, gleichsam bestrahlt vom mannigfaltigen bunten Geiste der Werke, beruhigt, befriedigt und begnadet lebt.“⁷¹ Zu RA Dr. Josef Stein wusste er: „Dr. Stein hat eine große Kanzlei...“, und ist „umgeben von einem starken Stab von Mitarbeitern ...“⁷² Was Julius Pfeiffers Tätigkeit anbelangte, beschrieb er sie mit: „Die große Kanzlei des Dr. Pfeiffer ist scheinbar lautlos, während sie im Innern kraftvolle Arbeit leistet.“⁷³ Es waren das typische Seiten aus dem anwaltlichen Berufsspektrum. Zu Anwälten wie RA Dr. Julius Ofner heißt es bei Kraszna dagegen: „In seinem Bureau empfängt Dr.

⁶⁸ Dazu und im Folgenden: Karl Renner, An der Wende zweier Zeiten, Wien 1946, 229.

⁶⁹ Kraszna, Advokatenporträts, 17.

⁷⁰ Ebd., 19

⁷¹ Ebd., 24.

⁷² Ebd., 33.

⁷³ Ebd., 131.

Ofner seit Menschengedenken mit einer einzigen Hilfskraft. Erst war es ein alter Schreiber ...“ und „Seither ist es ein Fräulein, die nun auch schon bei ihm zu Jahren kam. Jeder wird von ihm vorgelassen und der Wohlgeborene wird in der gleichen Art wie der Arbeiter und Hausierer begrüßt. Dr. Ofner hat so nichts erworben als das Höchste: den Ruf seiner Größe.“⁷⁴ Oder er meinte – wobei die wesentlichen Aspekte wie folgt zusammengefasst wurden – zu RA Dr. Adolf Grüner „Wenn ich Nachts spät heimkehrte aus dem Kreise bescheidener Zecher, dann saß der Alte noch bei seinem Schreibtisch und im freundlichen Licht der Lampe erschien sein silberner Kopf über Büchern und Schriften.“⁷⁵ Zu RA Dr. Franz Holzer schrieb Kraszna wiederum: „In die Kanzlei kam er im Winter überhaupt nur strichweise, ...“ und „... in der Kleidung des Jägers, nie anders, das Gewehr von der Schulter nehmend, ...“⁷⁶ Über RA Dr. Moritz Sternberg berichtete Kraszna: „Wenn man die Bibliotheksräume des Dr. Sternberg betritt, dreht man sich wie im Kreise. Recht, Gesetz, schweizerisches, deutsches, französisches, amerikanisches, orientalisches Recht, Bücher über alle Gebiete rechtlichen Denkens und nur wenige Stunden bleiben für das Heil des Schlafes.“⁷⁷ Zu Wilhelm Wantuch ist zu lesen: Wenn er

„... morgens sein Bureau betritt, geht er wie ein Fremder mit kurzem Gruß an seinem Personal vorbei, mustert seinen Schreibtisch und beginnt sofort die Arbeit. Die Glocke läutet einmal. Es erscheint eine Beamtin, die ihm die Post bringt und über telefonische Anfragen berichtet. Dann läutet die Glocke zweimal, dies gilt dem Konzipienten, der, eingetreten, durch eine Handbewegung zum Platz nehmen eingeladen wird. Der Konzipient entfernt sich mit seiner Aufgabe, die ihm besonders der Chef nicht leicht macht. Vorher noch der Meinung, es wäre ein einfacher Waffengang, geht er nachdenklich – belehrt seiner Wege. Er tritt in keine Vertraulichkeiten zu seinem Personal, auch nicht zu seinem Rechtsgehilfen, dem zukünftigen Kollegen. Selten reicht er seinen Mitarbeitern die Hand, aber es ist dann wie ein feierlicher Dank. Kein Wort wird gewechselt, das nicht mit dem Kanzleibetriebe zusammenhinge, dem Kanzleiinteresse diene. Er bleibt einsam und fern. Er arbeitet von früh bis spät nachts, lässt es acht, neun, zehn Uhr werden. Und wenn er seine Amtsräume

⁷⁴ Ebd., 53.

⁷⁵ Ebd., 62f.

⁷⁶ Ebd., 63f.

⁷⁷ Ebd., 79.

schließt, trägt er eine Tasche, die zu bersten droht, unter dem Arm, um sie um Mitternacht wieder zu öffnen.“⁷⁸

Derartige Beschreibungen sind nur für den ersten Augenblick anekdotisch und unterhaltsam. Bei genauerer Betrachtung zeigen sich für uns damit Anwaltskanzleien für Klienten unterschiedlicher Gesellschaftsschichten, aber auch Büros unterschiedlichster Art, was die Anzahl des Personals, dessen Behandlung, den Arbeitsstil dieser Betriebe, die Arbeitszeit und die Methodik ihrer Führung anbelangten. Dazu kommt, dass die erwähnten Rechtsanwälte in ihrem Berufszugang als Anwaltstypen zu bezeichnen sind. Die beschriebenen Rechtsanwälte entsprachen durchaus Variationen, wie sie auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt in einer ähnlichen Weise bei vielen Rechtsanwälten gefunden werden könnten.

Im Jahr 1920 wurde eine Rechtsanwalts- und Notarsgehilfenkammer geschaffen, deren Aufgabe es war, die Interessen der Rechtsanwaltsgehilfen zu vertreten. Keine Schichte von Angestellten war bis dahin gesetzlich so wenig erfasst, obwohl gerade der Sollizitator, der Kanzlist oder der Schreiber (bis in die Neunzigerjahre des 19. Jahrhunderts nur Männer) wichtige Fachtätigkeiten verrichteten und die für die Anwaltskanzleien tragenden Bediensteten waren. Zur Kanzleigröße und ihrer Ausstattung ist im Rahmen dieser Arbeit allgemein zu bemerken, dass sie, was den Zeitraum 1920 bis 1938 anbelangte, vom Einzelanwalt ohne Sekretärin bis zu damals schon großen Kanzleien mit einer Zusammenarbeit von etwa drei Rechtsanwälten reichen konnte. Eine Kanzlei dieser Größe verfügte über etwa zwei Rechtsanwaltsanwärter, drei weibliche Schreibkräfte, einen Sollizitator und einen Gehilfen. Der Beruf des Sollizitators und des Gehilfen war aber im Aussterben begriffen. Kanzleileiterinnen und Sekretärinnen folgten ihnen nach, weil sie billiger, meist auch fleißiger, bescheidener und gewissenhafter waren.⁷⁹ Die Räumlichkeiten konnten mehr oder weniger separierte Teile der Privatwohnung eines Rechtsanwalts oder

⁷⁸ Ebd., 100-102.

⁷⁹ Hans Mittler, Anwälte- oder Anwärtersperre. In: Anw. Ztg. 13 (1926), 198.

auch speziell angemietete Kanzleiräumlichkeiten sein. Zur Verwendung als Kanzlei waren grundsätzlich vorhanden: Ein Vorzimmer, zugleich Wartezimmer für Klienten, der Kanzleiraum mit Aktenschrank, Stehpult für Terminkalender, Schreibtisch für Sollizitator, nach Erfordernis Schreibmaschinen und Schreibplätze für die Sekretärinnen; das Chefzimmer war eingerichtet im Stil eines „Herrenzimmers“ mit Schreibtisch, Ledersitzgarnitur, Luster und Teppichen – bei gehobenem Standard Perserteppichen. Die Rechtsanwaltsanwärter wurden in den vorhandenen Nebenräumen (Kabinetten) weit weniger komfortabel untergebracht; vorhandene Küchen und WCs dienten der allgemeinen Verwendung.

Was die Niederlassungsdichte anbelangte, war sie in der Wiener Rechtsanwaltskammer am höchsten. Anhand der Darstellungen von Jahoda und Wrabetz ergaben sich dazu für die Wiener Rechtsanwaltskammer nachfolgende Zahlen:⁸⁰

Jahr	1918	1922	1927	1933	1937	1938
Rechtsanwälte	1.647	1.962	2.267	2.459	2.521	771

Folgt man der Darstellung Mittlers aus dem Jahr 1926, der mit von obiger Statistik leicht abweichenden Zahlen operiert, so stieg rückblickend ab dem Ende des Jahres 1922 die Bevölkerungszahl in Österreich jährlich um sieben Promille.⁸¹ In diesem Zeitraum wuchs in Wien die Anzahl der Rechtsanwälte von 1.779 auf 1.956, in Österreich von 2.433 auf 2.780. Die Zahl der Rechtsanwälte stieg daher nach Mittler in Wien jährlich um 59 Personen oder 3,35 Prozent, in Österreich jährlich um 116 Personen oder 4,75 Prozent. Das bedeutete, dass sich Rechtsanwälte in Wien etwa fünfmal, in Österreich etwa neunmal so stark vermehrten, als es dem Bevölkerungszuwachs für diese Zeit entsprach. Die Argumentation Mittlers zum Numerus Clausus des Anwaltsstandes und zur Anwärtersperre war daher in jedem Fall verständlich, wenn

⁸⁰ Jahoda, Geschichte der Advokatur, 137; Wrabetz, Österreichs Rechtsanwälte, 376.

⁸¹ Mittler, Anwälte- oder Anwärtersperre, 196.

man überdies bedenkt, dass die Anzahl der Rechtsanwälte österreichweit von im Jahr 1918 2.231 Personen auf im Jahr 1937 3.071 Personen anstieg, um im Jahr 1938 auf 1.311 Personen abzusinken. Dazu kam, dass durch die schlechte wirtschaftliche Lage tausende selbständige Existenzen vernichtet wurden und durch Börsenkrach und Spekulationen das Volksvermögen dramatisch verringert wurde.⁸² Damit war, für die überwiegende Zahl der Standesangehörigen, welche Zuwachsrates man auch annehmen wollte, eine anständige Existenzmöglichkeit von vornherein ausgeschlossen.

⁸² Hans Kernbauer, Fritz Weber, Von der Inflation zur Depression. Österreichs Wirtschaft 1918-1934. In: Austrofaschismus, hg. von Emmerich Talos und Wolfgang Neugebauer, Wien 1984, 1-30.

3. Der Rechtsanwalt und seine Tätigkeitsbereiche

3.1 Vor Gerichten und Behörden

Als erstes stellte und stellt sich beruflich für den Rechtsanwalt die Frage nach seinem gehörigen Umgang vor Gericht und vor Behörden. So erhielt dazu beispielhaft RA Dr. Samuel Ringer ein Schreiben des Bezirksgerichtes Stockerau mit nachfolgendem Inhalt:

„Am 21. Juni a. c. langte bei dem hiesigen Gericht eine an das Bezirksgericht Stockerau adressierte und mit der Stampiglie Rechtsanwalt J. U. Dr. S. Ringer, Wien 2, Tauberstraße 21a, sowie mit einer unleserlichen Unterschrift versehene Postkarte folgenden Wortlautes ein: An das Bezirksgericht Stockerau, G.Z. E 942/27. Die gefertigte Kanzlei ersucht um endliche Erledigung des Einstellungsantrages in Sachen Margarete Sandner contra Eduard Lehner, G.Z. E 942/27, welcher beinahe vor einem Monat an dieses Gericht abgesendet worden ist. Einer postwendenden Erledigung entgegensehend, zeichnet hochachtungsvoll für die Kanzlei: (folgt Stampiglie und Unterschrift). Diese Karte ist offenbar von Ihrer Kanzlei verfasst. Hiezu wird bemerkt, dass laut hg. Akt E 942/27 der Einstellungsantrag Dr. Ringer am 30. Mai 1929 hg. eingelangt ist, am 13. Juni 1929 vom gefertigten Richter der Einstellungsbeschluss gefasst, welcher am 18. Juni 1929 von der Kanzlei entfertigt wurde. Bei der notorischen Überlastung der Gerichte kann diesfalls von einer wesentlichen Verzögerung nicht gesprochen werden, sodass die Urgenz Ihrer Kanzlei an sich nur zum geringen Teil berechtigt erscheint. Es muss jedoch, abgesehen von der unzulässigen Form (Postkarte), der Ton, in dem die Karte gehalten ist, als sachlich völlig ungerechtfertigt und persönlich ungehörig zurückgewiesen werden“.⁸³

Die Kritik an der mangelhaften Erledigung wurde RA Ringer, obwohl gerechtfertigt, vom Gericht sofort als ungehörige Schreibweise nachteilige ausgelegt – die einen disziplinären Verstoß gegen die Berufspflichten des Rechtsanwaltes darstellen konnte. Ob Ringer sanktioniert wurde, ist nicht bekannt.

Zu dem Umstand einer angeblichen Überlastung von Gerichten und Behörden, mit dem Rechtsanwälte permanent konfrontiert waren, und wie damit umgegangen wurde, sei beispielhaft die Mitteilung des RA Dr. Maximilian Winkler angeführt:

⁸³ Samuel Ringer, Zum Kapitel: Überlastung der Gerichte. In: Anw. Ztg. 15/16 (1929), 309.

„Beim Bezirksgericht Meidling wurde ein Kündigungsprozess zur Z. 2C 788/29 durchgeführt und gegen das Urteil I. Instanz die Berufung überreicht. Nachdem der Akt bereits dem Landesgericht Wien für Z.R.S abgetreten worden war erhielt ich eine Vorladung, beim Bezirksgericht Meidling wegen Einvernahme persönlich zu erscheinen. Da ich mich gerade auf Urlaub befand, gab dies meine Kanzlei dem Bezirksgericht Meidling telefonisch bekannt und erhielt die Auskunft, dass mein Erscheinen bei Gericht nötig sei. Nach meiner Rückkehr begab ich mich sofort zum genannten Bezirksgericht, wo mir bloß eine Zuschrift des Landesgerichtes gezeigt wurde, dass zwei Beilagen fehlen und ein – nebenbei bemerkt beim Bezirksgericht Meidling selbst befindlicher – Abhandlungsakt angeschlossen werden solle. Um mir also zu sagen, dass ich zwei Beilagen wieder anschließen soll und um mich eventuell zu fragen, wo sich der Abhandlungsakt befindet, wird eine Vorladung ausgefertigt, ich muss zum Bezirksgericht Meidling fahren und über eine Stunde Zeit verlieren, die mir niemand bezahlt, anstatt dass einfach telefonisch die Angelegenheit in wenigen Minuten erledigt wird. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass in der Vorladung der Zweck meiner „Einvernahme“ nicht enthalten ist und, dass derselbe auch anlässlich des telefonischen Anrufes des Gerichtes durch meine Kanzlei dieser nicht bekanntgegeben wurde ...“.⁸⁴

Zu weiteren Unzukömmlichkeiten im Gerichtsbetrieb ein „prominentes Beispiel“: RA Dr. Josef Jeger berichtete unter „Beschwerden“ von einem in der Tagespresse vom 31. Mai 1932 veröffentlichten Vorfall, bei dem, damals noch als Justizminister, Dr. Kurt Schuschnigg im Strafbezirksgericht I einige Verhandlungssäle aufsuchte. Als er auch den Verhandlungssaal 12 des Richters Dr. Weinhäupl betrat, wurde er von dem an der Türe wachenden Gerichtsorgan darauf hingewiesen, dass laut Kundmachung während der Verhandlung der Eintritt untersagt wäre. Erst als sich Schuschnigg dem Richter gegenüber legitimierte, wurde er eingeladen, Platz zu nehmen. Nach der Wahrnehmung Jegers wurde das Verbot, wonach während der Verhandlung der Saal nicht betreten werden dürfe, sehr streng gehandhabt. Parteien wurden sogar ungerechtfertigt aus dem Saal gewiesen – obwohl ein solches Verbot dem Prinzip der Öffentlichkeit des Verfahrens widersprach, die Kundmachung an der Verhandlungstüre ungesetzlich war und damit die Öffentlichkeit grundsätzlich und damit gesetzwidrig ausgeschlossen wurde.

Tatsache ist, dass das Verhältnis der Rechtsanwälte zu Richtern und zu Vertretern der Behörden immer von entscheidender Bedeutung für die

⁸⁴ Maximilian Winkler, Zum Kapitel: Überlastung der Gerichte. In: Anw. Ztg. 15/16 (1929), 308-309.

Durchsetzung der Interessen des Klienten war. Ein höfliches, distanziertes Verhalten zwischen den Angehörigen der genannten Berufe war üblich und für die Sache im Ergebnis zweckmäßig. Für den Rechtsanwalt war es wesentlich, dem Klienten in der von ihm vertretenen Sache vor den Entscheidungsinstanzen die Stellung eines chancenreichen Petenten zu erkämpfen. Der bloße Widerstand gegen die staatliche Autorität – sei es im Bereich der Gerichte oder dem der Behörden – war dem Rechtsanwalt für seinen Klienten nie genug, wollte er ihm im Rahmen der vorgegebenen Rechtsordnung tatsächlich zu seinem „Recht“ verhelfen.

Das Verhalten der Rechtsanwälte gegenüber Richtern und Gegenvertretern war dessen ungeachtet eine Quelle für alltäglich auftretende Konflikte. Die Verhandlung sollte aber frei von Konflikten der daran beteiligten Juristen sein, wollte man den nötigen Platz für die rechtliche Auseinandersetzung gewährleisten. Konflikte zwischen den Parteien, ihren Vertretern und mit dem Gericht hatten, so gesehen, schon damals keine wie immer geartete Berechtigung. Das Anliegen, sie zu vermeiden, war zugleich eine Forderung nach Verhandlungskonzentration und damit nach Verfahrensbeschleunigung und verbilgung.⁸⁵

Nichts charakterisierte daher eine Vertretung mehr als ihre Vorbereitung oder Improvisation, die Ernsthaftigkeit oder Heiterkeit, Zynismus, Entrüstung, Routine und die erkennbare Professionalität. Vor den Gerichten und Behörden begegneten wir aber neben dem Rechtsanwalt – was den von dieser Arbeit betroffenen Zeitraum anbelangt – auch dem Konzipienten. Dieser junge, unmittelbar nach seiner Tätigkeit als Schriftführer bei Gericht in eine Rechtsanwaltskanzlei eingetretene Jurist, erlernte dort juristische Sachverhalte zu beurteilen, aber auch Rechtsprobleme der Klienten sach- und fachgerecht zu lösen.⁸⁶ Zentrales Anliegen bei der Vertretung des Klienten blieb aber im-

⁸⁵ Otto Weissel, Immunität und kein Ende. In: Anw. Ztg. 9 (1929), 169.

⁸⁶ Benedikt, Advokatur, 85.

mer ihre gesetzmäßige Durchführung.⁸⁷ So wie der Rechtsanwalt einerseits seine auf der Rechtsordnung beruhenden Rechtskenntnisse tunlichst zu beachten hatte, so galt es andererseits für die Gerichte und Behörden, die Argumentation des Rechtsanwaltes ernst zu nehmen und sie nicht herablassend oder verächtlichmachend zu behandeln.

Menschenverstand und Takt, gegenüber Spitzfindigkeit und platter Förmlichkeit, waren weitere Vertretungs- und Verhandlungsmaximen, wobei keinesfalls eine unzutreffende Gleichsetzung des Rechtsanwaltes mit der Person seines Klienten vor Gericht und Behörden zum Tragen kommen durfte.

Als eine für die Rechtsdurchsetzung förderliche Form der Vertretung setzte sich jener Stil durch, bei dem in betont eifriger, aber allein von rechtlichen Erwägungen getragener Absicht vor dem unparteiischen Richter oder Beamten verhandelt wurde. Stets bestimmte sich die Entscheidung in der vertretenen Sache aber dadurch, inwieweit der Rechtsanwalt mit seiner Überzeugungskraft und Beredsamkeit ihren Inhalt und ihr Ergebnis beeinflussen konnte. So musste der Strafverteidiger immer den „Wandel im Auge haben, der sich in den Anschauungen über das Verbrechen“ mittlerweile ergeben hatte – um damit im konkreten Fall den für seinen Klienten gewünschten und beantragten Freispruch rechtfertigen zu können. Auch war die Aufgabe des Verteidigers damals schwierig und unvorhersehbar, weil sich der Erfolg einer Verteidigung neben dem intellektuellen Argument, etwa auch über persönliche Momente eines Angeklagten wie „Abstammung, Glaube, gesellschaftliche Stellung ...“ oder über ein „die richtige Wahrheit zynisch sagen“ ergeben konnte.⁸⁸

Es waren aber auch andere Umstände, die der Rechtsanwalt bei der Vertretung seines Klienten zu beachten hatte. Darunter fielen – wie man meinen könnte – Selbstverständlichkeiten, wie jene, dass der Rechtsanwalt nur eine Person vertreten durfte, die ihm dazu ausdrücklich den Auftrag gab; dass die-

⁸⁷ Lohsing, Anwaltsrecht, 61.

⁸⁸ Benedikt, Advokatur, 35.

se Person in ihrem Geisteszustand nicht eingeschränkt sein durfte und „Familienvvertretungen“ ausgeschlossen waren.⁸⁹ Die Beteiligung am Zustandekommen unlauterer Geschäfte war für den Rechtsanwalt ebenso verboten wie die Teilnahme am Abschluss von Scheingeschäften. Die schon erwähnte grundsätzliche Verpflichtung des Rechtsanwaltes, die von ihm übernommene Vertretung einerseits dem Gesetz entsprechend durchzuführen, andererseits die Rechtsansprüche seiner Klienten „gegen jedermann mit Eifer, Treue und Gewissenhaftigkeit zu vertreten“ wurde aber durch die Rechtsanwaltsordnung bestimmt.⁹⁰

Schon frühzeitig, im Jahr 1925, nahm aber etwa RA Braun spezielle Beschränkungen des Rechtsanwaltes bei der Durchsetzung der ihm anvertrauten Interessen des Klienten zum Anlass für eine ablehnende und kritische Stellungnahme.⁹¹ So hatten die Richter damals die Möglichkeit, im Zivilverfahren über den Rechtsanwalt, der „unbillig“ eine Revision ergriff, eine Mutwillensstrafe zu verhängen; auch war es möglich, über den Rechtsanwalt, wenn er unter Berufung auf seine Verschwiegenheitspflicht die Aussage als Zeuge verweigerte, eine Strafe, allenfalls auch die Haft zu verhängen – das neben der ohnehin offenen Möglichkeit einer Anzeige bei der Standesbehörde.⁹²

Was die Vertretung in Strafsachen anbelangte, wurde dem Rechtsanwalt zwar durch die Strafprozessnovelle im Jahr 1918 die Akteneinsicht genehmigt, sie blieb aber darauf beschränkt, was der Untersuchungsrichter einzusehen gestattete – wobei der Rechtsanwalt auf das sonstige Untersuchungsverfahren keinen wie immer gearteten Einfluss nehmen konnte. Angestrebt wurde daher im Strafverfahren die Einführung eines Untersuchungsprinzips, das auch dem Rechtsanwalt, dem Beschuldigten, der Staatsanwaltschaft und dem Privatbeteiligten die Möglichkeit geben sollte, gleichberechtigt Beweisanträge zu stellen.

⁸⁹ Lohsing, Anwaltsrecht, 62.

⁹⁰ Ebd., 60.

⁹¹ Rudolf Braun, Die Grenzen der Freiheit der Advokatur. In: Anw. Ztg. 7-12 (1925), 80.

⁹² Ebd., 83-86.

Noch deutlich ungünstiger war für den Rechtsanwalt aber die Situation bei Verfahren vor den Verwaltungsbehörden. Diese waren nämlich nicht einmal einheitlich bereit, den Rechtsanwälten ihre Entscheidungen zuzustellen – auch dann nicht, wenn diese als Parteienvertreter ausgewiesen waren.

Da Art und Umfang der Vertretung die Erwerbsmöglichkeiten des Rechtsanwaltes entscheidend bestimmten, war es naheliegend, zu ihrer Verbesserung die Erweiterung des Anwaltszwanges zu verlangen. Als neues Betätigungsfeld sollte den Rechtsanwälten darüber hinaus der Rechtsmittelbereich vor den Verwaltungs- und Steuerbehörden zugeteilt werden. Auch jede sonstige Tätigkeit, das galt insbesondere für Vertretungen im Wirtschaftsbereich, als Syndikus, Rechtskonsulent und als Vertreter von Vereinen oder Verbänden, sollte gestattet sein. „... Nicht die Überfüllung des Standes bildet also die Hauptursache der Not, sondern der allgemeine wirtschaftliche Niedergang ...“.⁹³ Die Grenzen der anwaltlichen Tätigkeit – so die Argumentation – waren ausschließlich durch das Verbot einer Verletzung des Grundsatzes von Ehre und Ansehen des Standes bestimmt. Was die gesetzliche Verpflichtung anbelangte, zu Gunsten des Klienten alles unumwunden vorzubringen um dessen Interessen durchzusetzen, sollte dazu jede Möglichkeit der strafrechtlichen Verfolgung des Rechtsanwaltes ausgeschlossen und für ihn bei einem Fehlverhalten allein die Standesbehörde zuständig sein. Die Verantwortlichkeit des Rechtsanwaltes bei Wahrung seiner Pflicht zur gesetzeskonformen und gewissenhaften Vertretung des Klienten und die Verpflichtung zum unumwundenen Vorbringen vor Gericht und anderen Behörden bestätigten die Rechtsanwälte Dr. Rudolf Braun, Dr. Hans Spitzer und Dr. Julius Ullmann in ihren Stellungnahmen. Die Frage nach der Anwaltsimmunität verdeutlichte die Unhaltbarkeit der Situation – hätte doch, mangels umfassenden strafrechtlichen Schutzes, der Rechtsanwalt der ihm obliegenden Berufspflicht des unumwundenen Vorbringens nie voll entsprechen können. Seine Immunität sollte daher

⁹³ Hermann Thorn, Maßnahmen zur Gesundung des Anwaltsstandes. In: Anw. Ztg. 6 (1926), 84.

soweit reichen, dass er bei der Vertretung stets in der Lage bliebe, das, was im Interesse des Klienten zur Sache gehörte, uneingeschränkt vorzubringen. Weissels „Anwalts-Immunität“ war modellhaft für die gesetzlich notwendige Möglichkeit des Rechtsanwaltes, seine Rechte und vor allem seine Pflichten rechtlich ungefährdet wahrnehmen zu können und „... Sie ist ein Essentiale seiner Mission. Hier ist eine *Petitio Principii* gestattet. Ohne Immunität keine Berufsausübungsmöglichkeit. Wer heute als Gegner unter ihr leidet, wird sie morgen als Klient segnen“.⁹⁴

Bei gelegentlich vorkommender Gesetzesunkenntnis des Rechtsanwaltes war die Entscheidungsinstanz nicht mehr zur Anzeige bei der Standesbehörde angehalten, sondern vordringlich dazu, jeden dadurch möglichen Schaden für den Rechtssuchenden zu verhindern.

So wie bis zum Jahr 1926 der Wohlstand in der Anwaltschaft beständig zurückging, so stiegen – durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung bedingt – in dieser Zeit die Armenvertretungen und damit die Belastung der damit befassten Rechtsanwälte erheblich an. An Armenvertretungen in Zivilsachen waren beispielsweise im Wiener Kammerbereich für das Jahr 1925 2.753 Verfahren, in Vertretungen vor den Höchstgerichten und als Amtsverteidiger in Strafsachen 3.094 Verfahren anhängig. Das entsprach gerechnet nach niedrigen Tarifansätzen einem Gegenwert von S 961.500,--. Bei Hinzurechnung der Leistungen eines mehrfachen Instanzenzuges und der zum Teil mit Sicherheit längeren Verhandlungsdauer ergab sich dafür ein Betrag von S 2,500.000,-- an kostenlosen Anwaltsleistungen – wobei sich die Erbringer der Leistungen, die Rechtsanwälte, wie erwähnt, selbst in großen wirtschaftlichen Nöten befanden.⁹⁵ Die Prüfung der Notwendigkeit einer Bestellung eines Armenvertreters sollte daher nach Braun nicht länger bei den Gerichten liegen, sondern auf die Kammerausschüsse übertragen werden.⁹⁶

⁹⁴ Weissel, Immunität. In: Anw. Ztg. 9 (1929), 169.

⁹⁵ Thorn, Maßnahmen, 86.

⁹⁶ Rudolf Braun, Die Verantwortlichkeit des Anwalts. In: Anw. Ztg. 8 (1929), 141.

Die Herabsetzung des Rechtsanwaltsstarifes bis vorerst 31. Dezember 1933 war darüber hinaus von dramatischer Auswirkung für den wirtschaftlich ohnehin schon schwer angeschlagenen Anwaltsstand. Zur Verordnung der Tarifsenkung, die als „Krisenbeitrag“ der Anwaltschaft politisch begründet wurde, kritisierte RA Dr. Hans Spitzer, dass der Einheitssatz in den Tarifabschlag miteinbezogen wurde, obwohl er zur Vergütung der Kanzleispesen dienen sollte.⁹⁷ Wenn Mieten, Löhne, soziale Lasten, Steuern, Porto, Telefon etc. damit gedeckt wurden, diese sich aber zwischenzeitig mehrmals erhöht hätten, so wäre bei der Senkung des Einheitssatzes um zehn Prozent die tatsächliche Reduktion mit mindestens fünfzehn Prozent zu veranschlagen, wobei die Kanzleiregien durchschnittlich mit 50 Prozent vom Brutto angenommen werden mussten. Er bemängelte den Umstand, dass sich Rechtsanwälte künftig – und das nur in Gerichtshofsachen – bei Eisenbahnfahrten mit der 2. Klasse zu begnügen hätten und meinte „... Die I. Wagenklasse ist in Österreich anscheinend eine vorbehaltene Domäne der Herren Nationalräte, Bundesräte, der höheren Bundesbahnbeamten und der diversen Freikartenbesitzer geworden“. Zur Frage weshalb das geschah, war seine Antwort: „... Zur Verbilligung der Vertretungskosten.“... – wobei dem Anwalt in diesem Zusammenhang ebenso vorgeschrieben hätte werden können „... was er essen darf, wo und wie er wohnen muss, was er anziehen kann – usw., weil das ja ebenso zur ‚Verbilligung‘ der Vertretungskosten beitragen könnte ...“⁹⁸

Zum Erhalt und zur Verbesserung der Vertretungsmöglichkeiten für den Rechtsanwalt gab es fortlaufend Überlegungen von Anwaltskollegen. In einem Beitrag vertrat RA Dr. Josef Strobach die Auffassung, dass sich „das Betätigungsfeld des Advokaten immer mehr einengt und verkleinert. Jede Genossenschaft, Krankenkasse, industrielle Unternehmung, jede Zeitung, jede größere politische Vereinigung, jede Mieter- und Hausbesitzerorganisation ver-

⁹⁷ Hans Spitzer, Die Herabsetzung des Rechtsanwaltsstarifs. In: Anw. Ztg. 24 (1931), 469-470.

⁹⁸ Otto Haemmerle „Iler Klasse“. In: Anw. Ztg. 1 (1932), 2.

fügt über einen juristischen Ratgeber, der ‚unentgeltlich und kostenlos‘ Ratschläge erteilt, oft auch die Partei bei Gericht im Prozessverfahren vertritt ...“⁹⁹ Und er kam zum Ergebnis, diese ungünstige Entwicklung werde durch das fehlende Durchsetzungsvermögen und durch die fehlende Einigkeit der Rechtsanwälte hervorgerufen.

In einem vor dem Berliner Anwaltsverein am 8. März 1928 gehaltenen Vortrag wies Rechtsanwalt und Justizrat Dr. Julius Magnus in dem Zusammenhang darauf hin, „Unbedingt zu erstreben ist andererseits die Erweiterung des Arbeitsgebietes der Anwaltschaft. Voraussetzung dafür ist eine Umstellung der Anwälte, die auch jetzt noch größtenteils die Prozessführung und die Verteidigung als das einzige Tätigkeitsgebiet betrachten.“ Und weiter: „Die Anwaltschaft muss trachten mehr und mehr jede auch außerprozessuale Betätigung juristisch-beruflichen Wirkens in die Hände zu bekommen.“¹⁰⁰

Es war das, wenn auch auf deutsche Verhältnisse angepasst, ein Hinweis auf die großen Möglichkeiten anwaltlicher Vertretung bei der außergerichtlichen Streitbeilegung. Spitzer verfolgte eine andere, aus dem üblichen Vertretungsbereich hergeleitete Richtung, wenn er meinte: „... es müssen daher die Rechtsanwälte nicht ihretwegen, sondern vor allem zum Wohle der Allgemeinheit bei allen Gerichten und Behörden als Berater und Vertreter zugelassen werden und ist überdies – wo es praktisch notwendig erscheint – der bestehende Anwaltszwang zu erweitern ...“¹⁰¹

Die erstmals am 1. Jänner 1936 erfolgte Ernennung von Mitgliedern der Ausschüsse der Rechtsanwaltskammer durch die Regierung veranlasste Braun zum Artikel „Wünsche der Rechtsanwaltschaft“.¹⁰² Darin verlangte er unter Hinweis auf das dem Rechtsanwalt gesetzlich eingeräumte Vertretungsrecht vor Gericht, vor Behörden, in gerichtlichen und außergerichtlichen, in allen

⁹⁹ Josef Strobach, Und wir Anwälte. In: Anw. Ztg. 25 (1928), 440.

¹⁰⁰ Zitiert nach: Hans Spitzer, Die Notlage der Anwaltschaft und Mittel zu ihrer Abhilfe. In: Anw. Ztg. 25 (1928), 447.

¹⁰¹ Ebd., 447.

¹⁰² Rudolf Braun, Wünsche der Rechtsanwaltschaft. In: Anw. Ztg. 3 (1936), 50-52.

öffentlichen und privaten Angelegenheiten, dass dem Anwalt das „... unverkürzbare und unentziehbare advokatorische Beratungs- und Vertretungsmonopol ...“¹⁰³ einzuräumen wäre. Und er meinte, nur dann, wenn dieses den Anwälten vorbehalten bliebe „... dann wäre wohl für den Rechtsanwaltsstand ein genügendes Arbeitsgebiet vorhanden ...“. Durch das Abbröckeln infolge Übertragung bestimmter Rechtsangelegenheiten an Korporationen, Vereine und bestimmte Gewerbetreibende würde das Arbeitsgebiet des Anwaltes aus seiner Sicht so verkleinert, dass klar wäre, dass künftig „... ohne weiteren Zuwachs der standesgemäße Unterhalt nicht erwirtschaftet werden könnte ...“. Ähnlich und beipflichtend meinte Spitzer in „Die Lage der Rechtsanwaltschaft Österreichs und ihre Postulate“: „... Das wirksamste Mittel für die Verbesserung der Lage der österreichischen Rechtsanwälte ist die gesetzliche Festlegung ihres unbeschränkten und ausschließlichen Beratungs- und Vertretungsmonopols ...“¹⁰⁴ Das entsprach dem von der Rechtsanwaltskammer Wien bereits in der Sitzung der Ständigen Vertreterversammlung der österreichischen Rechtsanwaltskammern vom 30. September 1934 gestellten Antrag. Danach sollte die Rechtsanwaltsordnung (§ 8) nämlich derart ergänzt werden, dass das Vertretungsrecht des Rechtsanwaltes ein ausschließliches würde. Gegenteilige, einschränkende Bestimmungen wären aufzuheben – wobei nur die Notare, die Patentanwälte und Ziviltechniker davon im gesetzlichen Rahmen ausgenommen bleiben sollten.

RA Dr. Edmund Schletter widmete dem Rechtsanwalt eine Betrachtung als Berater des Klienten – der sich im Zusammenhang mit seinem Rechtsstreit gewöhnlich in einer psychisch schwierigen Situation befindet.¹⁰⁵ Im Ergebnis meinte er, dass es dem Anwalt neben seiner juristischen Tätigkeit obliege, den Klienten auch psychologisch auf seinen Rechtsfall bestmöglich vorzuberei-

¹⁰³ Dazu und im Folgenden ebd.

¹⁰⁴ Hans Spitzer, Die Lage der Rechtsanwaltschaft Österreichs und ihre Postulate. In: Anw. Ztg. 16-18 (1936), 329.

¹⁰⁵ Edmund Schletter, Der Rechtsanwalt als Berater. In: Anw. Ztg. 9 (1933), 162.

ten.¹⁰⁶ Grundsätzlicher blieb dazu die Betrachtung Prof. Dr. Ferdinand Degenfeld-Schonburgs über den Anwalt, seinen Beruf als Vertreter und der sich dadurch ergebenden Rolle in der Volkswirtschaft.¹⁰⁷

Die beruflichen und wirtschaftlichen Einschränkungen der Zeit und die dadurch bewirkte Krise des Anwaltsstandes erkennend, blieb Weissel am Grundsätzlichsten. Er äußerte sich kritisch dahin, dass bei Vertretung von Klienten „... drei R dem Anwalt verwehrt, resp. versagt sind: ‚Reklame, Ruhm, Reichtum‘. Dies sollte jeder Anwalt zu eigenem Gebrauche in seiner Kanzlei, in seinem Zimmer an die Wand schreiben ...“¹⁰⁸

Diese nüchterne Aufforderung zur Selbstdisziplin ergänzte aber nur seine über die Jahre aufrechterhaltene, anerkennende Meinung zum Auftreten der Rechtsanwälte:

„Je schwerer der Lebenskampf, desto höher die Moral. Wenn man heute bei Vorstadtgerichten unsere Kollegen beobachtet, wie sie – um Gottes Lohn – für arme Parteien, deren sie sich annahmen wegen einiger Schillinge kämpfen, die Zähigkeit des Gegners, die Ungeduld des Richters in Kauf nehmen und doch nicht ablassen ... da muss einem warm ums Herz werden und Stolz sich in der Brust regen, dass man diesem Stand angehört ...“¹⁰⁹

3.2 Als politischer Mandatar

Anhand der Entwicklung der Rechtsanwaltskammer in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird der Einfluss der Advokaten auf die Politik deutlich erkennbar. Mandate für Reichsratsabgeordnete, Ministerposten und Bürgermeisterämter waren die Spitzenpositionen advokatorischer, politischer Tätigkeit. Advokaten wie Karl Giskra, Johann Nepomuk Berger, Josef Kopp, Max Menger, Julius Ofner oder Robert Pattai waren Beispiele dieser Entwicklung. Die Liste der Wiener Bürgermeister mit Johann Kasper von Seiller, And-

¹⁰⁶ Ebd., 166.

¹⁰⁷ Ferdinand Degenfeld-Schonburg, Der Anwaltsberuf in der Volkswirtschaft. In: Anw. Ztg. 1/2 (1934), 3-5.

¹⁰⁸ Weissel, Rechtsnot, 227.

¹⁰⁹ Weissel, Die Advokaten, 150.

reas Zelinka, Kajetan Felder, Julius von Neuwald, Eduard Uhl, Johann Prix, Raimund Gröbel, Karl Lueger und Josef Neumayer in ungebrochener Reihenfolge bestätigt eindrucksvoll die hohe Qualifikation von Advokaten für politische Ämter – welcher politischen Bewegung und Richtung immer sie auch zuzuordnen waren.

Mit dem Niedergang der Monarchie änderte sich das Bild aber sehr rasch. Die vollkommen veränderte Situation durch die nun räumlich stark eingeschränkte Gerichtsbarkeit, eine bis dahin nicht gekannte wirtschaftliche Krise, aber auch die Notwendigkeit eines fortlaufenden Kampfes des Anwaltsstandes gegen den Verlust von Tätigkeitsgebieten trugen dazu bei. Auch der besonders starke Zustrom junger Juristen zum Anwaltsstand – und damit die Steigerung des Konkurrenzverhältnisses – hatte darauf Einfluss. Wenn Rechtsanwalt Dr. Siegfried Geyerhahn zur Tätigkeit der Anwälte äußerte „... sie sind mit dem Wissen ausgestattet, welches eine erfolgreiche Betätigung in der Öffentlichkeit verbürgt. Es ist deshalb zu wünschen und zu hoffen, dass sich die Anwälte auch weiterhin dem öffentlichen Leben zuwenden. Sie werden dadurch nicht nur dem Staate, sondern auch ihrem Stande Nutzen und Ehre bringen!“¹¹⁰, so ist dennoch eine bedeutende Rückentwicklung auf diesem Gebiet ungeachtet der Tätigkeit von Rechtsanwälten in noch führenden politischen Positionen unverkennbar.

Hans Kelsen führt in der Einleitung zu seinem Werk „Reine Rechtslehre“ aus, diese rühre an

„... die vitalsten Interessen der Gesellschaft und damit an die berufsständischen Interessen des Juristen. Der verzichtet begreiflicherweise nur ungern darauf, zu glauben und die anderen glauben zu machen, dass er mit seiner Wissenschaft die Antwort auf die Frage besitze, wie die Interessenkonflikte innerhalb der Gesellschaft ‚richtig‘ zu lösen seien, dass er, weil er das Recht erkennt, auch berufen sei, es inhaltlich zu gestalten, dass er bei seinem Streben, auf die Rechtserzeugung Einfluss zu nehmen, anderen Politikern gegenüber mehr voraus habe als ein bloßer Techniker der Gesellschaft ...“¹¹¹

¹¹⁰ Siegfried Geyerhahn, Die Rechtsanwälte und die Politik. In: Anw. Ztg. 7-12 (1925), 86-88.

¹¹¹ Hans Kelsen, Reine Rechtslehre, Leipzig-Wien, 1934, V-VI.

Diesem Gedanken folgend und ohne auf den Gegensatz zwischen Unrecht und Gerechtigkeit vorweg einzugehen, könnte die Tätigkeit des Rechtsanwaltes daher als das Bemühen um einen Interessensausgleich – in einer vorgegebenen Rechtsordnung – bezeichnet werden. Ob oder inwieweit dabei tatsächlich Gerechtigkeit erzielt werden konnte, blieb jedoch stets offen.

Schon einige Jahre davor im Wintersemester 1918/19 hatte sich Max Weber in seiner vor Studenten der Universität München gehaltenen Rede über die „Politik als Beruf“ die Frage gestellt „... Was vermag sie nun an inneren Freuden zu bieten, und welche persönlichen Vorbedingungen setzt sie bei dem voraus, der sich ihr zuwendet?“. ¹¹² Und er verlangte in seiner Antwort, dass der Politiker als Grundeigenschaften über Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß verfügen müsse. Er verstand dabei Leidenschaft als Sachlichkeit im Dienst an einer Sache, Verantwortungsgefühl als Grundsatz für zielgerichtetes Handeln und Augenmaß als jene Gabe, die eine ruhige, distanzierte Begegnung mit der Realität finden ließe. Und Weber kam zum Schluss, dass für die Politik nicht etwa Grundherren, Standesherrn, Unternehmer, Ärzte, Arbeiter oder Rentner, sondern die Advokaten besonders geeignet wären. Durch ihre jederzeitige Abkömmlichkeit hätten sie „... auch als Berufspolitiker eine ungleich größere oft eine geradezu beherrschende Rolle gespielt“. ¹¹³

Ausgehend davon, dass der Rechtsanwalt seine Tätigkeit aber nie bloß darin sah, Interessen durchzusetzen, sondern stets auch die Idee der Gerechtigkeit verfolgte, musste er die durch die Rechtsordnung bedingten Verhältnisse im sozialen, wirtschaftlichen und letztlich politischen Bereich bei seinem Vorgehen immer berücksichtigen. Rechtsanwalt Dr. Ludwig Kornel bezeichnete die denkbare Einflussmöglichkeit des Advokaten als „... Indirekt, indem die Anschauungen, welche er im gerichtlichen Instanzenzug vertritt, an höchs-

¹¹² Max Weber, Politik als Beruf. In: Reden die die Welt bewegten, hg. vom Phaidon Verlag GmbH., Essen o. J., 259.

¹¹³ Ebd., 257.

ter Stelle Anerkennung finden, direkt, indem er seine Anschauungen publizistisch verwertet und vor das Forum der Öffentlichkeit bringt ...“¹¹⁴ Er forderte aber ergänzend, weil publizistische Tätigkeit eben nicht ausreiche für Rechtsanwälte, die Teilnahme an der Gesetzgebung und die Einrichtung einer „... Abordnung, welche von den autonomen Rechtsanwaltskammern zu ernennen wäre ...“

Auf verfassungsgesetzliche Weise eingerichtet sollten die Mitglieder der Abordnungen zu den Sitzungen des Nationalrates, Bundesrates und zu sonstigen gesetzgebenden Körperschaften entsendet werden und zu allen dort behandelten Fragen das Recht der Redefreiheit und der Antragstellung haben, wodurch der „... Schatz von Erfahrungen, welchen die mitten im Leben stehenden Rechtsanwälte aufgespeichert haben ...“¹¹⁵ nutzbringend verwendet würde.

Der eigenen Überzeugung zu folgen und dabei einer politischen Tätigkeit nachzugehen, war für Rechtsanwälte – und das galt für sie auch als Spitzenpolitiker und Mitglieder in den Regierungen der Zeit vom 20. November 1920 bis 11. März 1938 – sicher nicht immer leicht. Der bei politischer Betätigung zu beachtende Rahmen wurde für die Rechtsanwälte bereits durch das Gesetz vom 19. Dezember 1919 dahingehend bestimmt, dass das Amt eines politischen Mandatars nicht als besoldetes Amt nach § 20 der Rechtsanwaltsordnung anzusehen war und es verboten wurde, bei der Betätigung als Staatskanzler, Vizekanzler u. a. weiter daneben als Rechtsanwalt zu arbeiten.¹¹⁶

Bedingte das Auseinanderbrechen der Monarchie eine völlige Veränderung der verfassungsgesetzlichen Gegebenheiten, so entstand mit der Amtsrücklegung der Präsidenten des Nationalrates am 4. März 1933, darunter RA Dr. Karl Ramek, plötzlich ein parlamentarisch unbewältigbares politisches Vakuum. Für die damalige Regierung Dollfuß ergab sich dadurch die Mög-

¹¹⁴ Dazu und im Folgenden: Ludwig Kornel, Die Advokatur als Beruf und die Gerechtigkeit. In: Jur. Bl. 1/2 (1923), 4.

¹¹⁵ Ebd., 4.

¹¹⁶ Staatsgesetzblatt 598/1919 vom 19. Dezember 1919.

lichkeit, gesetzliche Vorschriften wie das Verbot der Betätigung der Kommunistischen Partei, das Verbot der Betätigung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und des Steirischen Heimatschutzes, auf dem Verordnungsweg auch das Verbot der Betätigung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, schließlich Verbote für die Ausübung der Rechtsanwaltschaft und des Notariates zu erlassen.¹¹⁷ Aus der großen Zahl der damals neu beschlossenen „Anlass-Gesetze“ waren von besonderer Bedeutung das Bundesgesetz zur beschleunigten Ahndung von Sprengstoffverbrechen, das Bundesverfassungsgesetz über besondere Maßnahmen gegen am Umsturzversuch vom 25. Juli 1934 beteiligte Personen und das Anhaltegesetz.¹¹⁸ Schon die Einführung der Verfassung 1934 bewirkte eine gänzliche Neuordnung der politischen Grenzen und der gesetzgebenden Körperschaften. Mit dem nur vier Jahre danach erlassenen Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich war schließlich der Punkt erreicht, der die Auflösung des Ständestaates und den „Anschluss“ an das Deutsche Reich bedingte. Bereits mit der Verordnung vom 31. März 1938 wurde es für die Behörde möglich, über Rechtsanwälte ein vorläufiges Berufsverbot zu erlassen. Von dieser Vorschrift waren allerdings Rechtsanwälte, die seit 1. August 1914 in der Liste der Rechtsanwälte eingetragen waren oder die nachweisen konnten, dass sie „im Weltkrieg für das Deutsche Reich und seine Verbündeten gekämpft haben“, vorerst noch ausgenommen.¹¹⁹

In diesem Zusammenhang ausgewertete, unter dem Bestand AT-OeStA/AdR Justiz RJMPA im Österreichischen Staatsarchiv Wien vorhandene Personalteilakten von Rechtsanwälten aus den Kammersprengeln Kärnten, Oberösterreich, Steiermark und Wien – darin auch einige Akten für Burgen-

¹¹⁷ Bundesgesetzblatt (BGBl.) 200/33 vom 26. Mai 1933; BGBl. 240/33 vom 19. Juni 1933; BGBl. 78/34 vom 12. Februar 1934; BGBl. 100/34 vom 16. Februar 1934; BGBl. 135/34 vom 16. Februar 1934.

¹¹⁸ Bundesgesetzblatt (BGBl.) II/98 vom 22. Juni 1934; BGBl. II/163 vom 30. Juli 1934; BGBl. II/253 vom 24. September 1934.

¹¹⁹ Gesetzblatt Österreichs (GBlÖ.) 75/38 vom 13. März 1938; Deutsches Reichsgesetzblatt (dRGBl.) I 47/38 vom 31. März 1938.

land und Niederösterreich – ergaben, dass der liberale Advokat und Parlamentarier des 19. Jahrhunderts nicht mehr vorzufinden war. Rechtsanwälte gehörten im untersuchten Zeitraum der Jahre 1919 bis 1938 nicht nur den verschiedensten politischen Richtungen an, sondern sie vertraten diese auch als politische Mandatare. Von einer Einheit in der politischen Gesinnung oder von einem durch gemeinsame Standesinteressen diktierten einvernehmlichen Vorgehen der Rechtsanwälte konnte daher nicht gesprochen werden. Bei einer Auswertung von 210 Personalbögen – entnommen aus den oben erwähnten Aktenmaterialien der Justizverwaltung für die Jahre 1938 bis 1945 – waren die Rechtsanwälte prozentuell in der Zwischenkriegszeit wie nachfolgend politisch organisiert:

Christlichsoziale Partei (oder CsP)	6,67
Deutschnationale Partei (oder DnP)	2,86
Großdeutsche Partei (oder GdP)	20,95
Sozialdemokratische Partei (oder SdP)	4,29
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (oder NSDAP)	53,81

Die Mitgliedschaft in der NSDAP wurde von Rechtsanwälten vor 1938 damals illegal, zu 53,10 Prozent vor 1938 und zu 46,90 Prozent ab 1938 erworben. Die Auswertung der Mitgliedschaften der Rechtsanwälte bei Landbund, Heimatschutz, Heimwehr und Vaterländischer Front ergab in Prozenten einen Organisierungsgrad für den Heimatschutz von 11,90 (steirisch: 7,14; andere 4,76), für die Heimwehr von 3,33, für den Landbund von 2,38 und für die Vaterländische Front von 28,57. Die herangezogenen Daten wurden den Angaben entnommen, die von den jeweils betroffenen Rechtsanwälten in den Personalbögen angegeben wurden. Die Richtigkeit dieser Depositionen konnte von der Justizverwaltung nur bedingt überprüft werden, weil objektive Unterlagen bloß zum Teil zur Verfügung standen. So ergibt sich in Ermangelung der absoluten Objektivierbarkeit für die Auswertung dieses Aktenbestandes

ein Unsicherheitsfaktor. Jedenfalls haben die erfassten Rechtsanwälte, wie festzustellen war, in erheblichem Maß dem politischen Wandel Rechnung getragen. So konnte es sein, dass der Rechtsanwalt von der Mitgliedschaft zu einer Partei nach 1934 zur Vaterländischen Front und in der Folge dann zur NSDAP im Jahr 1938 wechselte; auch ein illegaler Beitritt zur NSDAP um das Jahr 1930 parallel zu einer anderen politischen Organisation wie etwa zur DnP oder GdP war vorzufinden.¹²⁰ In den gesetzgebenden Körperschaften der Ersten Republik waren Rechtsanwälte als politische Mandatäre der Christlich-sozialen Partei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, der Großdeutschen Partei und der Deutschnationalen Partei tätig.

Hier kann folgende Unterteilung getroffen werden:

- 1.) Rechtsanwälte als Mitglieder der provisorischen Nationalversammlung, der konstituierenden Nationalversammlung und des Nationalrates 1919 bis 1938: Karl Buresch (CsP), Hubert Dostal (CsP), Arnold Eisler (SdP), Eduard Erler (DnP), Julius Fischer (SdP), Viktor Fuchs (CsP), Josef Herold (DnP), Viktor Kienböck (CsP), Ferdinand Kinz (DnP), Stefan Licht (DnP), Josef Luchner (CsP), Heinrich Mataja (CsP), Reinhold Möbius (CsP), Leopold Molinari (CsP), Albert Mühlwerth (DnP), Wilhelm Neumann-Walter (DnP), Heinrich Oberleithner (DnP), Julius Ofner (DnP), Rudolf Ramek (CsP), Eduard Reut-Nikolussi (CsP), Kurt Schuschnigg (CsP), Arthur Stölzel (DnP), Julius Sylvester (DnP), Friedrich Waneck (GdP).
- 2.) Rechtsanwälte als Mitglieder des Bundesrates:
Otto Ender (CsP), Franz Gruener (SdP), Julius Hahn (CsP), Viktor Kienböck (CsP), Josef Pflanzl (GdP), Karl Aubert Salzmann (CsP), Adolf Schärf (SdP), Richard Steidle (CsP).¹²¹
- 3.) Rechtsanwälte als Mitglieder des ständestaatlichen Bundestages,

¹²⁰ In diesen Zusammenhang wurde auf die Bestände des Österreichischen Staatsarchivs, wie einleitend dargestellt, zurückgegriffen: AT-OeStA/AdR Justiz RJMPA (Personalakten), Kartons 15-31, 33-43, 46-53, 55-61, 63-66, 69-74.

¹²¹ <http://www.parlament.gv.at/WW/BR/BR1920/> (Konsultiert am 14.7.2007).

des Staatsrates, Bundeswirtschaftsrates, Länderrates und der dazugehörigen Ausschüsse: Ludwig Draxler, Desider Friedmann, August Gottwald, Viktor Kienböck, Ludwig Marenzi, Arthur Seyss-Inquart, Rudolf Trummer, Ignaz Josef Tschurtschenthaler.

Ludwig Draxlers Funktion im Staatsrat ruhte, sobald er Minister wurde. Im Jahr 1937 wurde Arthur Seyss-Inquart zum Mitglied des Staatsrates ernannt, Rudolf Trummer verzichtete mit 4. März 1938 auf die Funktion im Staatsrat mit seiner Bestellung zum Landeshauptmann der Steiermark.¹²²

Mit der Umbildung der Regierung am 14. Mai 1936 übernahm Bundeskanzler Rechtsanwalt Dr. Kurt Schuschnigg auch die Führung der Vaterländischen Front und löste dort Ernst Rüdiger von Starhemberg ab.¹²³ In der Folge erhielten die ständestaatlichen, vorberatenden Organe mit dem Führerrat der Vaterländischen Front eine ihnen faktisch vorgegliederte Institution von 29 Mitgliedern, deren Erneuerung allein vom Bundeskanzler und zugleich Führer der Vaterländischen Front abhängig war. Unter den dreizehn Mitgliedern, die aus den vorberatenden Organen übernommen wurden, war auch Draxler. Als anlässlich der Ausschaltung der Heimwehren von Dr. Schuschnigg personelle Umbestellungen, allenfalls die Auflösung des Staatsrates überlegt wurden, war es Draxler, der dort mit seinen Einwänden Eingriffe in die auf zehn Jahre festgesetzten Ernennungen ablehnte – und sie so zumindest mittelbar verhinderte.¹²⁴

Da aber Rechtsanwälte als Abgeordnete in den gesetzgebenden Körperschaften wie dargestellt in nur geringer Anzahl tätig waren, lag die Bedeutung des Berufsstandes in den Jahren 1919 bis 1938 vor allem in den politischen Spitzenpositionen, die die Rechtsanwälte in den wechselnden Regierungen, aber auch in der Verwaltung einnehmen konnten.

¹²² Gertrude Enderle-Burcel, Mandatare im Ständestaat 1934-1938, Wien 1991, 36-271.

¹²³ Ludwig Reichhold, Kampf um Österreich, Wien 1985, 210.

¹²⁴ Enderle-Burcel, Mandatare, 31.

Im genannten Zeitraum kam es zur Bildung von sechzehn Regierungen, in denen in verschiedenen Ministerämtern die Rechtsanwälte Dr. Jakob Ahrer, Dr. Karl Buresch, Dr. Ludwig Draxler, Dr. Otto Ender, Dr. Guido Jakoncig, Dr. Viktor Kienböck, Dr. Heinrich Mataja, Dr. Rudolf Ramek, Dr. Kurt Schuschnigg, Dr. Arthur Seyss-Inquart und Dr. Franz Slama tätig waren.¹²⁵

Die Ministerressorts waren die für Unterricht, Finanzen, auswärtige Angelegenheiten, Justiz, Soziale Verwaltung, Angelegenheiten der Verfassungs- und Verwaltungsreform, Handel und Verkehr, Angelegenheiten vorbereitender Tätigkeit für Gesetzgebung der Bundesministerien zur berufsständischen Neuordnung, Heerwesen, Landesverteidigung, Land- und Forstwirtschaft und Angelegenheiten der inneren Verwaltung und des Sicherheitswesens.

Soweit ein Rechtsanwalt die Funktion eines Staatskanzlers, Vizekanzlers, Staatssekretärs, Unterstaatssekretärs, Landeshauptmanns oder Landeshauptmannstellvertreters ausübte, war es, wie schon erwähnt, gesetzlich ausdrücklich untersagt, weiterhin der beruflichen Tätigkeit als Rechtsanwalt nachzugehen. Für diese Zeit der Verhinderung wurde – wenn auch die Standesbehörde einer etwaigen Empfehlung folgte – vertretungshalber für den Rechtsanwalt ein Substitut durch die Rechtsanwaltskammer bestellt.¹²⁶

Als Bundeskanzler davon betroffen waren die Rechtsanwälte Dr. Rudolf Ramek vom 20. November 1924 bis 20. Oktober 1926, Dr. Otto Ender vom 4. Dezember 1930 bis 20. Juni 1931, Dr. Karl Buresch vom 20. Juni 1931 bis 20. Mai 1932 und Dr. Kurt Schuschnigg vom 29. Juli 1934 bis 11. März 1938.

Bei den Rechtsanwälten als Minister oder Bundeskanzler in Regierungsfunktionen in der Zeit österreichischen Bundesregierungen vom 20. November 1920 bis zum 11. März 1938 handelte es sich um:

Kabinett Mayr (II) 20. November 1920 bis 21. Juni 1921:

Bundesminister für Unterricht: Dr. Rudolf Ramek 23. April 1921 bis 21. Juni 1921.

¹²⁵ Jahoda, Geschichte der Advokatur, 122-123.

¹²⁶ Staatsgesetzblatt (StGBL.) 598 vom 19. Dezember 1919.

Kabinett Seipel (I) 31. Mai 1922 bis 17. April 1923:

Bundesminister für Finanzen: Dr. Viktor Kienböck 14. November 1922 bis 17. April 1923.

Kabinett Seipel (II und III) 17. April 1923 bis 20. November 1923 und 20. November 1923 bis 20. November 1924:

Bundesminister für Finanzen: Dr. Viktor Kienböck.

Kabinett Ramek (I) 20. November 1924 bis 15. Jänner 1926:

Bundeskanzler: Dr. Rudolf Ramek.

Mit der Führung der auswärtigen Angelegenheiten betraut: Dr. Heinrich Matja.

Bundesminister für Finanzen: Dr. Jakob Ahrer.

Kabinett Ramek (II) 15. Jänner 1926 bis 20. Oktober 1926:

Bundeskanzler: Dr. Rudolf Ramek.

Kabinett Seipel (IV) 20. Oktober 1926 bis 19. Mai 1927:

Bundesminister für Finanzen: Dr. Viktor Kienböck.

Kabinett Seipel (V) 19. Mai 1927 bis 4. Mai 1929:

Bundesminister für Justiz: Dr. Franz Slama vom 6. Juli 1928 bis 4. Mai 1929.

Bundesminister für Finanzen: Dr. Viktor Kienböck.

Kabinett Streeruwitz 4. Mai 1929 bis 26. September 1929:

Bundesminister für Justiz: Dr. Franz Slama.

Kabinett Schober (III) 26. Sept. 1929 bis 30. September 1930:

Bundesminister für Justiz: Dr. Franz Slama.

Kabinett Ender 4. Dezember 1930 bis 20. Juni 1931:

Bundeskanzleramt: Bundeskanzler Dr. Otto Ender.

Bundesministerium für soziale Verwaltung: Dr. Otto Ender vom 15. April 1931 bis 20. Juni 1931.

Kabinett Buresch (I) 20. Juni 1931 bis 29. Jänner 1932:

Bundeskanzleramt: Bundeskanzler Dr. Karl Buresch.

Bundesminister für Finanzen: Dr. Karl Buresch 5. Oktober 1931 bis 16. Oktober 1931.

Kabinett Buresch (II) 29. Jänner 1932 bis 20. Mai 1932:

Bundeskanzleramt: Bundeskanzler Dr. Karl Buresch.

Bundesminister für Justiz: Dr. Kurt Schuschnigg.

Kabinett Dollfuß (I) 20. Mai 1932 bis 21. September 1933:

Bundesminister (mit der sachlichen Leitung der Angelegenheiten die Verfassungs- und Verwaltungsreform betreffend) Dr. Otto Ender vom 19. Juli 1933 bis 21. September 1933.

Bundesminister für Justiz: Dr. Kurt Schuschnigg.

Bundesminister für Finanzen: Dr. Karl Buresch vom 10. Mai 1933 bis 21. September.

Bundesminister für Handel und Verkehr: Dr. Guido Jakoncig 20. Mai 1932 bis 10. Mai 1933.

Kabinett Dollfuß (II) – Schuschnigg (I) 21. September 1933 bis 14. Mai 1936:

Bundeskanzleramt: Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg vom 29. Juli 1934 bis 14. Mai 1936.

Bundesminister (betreffend die sachliche Leitung der Angelegenheiten der Verfassungs- und Verwaltungsreform) Dr. Otto Ender 23. September 1933 bis 10. Juli 1934.

Bundesminister (betreffend die sachliche Leitung der die Gesetzgebung über die berufsständische Neuordnung vorbereitenden Tätigkeit der Bundesministerien) Dr. Karl Buresch 17. Oktober 1935 bis 30. Jänner 1936.

Bundesministerium für Unterricht: Dr. Kurt Schuschnigg bis 29. Juli 1934. Mit der Leitung betraut: Dr. Kurt Schuschnigg Bundeskanzler ab 29. Juli 1934 bis 14. Mai 1936.

Bundesministerium für Justiz: mit der Leitung betraut Dr. Kurt Schuschnigg bis 10. Juli 1934.

Bundesministerium für Finanzen: Dr. Karl Buresch bis 17. Oktober 1935.

Dr. Ludwig Draxler vom 17. Oktober 1935 bis 14. Mai 1936.

Bundesministerium für Heerwesen: mit der Leitung betraut Dr. Kurt Schuschnigg vom 29. Juli 1934 bis 14. Mai 1936.

Kabinett Schuschnigg (II) 14. Mai 1936 bis 3. November 1936:

Bundeskanzleramt: Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg.

Bundesministerium für Justiz: mit der Leitung betraut Dr. Kurt Schuschnigg ab 10. Oktober 1936 bis 3. November 1936.

Bundesministerium für Finanzen: Dr. Ludwig Draxler bis 10. Oktober 1936.

Bundesministerium für Finanzen: mit der Leitung betraut Dr. Kurt Schuschnigg am 10. Oktober 1936.

Bundesminister: Dr. Ludwig Draxler ab 10. Oktober 1936 bis 3. November 1936.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft: mit der Leitung betraut Dr. Kurt Schuschnigg bis 15. Mai 1936.

Bundesministerium für Landesverteidigung: mit der Leitung betraut Dr. Kurt Schuschnigg.

Kabinett Schuschnigg (III) 3. November 1936 bis 16. Februar 1938:

Bundeskanzleramt: Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg.

Bundesministerium für Landesverteidigung: mit der Leitung betraut Dr. Kurt Schuschnigg.

Kabinett Schuschnigg (IV) 16. Februar 1938 bis 11. März 1938:

Bundeskanzleramt: Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg.

Bundesminister (mit der sachlichen Leitung der Angelegenheiten der inneren Verwaltung und des Sicherheitswesens betraut): Dr. Arthur Seyss-Inquart.

Bundesministerium für Landesverteidigung: Mit der Leitung betraut Dr. Kurt Schuschnigg.¹²⁷

¹²⁷ http://www.parlament.gv.at//WW/BREG/BREG1920_1996 (Konsultiert am 23. 4. 2006).

Die Beziehung der Rechtsanwälte zur Politik und ihre Tätigkeit als Politiker wurde wiederholt hinterfragt. Wenn es ihnen auch durch die berufliche Vorbildung und ihr vermutlich daraus erklärbares Einfühlungsvermögen möglich war, politische Entscheidungsprozesse zu erkennen und professioneller als andere zu verfolgen, so kann nicht gesagt werden, dass damit auch die Interessen der Rechtsanwälte als Berufsstand in besonderem Maße gefördert worden wären. Soweit bei der Bestellung zu Regierungsämtern Rechtsanwälte zu Bundeskanzlern bzw. Ministern wurden, war es wiederholt die „Anwalts-Zeitung“, die – das gleichsam aufdeckend – den „Anwaltskollegen“ zu ihren politischen Würden Glückwünsche übermittelte. Genau betrachtet war das aber der deutliche Hinweis auf ihre hauptsächlich uninteressierte Position der anwaltlichen Kollegenschaft gegenüber; und es war der zu wiederholten Malen gescheiterte Versuch, doch das Interesse dieser Mandatäre und Anwaltskollegen für ihren Berufsstand zu wecken. Der Hauptgrund für die fehlende Solidarität zum eigenen Berufsstand war aber, „dass die Politiker-Advokaten nicht als Interessenvertreter der Berufsgruppe gewählt waren, sondern als Repräsentanten verschiedenster gesellschaftlicher Interessengruppen“.¹²⁸

3.3 In Funktionen der Wirtschaft

Anlässlich der Diskussionen zur Reform des Disziplinarstatutes und der Rechtsanwaltsordnung wurde im Jahr 1930 neuerlich nach weiteren möglichen und erlaubten anwaltlichen Tätigkeitsbereichen gefragt, insbesondere danach, ob diese mit Ehre und Ansehen des Standes übereinstimmten. So hieß es dazu unter anderem in einem diesbezüglichen Artikel von Braun:

„Vielfach üben Rechtsanwälte neben der Advokatur eine andere Beschäftigung aus, die zwar dem Ansehen des Advokatenstandes nicht zuwiderläuft, aber oft zu Missbräuchen führt. Meiner Überzeugung nach sind alle Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsstellen genauso unzulässig und unvereinbar mit der Ausübung der Advokatur, wie

¹²⁸ Hannes Siegrist, Advokat, Bürger und Staat, Frankfurt am Main 1996, 920.

die Beteiligung an einer protokollierten Firma. Der Advokat soll sich eben entscheiden, ob er Geschäftsmann oder Rechtsanwalt sein will“.¹²⁹

Was die in diesem Zusammenhang von Braun gewünschte Revision der Rechtsanwaltsordnung und des Disziplinarstatutes anbelangte, blieben diese Vorstellungen nicht unwidersprochen. So wurde etwa aus dem Anwaltsstand dahin geantwortet,

„In unserer Zeit müsste die Advokatur verdorren, wenn sie, wie (der) Verfasser meint, sich entscheiden müsste: ‚Geschäftsmann oder Rechtsanwalt‘, und wenn der Advokat sogar alle Aufsichts- und Verwaltungsratsstellen ebenso als unzulässig meiden müsste, wie ‚Beteiligung (vielleicht sogar bloß finanziell?) an einer (also jeder!) protokollierten Firma‘.“

Und es hieß weiter:

„Nicht minder über das Ziel geschossen scheint mir die Idee, dass Anwälte, ‚die in der Öffentlichkeit tätig sind‘, unterschiedslos nicht berechtigt sein sollen, während dieser Zeit die Advokatur auszuüben. Im Gegenteil!“¹³⁰

Eine weitergehende Diskussion zu diesem Thema ergab sich für die Anwaltschaft nicht, sieht man vom Beitrag von RA Dr. Robert Ticho ab. In diesem äußerte er die Hoffnung „Durch engere Fühlungnahme mit den Spitzenorganisationen der österreichischen Wirtschaft nach dem Beispiel unserer reichsdeutschen Kollegen könnten vielleicht die Beziehungen zwischen Anwaltsstand und Wirtschaft wertvolle Vertiefung erfahren.“¹³¹

Grundsätzlich waren Rechtsanwälte als Generalisten tätig, was auch für den großstädtischen Bereich in Wien galt. Mit Rücksicht auf die anwaltliche Konkurrenz war es den Rechtsanwälten im Normalfall gar nicht möglich, bloß in einem Spezialgebiet der anwaltlichen Vertretung zu arbeiten, wie etwa der Strafverteidigung oder der Betreuung von Kaufleuten, Gewerbetreibenden oder Unternehmen. Im letztgenannten Tätigkeitsbereich waren spezielle Kenntnisse des Vertragsrechtes, der Vermögensverwaltung und des Abgabenrechtes von besonderer Bedeutung. Nur ein geringer Teil der Rechtsanwälte betätigte sich als Unternehmensanwälte, wenn man auch in dieser Branche ihr

¹²⁹ Max Braun, Reformbedürftigkeit des Disziplinarstatutes. In: Jur. Bl. 8 (1930), 167.

¹³⁰ Adolf Bachrach, Rechtsanwaltliche Reformen. In: Jur. Bl. 15 (1930), 309-311.

¹³¹ Robert Ticho, Gegenwartsfragen des Anwaltsstandes. In: Anw. Ztg. 7 (1930), 129.

Expertenwissen fortlaufend benötigte. In die Vorstände, Direktionen und Aufsichtsräte von Banken, Sparkassen, größerer Unternehmen und Versicherungen wurden Rechtsanwälte gerne berufen, wo sie mit ihren Kenntnissen spezielle Rechtsprobleme zu lösen bzw. Verwaltungs- und Leitungsaufgaben zu übernehmen hatten.

Zur Auswertung hier ausgewählt wurden aus dem Finanzcompass¹³² der Jahre 1923, 1933 und 1938 die Bereiche Banken, Sparkassen, Kreditvereine, Versicherungen, Unternehmen, Kammern und Verbände – wie nachfolgend dargestellt. In jedem der aufgezählten Wirtschaftsbereiche wurde die Untersuchung darauf gerichtet, ob der Rechtsanwalt in der spezifischen Wirtschaftseinheit eine Funktion innehatte, die es ihm ermöglichte, Entscheidungen zu beeinflussen; damit wurde er im Rahmen dieser Arbeit zur Elite zuzählbar, zumal es möglich schien, damit ein uneingeschränktes Bild des Rechtsanwaltsstandes, bezogen auf dessen Positionierung in der Wirtschaftsszene, darzustellen. Auf eine Höhe des Jahresumsatzes oder eine Bilanzsumme, auf eine Unternehmensgröße, gemessen an Beschäftigungszahl oder Aktienkapital, wurde im Rahmen der gegenständlichen Untersuchung nicht Bedacht genommen. Wenn auch davon ausgegangen werden kann, dass solche Daten zumindest zum Teil ausfindig gemacht werden könnten, würde das erfordern, die Firmengeschichten sämtlicher vorkommenden Unternehmen zu erforschen. Dies ginge über den Rahmen der gegenständlichen Arbeit aber weit hinaus, zudem hätte sich damit der Schwerpunkt dieser Untersuchung in eine andere, hier nicht gewollte Richtung verlagert.

Von der Untersuchung ausgenommen wurde auch jegliche anwaltliche Beratungs- und Vertretungstätigkeit, gerichtlich wie außergerichtlich, im Bereich des Zivil- wie des Strafrechtes. Zum besseren Verständnis sei nochmals und ergänzend darauf hingewiesen, dass sich die Anzahl der Advokaten im Gebiet der Republik Österreich seit dem Jahr 1868 bis zum Jahr 1918 von 428

¹³² Finanz-Compass-Österreich, Jahrgang 1923, 1933, 1938, hg. vom Compass Verlag.

auf 2.231 vermehrte. Bis zum Jahr 1937 erhöhte sich die Zahl der Rechtsanwälte auf insgesamt 3.071, um im Jahr 1938, mit dem „Anschluss“ auf 1.311 Kammermitglieder zurückzugehen.¹³³ Auf Wien bezogen hatte die Rechtsanwaltskammer im Jahr 1918 1.647 Mitglieder, im Jahr 1923 2.039, im Jahr 1933 2.459, im Jahr 1937 2.521 Mitglieder. Im Jahr 1938 fiel die Zahl auf 771 Mitglieder herab.¹³⁴

Vordringliches Ziel dieses Teils der Arbeit war es damit, jene Rechtsanwälte zu identifizieren, die von ihrer beruflichen Tätigkeit her in die Liste der Rechtsanwälte eingetragen waren, überdies aber Positionen im Wirtschaftsreich besetzten und sich dadurch als Rechtsanwalts-Wirtschaftselite definieren ließen. Es war das der Kreis jener Rechtsanwälte, die als Verwaltungsräte, allenfalls Direktoren oder Vorstandsmitglieder neben ihrer anwaltlichen Tätigkeit im Wirtschaftsleben von Banken, Sparkassen, Versicherungen, von Industrie- bzw. Handelsunternehmen, Kammern oder Verbänden herangezogen wurden. Das Bewertungskriterium als „big linker“ habe ich dabei in Anlehnung an Peter Eigners Untersuchung zu den personellen Verflechtungen zwischen Banken und Industrie¹³⁵, aber nach meiner Definition leicht verändert, auf jene Rechtsanwälte angewendet, die in einem Stichjahr zumindest drei oder mehr Wirtschaftsmandate auf sich vereinen konnten. Zur Auswertung wurde für die Jahre 1923, 1933 und 1938 auf den Inhalt des „Finanzcompass“ zurückgegriffen, der diese Wirtschaftsdaten in jährlicher Folge publizierte. Die Personensuche war auf die oben erwähnten Branchen beschränkt. Die dabei aufgefundenen Rechtsanwälte wurden insgesamt der Auswertung unterzogen.

Innerhalb der so festgestellten Positionen der Rechtsanwälte wurde bei der Auswertung nicht weiter unterschieden. Das bei Eigner vorzufindende Definitionskriterium eines „big linker“, das heißt, in einem Jahr 15 Mandate

¹³³ Wrabetz, Österreichs Rechtsanwälte, 377.

¹³⁴ Jahoda, Geschichte der Advokatur, 137.

¹³⁵ Peter Eigner, Die Konzentration der Entscheidungsmacht. Die personellen Verflechtungen zwischen den Wiener Großbanken und Industrieaktiengesellschaften 1895-1940. Phil. Diss., Wien 1997.

an Industrieaufsichtsratsfunktionen aufzuweisen, konnte kein Rechtsanwalt erfüllen. Wohl aber war es bei der Auswertung möglich – neben heranziehbaren 124 wirtschaftlichen Unternehmungen – davon 29 Banken, Sparkassen, Kreditvereine und Versicherungen, 88 sonstige Firmen, 7 Kammern und Verbände – 64 mit diesen Unternehmen verbundene Rechtsanwälte zu ermitteln. Von den so aufgefundenen Mitgliedern des Rechtsanwaltsstandes besetzten im untersuchten Zeitraum der Jahre 1920 bis 1938 52 Personen oder 80 Prozent nur eine, jedenfalls weniger als drei Positionen, während zwölf Personen oder gerundet 18,75 Prozent drei oder mehr Positionen beanspruchten. Jene Rechtsanwälte, die drei oder mehr Mandate innehatten und damit als „RA-linker“ zu bezeichnen waren, besetzten damit 44 Positionen in den oben erwähnten 124 wirtschaftlichen Unternehmungen.

Bei einem Vergleich mit der durchschnittlichen Anzahl von Rechtsanwälten im Untersuchungszeitraum – ausgehend von rund 2.650 Kammermitgliedern – repräsentierten die RA-linker weniger als ein halbes Prozent der Kammermitglieder. Selbst bei Einbeziehung sämtlicher wirtschaftlichen Verflechtungen bleibt der Schluss berechtigt, dass die Rechtsanwälte im Bereich der Wirtschaft deutlich unterrepräsentiert waren.

Positionierung der Rechtsanwalts-Wirtschaftselite

Im Detail konnten vorerst die nachfolgenden wirtschaftlichen Unternehmungen und Rechtsanwälte erhoben werden, wobei davon auszugehen ist, dass die Auflistung noch ergänzbar ist:

Banken, Sparkassen, Versicherungen:

- 1.) Allgemeine Versicherungs-AG Phönix
- 2.) Bank für Oberösterreich und Salzburg
- 3.) Boden-Creditanstalt
- 4.) Depositenbank
- 5.) Erste Österreichische Spar-Casse

- 6.) Gegenseitiger Versicherungsverein für Montanwerke
- 7.) Gemeindesparkasse Graz
- 8.) Janus Lebensversicherungsanstalt
- 9.) Kosmos Allgemeine Kredit- und Garantiebank
- 10.) Kosmos Allgemeine Versicherungs-AG
- 11.) Krainische Sparkasse
- 12.) Kreditverein Sparkasse Graz
- 13.) Landeshypobank Vorarlberg
- 14.) Neue Wiener Sparkasse
- 15.) Österreichische Nationalbank
- 16.) Österreichische Postsparkasse
- 17.) Österreichischer Lloyd
- 18.) Österreichisches Kreditinstitut
- 19.) Pensionsanstalt für Angestellte
- 20.) Sparkasse Atzenbrugg
- 21.) Sparkasse Baden
- 22.) Sparkasse Fehring
- 23.) Sparkasse Sauerbrunn
- 24.) Sparkasse Wels
- 25.) Steiermärkische Sparkasse
- 26.) Unionbank
- 27.) Wechselseitige Brandschadenversicherung AG i. Graz
- 28.) Wechselseitige Bundesländerversicherung
- 29.) Wiener Bankverein

Industrie-, Handels- und Verkehrsunternehmen:

- 1.) A. Moll KG
- 2.) AEG Union
- 3.) AG für Eisenbahnbedarf
- 4.) AG für Kohlenhandel Wien
- 5.) Anker Brotwerke AG
- 6.) Ariadne Draht- und Kabelwerke AG
- 7.) Bachwitz AG
- 8.) Bickford & Co AG
- 9.) Bratislaver Kabelfabrik AG
- 10.) Brauerei Forst AG
- 11.) Brauerei Schwechat
- 12.) Brennertunnel- und Alpenstraßen-VerkehrsgesmbH
- 13.) Brigl und Bergmeister AG
- 14.) Brüder Reininghaus AG
- 15.) Bunzl & Biach AG
- 16.) Bureau International Musiciens
- 17.) Camis und Stock Weinbrennerei AG
- 18.) Cosmanos AG
- 19.) Dachstein Fremdenverkehrs AG
- 20.) Dachstein Seilbahn AG
- 21.) Detag Deutsche Teerfarben und chem. Handels AG
- 22.) Donaudampfschiffahrtsgesellschaft
- 23.) Dream Products Corporation
- 24.) Druckerei- und Verlags AG Leykam
- 25.) Dynamit Nobel AG
- 26.) Eigentum Gemeinn. Wohnungs- und Siedlungs GmbH Salzburg
- 27.) Elektrizitätswerk Wels AG
- 28.) Elin AG für elektrische Energie

- 29.) Erdberger Maschinenfabriks AG
- 30.) Erste Wr. Hotel-AG
- 31.) Feinlederfabrik AG v. Strasser
- 32.) Firma Dream Zentrale
- 33.) Garn- und Strickereiindustrie AG Budapest
- 34.) Gesellschaft d. Autoren Komponisten und Musikverleger
- 35.) Gräf & Stift AG
- 36.) Grazer Schlossbergbahn
- 37.) Grazer Tramwaygesellschaft
- 38.) Grazer Waggonfabrik
- 39.) Herba Handels AG Österr. Apotheker
- 40.) Imperial Feigenkaffeeabrik AG
- 41.) Imperial Weinhandel AG
- 42.) Josef Voigt & Co AG
- 43.) Kärntner Eisenindustrie und Stahlwerksgesellschaft
- 44.) Kleinmünchner Baumwollspinnerei und mechanische Weberei
- 45.) Kohlenholding GesmbH
- 46.) Kronprinz Wemag AG
- 47.) Ks. Elisabeth Kinder Hospital
- 48.) Leykam AG, Graz
- 49.) Lokalbahnen Lambach
- 50.) Lokalbahnen Unterach
- 51.) Lokalbahnen Völkermarkt
- 52.) Matthias Salcher & Söhne AG
- 53.) Montana AG
- 54.) Natron Papierindustrie AG
- 55.) Nawag AG
- 56.) Nettingsdorfer Papierfabrik AG
- 57.) Obnova AG

- 58.) Österreichische Journal AG
- 59.) Österreichische Kabel- und Drahtindustrie AG
- 60.) Österreichische Telefonfabrik AG
- 61.) Richard Klinger AG
- 62.) Sanatorium Auerspergstraße AG
- 63.) Schiffswerften Linz AG
- 64.) Schoellerstahlwerke AG
- 65.) Selesia Bergbau AG
- 66.) Siemens Werke AG
- 67.) Slavonia Österr. Holzindustrie AG
- 68.) Solo Zündwaren und chem. Fabriken AG
- 69.) Sofiensäle AG
- 70.) Staats-Eisenbahngesellschaft
- 71.) Stadlauer Malzfabrik AG
- 72.) Tauchener Kohlenindustrie AG
- 73.) Telefonfabrik AG v. Berliner
- 74.) Theresienfelder Industrie und Handels AG
- 75.) Theresientaler Papierfabrik
- 76.) Tiroler Wasserkraft AG
- 77.) Überland AG für neuzeitlichen Stadt- und Landstraßenbau
- 78.) Veitscher Magnesit AG
- 79.) Vereinigte Fettwaren Josef Estermann AG
- 80.) Vereinsmolkerei AG
- 81.) Vita Filmindustrie AG
- 82.) Vorarlberger Illwerke AG
- 83.) Waldheim Eberle AG
- 84.) Wiener Baustoffwerke AG
- 85.) Wiener Maschinenfabrik Alexander Friedmann
- 86.) Wiener Messe AG

87.) Wolfrum AG

88.) Wolfsegger Traunthaler Kohlewerks AG

Kammern und Verbände:

- 1.) Hauptverband Wiener Messeinteressenten Baukasse
- 2.) Landeskammer d. gewerblichen Wirtschaft Burgenland
- 3.) Landesverband Oberösterreichischer Sparkassen
- 4.) Niederösterreichischer Gewerbeverein
- 5.) Österreichisch-Orientalische Handelskammer
- 6.) Österreichischer Rhein-Schifffahrtsverband
- 7.) Reichsverband Österreichischer Sparkassen¹³⁶

Rechtsanwälte:

Dr. Benedikt Ernst	Dr. Mayr Max Freiherr v.
Dr. Bodart Alfons Georg	Dr. Mayr Otto
Dr. Buresch Karl	Dr. Merl Karl
Dr. Coumont Eduard	Dr. Müller Fritz
Dr. Derschatta Julius v.	Dr. Nemanitsch Günther
Dr. Draxler Ludwig	Dr. Neumayer Josef
Dr. Eckel Hermann	Dr. Panholzer Arthur
Dr. Eder Anton	Dr. Pfeiffer Julius
Dr. Eger Ferdinand	Dr. Pieta Ernst
Dr. Ender Otto	Dr. Profanter Anton
Dr. Gottwald August	Dr. Rinesch Gustav
Dr. Grimm Heinrich	Dr. Rochlitzer Ludwig
Dr. Grundler Wilhelm	Dr. Schneider Franz
Dr. Haerdtl Heinrich Freiherr v.	Dr. Schoenberg Gustav

¹³⁶ Für diesen Abschnitt wurde auf die Angaben des „Finanzcompass“, Jahrgang 1923, 1933, 1938 zurückgegriffen.

Dr. Hahn Julius	Dr. Schopp Norbert
Dr. Hirsch Alexander	Dr. Schreiner Em(m)erich v.
Dr. Hoffenreich Ernst	Dr. Schwarz-Hiller Rudolf
Dr. Holubowsky Anton	Dr. Steiner Otto
Dr. Hunna Emmerich	Dr. Steininger Erwin
Dr. Jakoncig Guido	Dr. Stern Paul
Dr. Kaan Wilhelm v.	Dr. Stolz Hamilkar
Dr. Kammerlander Ludwig	Dr. Strauss Ludwig
Dr. Kast Eduard	Dr. Streif Alois
Dr. Kienböck Viktor	Dr. Tafler Josef
Dr. Kiwe Heinrich	Dr. Tunner Gottlieb
Dr. Klein-Doppler Gustav	Dr. Wachtel Emil
Dr. Koch Arthur	Dr. Weissel Otto
Dr. Koss Oskar	Dr. Weyss Hermann
Dr. Kügerl Roman	Dr. Winter Karl

Im Ergebnis zeigte die Elitenuntersuchung für den Zeitraum 1920 bis 1938 wie erwähnt 64 Rechtsanwälte auf. Keiner von ihnen konnte nach den Kriterien Eigners als „big linker“ festgestellt werden, 12 Rechtsanwälte konnten aber meiner Definition nach als RA (Rechtsanwalts)-linker eruiert werden.

Die folgende Auflistung der Mandate und Wirtschaftszweige zeigt Schwerpunkte einerseits in Richtung Banken, Versicherungen, andererseits in Richtung Telefonie, Chemische Industrie, Maschinenindustrie, Papierindustrie bzw. Druck- und Verlagswesen, sowie öffentlicher Verkehr:

Dr. Paul Abel:	VR	Imperial Weinhandel AG
	VR	Detag, Deutsche Tierfarben und Chemikalien Handels AG
	VRP	Ariadne Draht- und Kabelwerke AG

Dr. Hans Adler: ¹³⁷	VRVP Gegenseitiger Versicherungsverein der Montanwerke VRP Veitscher Magnesit AG VRVP Dynamit Nobel AG
Dr. Adolf Bachrach: ¹³⁸	VRVP AG f. Eisenbahnbedarf VRP Österr. Telephonfabrik AG v. J. Berliner VRVors. Ariadne Draht- und Kabelwerke AG VR Gebrüder Strasser Lederfabrik AG
Dr. Eduard Coumont:	VR Grazer Waggonfabrik VR Schoellerstahlwerke AG VR Schiffswerft Linz AG VR Berndorfer Glockengießerei AG
Dr. Heinrich Haerdtl: ¹³⁹	AR Wr. Bankverein VRP Österr. Kabel- und Drahtindustrie AG

¹³⁷ Dr. Hans Adler wurde am 3. Juni 1869 in Wien geboren. Er studierte an der Universität Wien und promovierte 1892. Er war seit 1905 verheiratet und Vater von drei Kindern. Bei der Wahl zum Kammerpräsidenten am 13. Oktober 1924 unterlag er RA Hermann Eckel. Er vertrat Banken und Versicherungen, auch im Verfahren gegen die Allgemeine Depositenbank, und er war Verwaltungsrat in bedeutenden Unternehmen. – Vgl. Das Jahrbuch der Wiener Gesellschaft. Biographische Beiträge zur Wiener Zeitgeschichte, hg. von Franz Planer, Wien 1929, 9.

¹³⁸ Dr. Adolf Bachrach wurde am 27. Dezember 1853 in Sternberg geboren. Er studierte an der Universität Wien, war Präsident des Studienvereins Wiener Akademische Lesehalle, seit 1880 verheiratet, Vater eines Kindes und starb am 18. April 1932. Seit 1885 eingetragen in die Advokatenliste, war er Strafverteidiger und später Vertreter von Mitgliedern des Kaiserhauses. Außerdem saß er in bedeutenden Unternehmen im Verwaltungsrat. Er wurde in den Adelsstand erhoben und verfasste zahlreiche Fachartikel und -bücher. Zuletzt war er in einer Kanzleigemeinschaft mit Dr. Paul Abel und Emmerich Hunna tätig. – Vgl. Jahrbuch Wiener Gesellschaft, 29.

¹³⁹ Dr. Heinrich (Freiherr von) Haerdtl wurde am 12. September 1854 in Wien geboren. Er entstammte einer angesehenen Wiener Advokatenfamilie und studierte in Wien, Berlin, Leipzig, Göttingen und Graz. Seit 1883 eingetragen in die Advokatenliste war er Mitglied des Ausschusses der Advokatenkammer und des Reichsgerichtes bis zum Ende der Monarchie. Seit 1883 war er verheiratet, der Ehe entstammten drei Kinder, von denen zwei Söhne Rechtsanwälte wurden. Als Gutsbesitzer und Jäger war er auch Präsident des Güterbeamtenvereins, des Niederösterreichischen Jagdschutzvereines und Mitglied der Sektion Austria des Alpenvereines. Er vertrat die Aristokratie und war Mitglied, sowie Präsident von Verwaltungsräten bedeutender Industrieunternehmen. Er verfasste Fachartikel und eine Monographie zum Jagdrecht. – Vgl. Jahrbuch Wiener Gesellschaft, 228f.

VRVP Vereinsmolkerei AG

VR Josef Voigt und Co AG

VRVP Kärntner Eisenindustrie und
Stahlwerksgesellschaft

Dr. Emmerich Hunna: VR Ariadne Draht- und Kabelwerke AG

VRP Waldheim-Eberle AG

VR Bachwitz AG

Dr. Ludwig Kammerlander:

VR Leykam Druckerei- und Verlags AG

VR Wechselseitige Brandschaden Versicherungs
AG

Dir. Gemeindesparkasse Graz

Dr. Max v. Mayr:¹⁴⁰

ARP Neue Wr. Sparkasse

VR Allgem. Österr. Boden-Creditanstalt

VR Priv. Österr. Ungar. Staatseisenbahngesell-
schaft

AR Erste DDSG Gesellschaft

VR Theresienthaler Papierfabrik

Dr. Otto v. Mayr:

VR Kosmos Allg.Versicherungs AG

VR Imperial Feigenkaffeeabrik Karl Kuhlemann
AG

AR Neue Wr. Sparkasse

¹⁴⁰ Dr. Maximilian (Freiherr von) Mayr wurde am 26. November 1848 in Wien geboren und verstarb am 6. November 1934. Er studierte an der Universität Wien und promovierte am 2. Juli 1873. Seit 1878 war er als Hof- und Gerichtsadvokat eingetragen. In den Jahren 1878 bis 1929 hatte er Funktionen als Ausschussmitglied, Mitglied des Disziplinarrates, Präsidentenstellvertreter und Anwaltsrichter inne. Er vertrat das Kaiserhaus und war Mitglied des Verwaltungsrates, sowie Präsident bedeutender Industrieunternehmen und Banken. Als Funktionär der Witwen- und Waisenpensionsgesellschaft, der Kinderschutz- und Rettungsgesellschaft und des Vereins zur Erhaltung der Studienkonvikte wurde er karitativ tätig. Er war Verfasser zahlreicher Fachartikel und sprachwissenschaftlicher Werke. – Vgl. Jahrbuch Wiener Gesellschaft, 409.

Dr. Julius Pfeiffer: ¹⁴¹	VRP Erste Wr. Hotel-AG
	VRVP Unionbank
	VR Wr. Automobilfabrik AG
	Dir. Erste Österr. Sparkasse
Dr. Emmerich Schreiner:	VRP Grazer Tramway Gesellsch.
	VRP Brüder Reininghaus AG
	VR Wechselseitige Brandschaden Vers.
	VR Bundesländer Vers.AG
Dr. Ludwig Strauss:	VR Österreichische Journal AG
	VR Elin AG für elektrische Industrie
	VR Kromag AG f. Werkzeuge und Metallindustrie

Unter dieser Gruppe ragen jene hinaus, die wie Haerdtl, Mayr oder Pfeiffer Verwaltungsräte der Wiener Großbanken waren bzw. jene, die wie Abel, Adler, Bachrach, Haerdtl, Hunna, Mayr, Pfeiffer und Schreiner leitende Funktionen als Präsidenten bzw. Vizepräsidenten in Verwaltungs- und Aufsichtsräten wahrnahmen.

Die Betrauung von Rechtsanwälten mit Mandaten, wie zum Beispiel in Verwaltungsräten, war eher kurzfristig. Eine Prozentanalyse zu den Stichjahren 1923, 1933 und 1938 fiel daher zwangsläufig erheblich ungünstiger aus als die oben für den Zeitraum 1920 bis 1938 wiedergegebene. Beispielhaft sei

¹⁴¹ Dr. Julius Pfeiffer wurde am 16. Dezember 1855 in Oberösterreich geboren und verstarb am 20. April 1937. Er studierte an der Universität Wien. Verheiratet und Vater von drei Kindern. Gemeinsam mit den Söhnen des RA Dr. Brichta übernahm er dessen Kanzlei. Ab 1893 war er Mitglied des Ausschusses, des Disziplinarrates, Vizepräsident und ab 1916 bis 1922 Präsident der Kammer. Ab 1924 fungierte er als Anwaltsrichter und Mitglied der Ständigen Vertreterversammlung. Er führte die Kammer aus der Monarchie in die Republik. Er war Mitglied des Advokatenklubs Souprium, Berater des Hochadels, Vizepräsident des Liechtensteinischen Appellationsgerichtes, Mitglied der Bundesleitung des Roten Kreuzes, Mitglied des Verwaltungsrates und Präsident bedeutender Industrieunternehmen und Banken. Ein Sohn wurde Rechtsanwalt; ein Schwiegersohn war der Kanzleikollege RA Dr. Valentin Sachs. – Vgl. Anw. Ztg. 9/10 (1937), 192f.

dazu auf die nachfolgenden Auswertungsdaten betreffend die Rechtsanwälte Bachrach, Hunna, Max Mayr und Strauss verwiesen.¹⁴²

¹⁴² Wer ist wer, Lexikon Österr. Zeitgenossen, hg. von Paul Emödi, Wien 1937.

Auswertung der VR- und AR-Mandate 1920 – 1938

		1923	1933	1938
Bachrach:	VRVP AG für Eisenbahnbedarf	x	-	-
	VRP Österr. Telephonfabrik AG v. Berliner	x	-	-
	VR Vors. Ariadne Draht- und Kabelwerke AG	x	-	-
	VR Gebr. Strasser Lederfabrik AG	x	-	-
Hunna:	VR Ariadne Draht- und Kabelwerke AG	-	x	x
	VRP Waldheim Eberle AG	-	x	x
	VR Bachwitz AG	-	x	-
Mayr:	VRP Neue Wr. Sparkasse	x	x	-
	VR Allg. Österr. Boedencreditanstalt	x	-	-
	VR Allg. Österr.-Ungar. Staats-Eisenbahngesellschaft	x	x	-
	AR Erste DDSG Gesellschaft	x	x	-
	VR Theresienthaler Papierfabrik	x	x	-
Strauss:	VR Österr. Journal AG	x	-	-
	VR Elin AG f. elektr. Industrie	x	-	-
	VR Kromag AG f. Werkzeuge und Metallindustrie	x	-	-

Zeichenerklärung:

VRP	Präsident des Verwaltungsrates
VRVP	Vizepräsident des Verwaltungsrates
VRVors.	Vorsitzender des Verwaltungsrates
VR	Verwaltungsrat
AR	Aufsichtsrat

4. Der Rechtsanwalt im politischen Wandel 1919-1938

4.1 Im Wechsel vom Kaiserreich zur Republik

In der Zeit von 1918 bis 1938 sahen sich die Wiener Rechtsanwälte mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. So bewirkte der Zusammenbruch der Monarchie für die Rechtsanwälte eine dramatische Verkleinerung ihrer Vertretungsmöglichkeit. Diese wurde durch die neuen territorialen Grenzen der Republik Deutsch-Österreich und den Umstand, dass österreichische Rechtsanwälte eine Zulassungs- und unbeschränkte Vertretungsbefugnis als ordentliche Rechtsanwälte nur innerhalb des Staatsgebietes erhalten konnten, bestimmt.

In der Fachzeitschrift „Juristische Blätter“, die sich in ihren Anfängen als eine Wochenschrift für die Länder der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie verstand, fand sich 1919 ein Beitrag unter dem Titel „Die Advokatur und der Übergang zum sozialen Volksstaat“, der sich mit dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie befasste. Er wurde eingeleitet mit den Worten:

„Und es kam, wie es kommen musste“ und setzte dann fort „... aus dem autokratisch-patriotischen Militärstaate wurde die Republik. Bei uns Österreichern natürlich vorläufig noch nicht die sozialistische, sondern eine zahme, politische Kompromissrepublik, welche sich selbst (z. B. im Staatsgesetzblatt) nicht mit ihrem schönen ehrlichen Namen, sondern farblos als Staat Deutsch-Österreich – Muster: Land Oberösterreich – bezeichnet ...“¹⁴³

In diesem Zusammenhang wurde der Advokat ausgehend von seinen wirtschaftlichen Wurzeln als ein vorkapitalistisches Phänomen bezeichnet, und es wurde ihm gleichsam prophezeit, dass er die „in der kapitalistischen Schule erworbenen organisatorischen Fähigkeiten im Sinne der Sozialisierung

¹⁴³ Richard Beer, Die Advokatur und der Übergang zum sozialen Volksstaat. In: Jur. Bl. 1/2 (1919), 3-4.

und Entkapitalisierung zu verwerten ...“ hätte und nunmehr unter den für ihn so nachteilig veränderten Verhältnissen zu arbeiten verpflichtet sein würde.¹⁴⁴

Die allgemeine und damit wohl auch standesbezogene Hilflosigkeit bestätigte unter dem Titel „1918“ der Herausgeber unter anderem mit der treffenden Formulierung „... Inmitten des Jubels der Slawen und Italiener stehen wir Deutschen und wissen nicht recht, was anfangen mit unserer neugewonnenen Selbständigkeit und Freiheit“.¹⁴⁵

Es war sehr deutlich in dem Zusammenhang zu erkennen, dass man mit dem Ende der Monarchie auch glaubte, jede und damit auch jene wirtschaftliche Ebene für Advokaten verloren zu haben, die es erlaubt hätte, sich mit herkömmlicher Ausbildung beruflich zu behaupten – allenfalls auch bei einer möglichen Sozialisierung des Staates Deutsch-Österreich bestehen zu können. Als ausschlaggebend für diese Entwicklung wurde die Niederlage im Weltkrieg deshalb bezeichnet, weil sie „der sozialistischen Strömung eine Geltung und Macht verschafft, die es ihr möglich macht, die ganze kapitalistische Wirtschaft ernstlich zu bedrohen ...“¹⁴⁶

Die Juristischen Blätter äußerten sich zur Möglichkeit einer umfassenden Verstaatlichung ablehnend und bezeichneten die Frage, wie sich Deutsch-Österreich weiter entwickeln könnte als eine von sekundärer Bedeutung. Soweit in ihnen das Erfordernis des „Anschlusses“ an die Deutsche Republik in den Vordergrund gestellt, aber als „... noch nicht spruchreif“ bezeichnet wurde – ließ das den in dieser Zeit eng gewordenen Bereich anwaltlicher Möglichkeiten erkennen.¹⁴⁷

Der gesellschaftspolitische Umbruch wurde aber auch deutlich, wenn man die von der Wiener Juristischen Gesellschaft am 15. Jänner 1919 abgehaltene Vollversammlung und die dort geführte Diskussion zum Thema Rechtsschutz in der Verwaltung heranzieht, die tatsächlich zu einer Auseinanderset-

¹⁴⁴ Beer, Advokatur, 3-4.

¹⁴⁵ Ernst Bum, 1918. In: Jur. Bl. 1/2 (1919), 1.

¹⁴⁶ Ebd., 2.

¹⁴⁷ Ebd.

zung über die Frage Staatsliberalismus oder Staatssozialismus und der dazu erwartbaren Entwicklung in Deutsch-Österreich wurde.¹⁴⁸ Es handelte sich dabei um ein Thema, das politisch interessierte Juristen, speziell Advokaten, offenkundig bedrängte.

Daneben wurde dem aktuellen politischen Geschehen im Justizministerium, als dem für Standesangelegenheiten primären Verhandlungspartner der Rechtsanwälte, die größte Aufmerksamkeit gewidmet. So hieß es in der Stellungnahme vom 2. November 1919 hoffnungsvoll zur Nachfolge im Justizministerium und zur Person des Rechtsanwaltes Dr. Rudolf Ramek, dem neuen Justizminister, er wäre als „Prototyp des homo novus“ zu bezeichnen.¹⁴⁹ Insbesondere vermerkt wurde aber, dass er weder als Politiker noch als Jurist oder in sonst einer Eigenschaft bisher irgendwie hervorgetreten wäre. Weiters, dass Ramek, 38 Jahre alt, seit dem Jahr 1913 als Rechtsanwalt in Salzburg arbeitete und Mitglied der Christlich-sozialen Partei wäre; auch der ihm zur Seite gestellte sozialdemokratische Unterstaatssekretär, der Grazer Rechtsanwalt Dr. Arnold Eisler, wurde ähnlich farblos beschrieben. Beiden Rechtsanwälten, Dr. Ramek wie Dr. Eisler, wurde aber zugetraut, dass sie „... frischere und neuere Ansichten und Pläne ...“¹⁵⁰ hätten, als die vorhergehende Administration; ferner, dass die Rechtsanwaltschaft erwarten würde, im Rahmen der legislatischen Tätigkeit des Justizministeriums künftig entsprechend einbezogen und berücksichtigt zu werden.

Eine dem Anwaltsstand fehlende Perspektive bestätigten schließlich Stellungnahmen wie etwa die des Kammerfunktionärs RA Dr. Heinrich Herbstschek zur Notwendigkeit eines Anschlusses der österreichischen Anwaltschaft – von ihm feiner formuliert als „Anlehnung an das Deutsche Reich ...“ – mit dem Ziel, „unverzüglich einen Zusammenschluss der deutsch-österreichischen Anwälte zu einem einzigen Wirtschaftsverband herbeizuführen“, und

¹⁴⁸ Ernst Bum, Aus den Vereinen, Wiener Juristische Gesellschaft. In: Jur. Bl. 48 (1919), 40.

¹⁴⁹ Ernst Bum, Wien, am 2. November 1919. In: Jur. Bl. 48 (1919), 342.

¹⁵⁰ Ebd., 342.

Herbatschek war der Überzeugung, „dass der Anschluss an Deutschland eine Aktivpost auch für die Anwaltschaft bilden“ würde.¹⁵¹ Diese Vorstellungen fanden zum damaligen Zeitpunkt jedenfalls politisch noch keine Unterstützung, und von den Kammermitgliedern konnte das weitere Geschehen nur abgewartet werden.

Vorerst wurden anlässlich der Vollversammlung der Niederösterreichischen Advokatenkammer vom 26. Jänner 1919 bei einer Anwesenheit von 644 Delegierten Dr. Julius Pfeiffer mit 637 Stimmen zum Präsidenten, Dr. Julius Ofner mit 644 Stimmen und Dr. Gustav Harpner mit 415 Stimmen zu Vizepräsidenten gewählt. Darüber hinaus wurden 16 Ausschussmitglieder und vier Ersatzmitglieder, der Präsident des Disziplinarrates Dr. Otto Schwalb mit 328 Stimmen, ferner 21 Mitglieder des Disziplinarrates und sechs Ersatzmitglieder neben dem Kammeranwalt, den Kammeranwaltstellvertretern und den Prüfungskommissären für die Advokaten- und Richteramtsprüfung gewählt.¹⁵² Da die weiteren Kandidaten keine absoluten Stimmenmehrheiten erhielten, konnten die notwendigen Zuwahlen erst anlässlich der Vollversammlungen vom 10. März 1919 und vom 30. März 1919 durchgeführt werden. Sehr rasch wurden vom Kammerausschuss für die Kammermitglieder mit Rücksicht auf die geänderten politischen Verhältnisse damals wesentliche Anpassungen veranlasst. So wurde der Wechsel der Bezeichnung von „Hof- und Gerichtsadvokat“ zu „Rechtsanwalt“ vorgenommen. Dem Disziplinarrat wurde gestattet, bei Vorliegen eines gesonderten Antrages des Kammeranwaltes ein offenes, laufendes Disziplinarverfahren gegen Rechtsanwälte, wenn sie Kriegsheimkehrer waren, einzustellen.¹⁵³ Gefordert wurde weiters die Wiedereinrichtung der „Ständigen Delegation“ durch die Deutsch-Österreichischen Anwalts-

¹⁵¹ Heinrich Herbatschek, Korrespondenzen. Neuorganisation der Rechtsanwälte. In: Jur. Bl. 48 (1919), 395.

¹⁵² Ernst Bum, Aus den Advokatenkammern. In: Jur. Bl. 48 (1919), 39-40.

¹⁵³ Ernst Bum, Aus den Rechtsanwaltskammern. In: Jur. Bl. 48 (1919), 105-106.

kammern, die auch die Delegierten in besagtes Gremium zu entsenden hätten.¹⁵⁴

Die durch den politischen und gesellschaftlichen Umbruch hervorgerufenen Veränderungen in der Sozialgesetzgebung ließen auch im Anwaltsstand erstmals Überlegungen zur Möglichkeit einer autonomen sozialen Absicherung der Rechtsanwälte aufkommen. Anlässlich der Vollversammlung vom 10. März 1919 wurde dazu vom Ausschuss aber vorerst lediglich berichtet, dass aus der Darlehenskasse Unterstützungen für im Weltkrieg geschädigte Kollegen gewährt werden konnten. Die Beschränkung der Vertretungstätigkeit der Anwaltschaft auf das Gebiet von Deutsch-Österreich, die stagnierende Wirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit zwangen die Rechtsanwälte fortlaufend um neue Arbeitsgebiete und gegen jede berufliche Konkurrenz, insbesondere gegen Winkelschreiberei, anzukämpfen. Auch die allgemeine Einführung eines Anwaltstarifes und die möglichen Grenzen des Wachstums des Rechtsanwaltsstandes wurden zu wesentlichen Themen der Kammerpolitik der folgenden Jahre.

Mit der Stellung der Rechtsanwaltschaft im neuen Staat setzte sich anlässlich der Vollversammlung der Wiener Juristischen Gesellschaft am 19. März 1919 auch Bachrach auseinander. Er lehnte zwar die Forderung nach einem Numerus Clausus der Standesmitglieder ab, vertrat aber den Standpunkt, die weitere Rechtsentwicklung wäre so zu gestalten, dass sie sich keinesfalls in Widerspruch zu den Einrichtungen des Deutschen Reiches setzen dürfte; alles wäre so vorzubereiten, dass ein Zusammenschluss mit dem Deutschen Reich möglich sein würde.¹⁵⁵

Der Umstand, dass mit Deutsch-Österreich aus einem früheren Großstaat ein Kleinstaat geworden war und sich dadurch die Arbeitsmöglichkeiten für Rechtsanwälte, wie schon erwähnt, äußerst nachteilig verändert hatten, rief vielfältige, weitere Änderungsvorschläge hervor. Darunter waren etwa die Ein-

¹⁵⁴ Herbatschek, Korrespondenzen, 395.

¹⁵⁵ Ernst Bum, Aus den Vereinen. In: Jur. Bl. 21/22 (1919), 168.

führung einer erweiterten Armenvertretung, die Vertretung von Kriegsbeschädigten, die Durchführung von Gesetzesbegutachtungen, die Verstärkung der Immunität der Rechtsanwälte bei Gericht und die Abschaffung der Disziplinargewalt der Gerichte gegenüber den Rechtsanwälten.

Fortlaufend offenes Thema blieben insbesondere die Fragen der wirtschaftlichen Absicherung und des Numerus Clausus. Die Rechtsanwaltskammer Wien vertrat dazu den Standpunkt, dass die Advokatur eine so notwendige Einrichtung für den Staat wäre, dass auch von dieser Seite Hilfe bei der Absicherung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten ihrer Mitglieder erwartet werden dürfe. Es musste die Rechtsanwaltskammer Wien zum damaligen Zeitpunkt von einem fortlaufenden Zuwachs an Anwälten und von monatlich etwa dreißig Neueintragungen in die Anwaltsliste ausgehen. Allein für das Jahr 1919 bedeutete das bei einem Mitgliederstand von rund 2.000 Rechtsanwälten einen Zuwachs von zumindest 300 Anwälten.¹⁵⁶ Bei den einschneidenden und wirtschaftlich nachteiligen Veränderungen der Arbeitsgebiete, dem Wegfall des Anwaltszwanges, mit der Erhöhung der Zuständigkeitsgrenze vor den Bezirksgerichten und anderem mehr schien daher die einfachste Möglichkeit, um „die Anwaltschaft vor der vollkommenen Verelendung zu retten: Die höhere Entlohnung ihrer Tätigkeit!“¹⁵⁷

In der Vollversammlung vom 14. Mai 1919 wurde insbesondere über die Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlich schädigenden Winkelschreiberei durch Rechtsanwalt Dr. Gustav Basch und über die Aufhebung der öffentlichen Agentien durch den Vizepräsidenten Ofner berichtet. Zur Kenntnis genommen wurde auch die Forderung der Rechtsanwaltsanwärter auf Festsetzung von Mindestgehältern, ihrem Verlangen nach einer Vertretung im Ausschuss und im Disziplinarrat wurde aber nicht entsprochen.¹⁵⁸

¹⁵⁶ Ebd., 168-171.

¹⁵⁷ Hitschmann, Mindesttarif, 178.

¹⁵⁸ Ernst Bum, Aus den Rechtsanwaltskammern. In: Jur. Bl. 48 (1919), 166-168.

Ein von der Wirtschaftlichen Advokatenvereinigung am 9. April 1919 veranstalteter Vortragsabend befasste sich ebenfalls mit den für die Kammermitglieder völlig veränderten Verhältnissen bei der anwaltlichen Vertretung infolge der drastischen Verkleinerung des Staatsgebietes; ferner auch damit, dass es für die Anwaltschaft von Bedeutung wäre, die internationalen Kontakte zu verbessern und sie bewusst zu fördern, wobei eine Konkurrenz mit anderssprachigen, ausländischen Kollegen nicht gefürchtet werden dürfe. Schließlich wies der Vortragende Kübl darauf hin, dass die Erlernung vor allem slawischer Sprachen für deutsch-österreichische Rechtsanwälte ebenso wichtig wäre wie die Wahrnehmung einer diplomatischen Karriere oder die Vertretung vor den internationalen Schiedsgerichten. Auch meinte er, es könnten sich dadurch neue wirtschaftlich interessante Arbeitsgebiete eröffnen, die durch den Untergang der Monarchie anderswo verloren gegangen wären.¹⁵⁹

Das damals größte Problem für die Rechtsanwaltschaft war aber, einen Tarif bei den Gerichten generell zur Durchsetzung zu bringen, der sich einerseits nicht an den niedrigen Leistungen des Kurrentientarifes (Tarif für Forderungseintreibungen) orientieren durfte, andererseits eine freie Kostenvereinbarung zwischen Anwalt und Klient weiter ermöglichen sollte – und dabei ausschließlich Streitsachen vor Zivilgerichten und Privatklagsachen betreffen konnte.

Da autonome Mindesttarife von der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer bereits seit dem Jahr 1918, von der Kärntner Rechtsanwaltskammer und von der Oberösterreichischen Rechtsanwaltskammer seit 1919 angewendet wurden, war die Einführung nun auch für die Wiener Rechtsanwaltskammer keineswegs besonders gewagt. Die Bemühungen darum entsprachen vielmehr insgesamt dem dringenden Bedürfnis der Rechtsanwaltschaft, vor

¹⁵⁹ Heinrich Scharfmesser, Wirtschaftliche Advokatenvereinigung. In: Jur. Bl. 48 (1919), 121f.

allem aber der Wiener Rechtsanwaltskammer, einen Tarif bei den Gerichten bundesweit durchzubringen.¹⁶⁰

Anlässlich der Vollversammlung der niederösterreichischen Rechtsanwaltskammer vom 30. Oktober 1919 teilte Präsident Pfeiffer mit, dass vom Präsidenten der Deutsch-Österreichischen Richtervereinigung Hofrat Dr. Friedrich Engel dazu mittlerweile ein Schreiben eingelangt wäre, wonach der Hauptausschuss dieser Vereinigung den von der Rechtsanwaltskammer am 15. Mai 1919 beschlossenen Mindesttarif für angemessen erklärt hatte.¹⁶¹

Bei einer weiteren Vollversammlung am 5. November 1919 berichtete Vizepräsident Ofner über den von der Innsbrucker Rechtsanwaltskammer beschlossenen Antrag, mit dem die Freizügigkeit der Rechtsanwälte eingeschränkt werden sollte. Ungeachtet der Zunahme der Rechtsanwälte, insbesondere in Wien, unterstützte er das Festhalten an der freien Advokatur in Ablehnung einer „... Sozialisierung, Veramtlichung des Berufes, wie gegenüber einem Numerus Clausus ...“ und sprach sich gegen eine Sperrung der Liste der Anwälte oder der Anwärter aus.¹⁶²

In diesem Zusammenhang beantragte Vizepräsident Ofner eine EntschlieÙung, mit der von der Regierung dringende Maßnahmen gefordert werden sollten, um den Betätigungsbereich der freien Rechtsanwaltschaft zu verbessern und zu erweitern. Diese Initiative zielte insbesondere auf die Einführung eines geordneten Verwaltungsverfahrens im Steuer- und Gebührenwesen ab, ferner – neben der Schaffung eines Minimaltarifes für anwaltliche Leistungen, der nicht unter den Kurrentientarif fallen durfte – erstmals auch auf eine Entlohnung der Armenvertretungen in Zivilsachen durch eine Pauschalvergütung, die von der Anwaltskammer an die Mitglieder verteilt werden sollte. Auch wurde von der Regierung verlangt, sie möge dahin tätig werden, die Möglichkeit der Einrichtung öffentlicher Agentien für Rechtsangelegen-

¹⁶⁰ Hitschmann, Mindesttarif, 178-181.

¹⁶¹ Ernst Bum, Aus den Rechtsanwaltskammern. In: Jur. Bl. 48 (1919), 362-363.

¹⁶² Ebd., 377.

heiten aufzuheben, und schützende Maßnahmen gegen jene Beitritte zur Anwaltschaft setzen, bei denen sich die Bewerber nicht innerhalb einer bestimmten Frist nach der Beendigung ihres Studiums unmittelbar entschieden hätten.

Der Antrag des Vizepräsidenten wurde von den Kammermitgliedern mit großer Mehrheit angenommen, Gegenanträge der Rechtsanwälte Dr. Hermann Eckel und Kübl wurden abgelehnt.¹⁶³ Dennoch wurde in einer gesonderten Stellungnahme vom Dezember 1919 zur Neuorganisation des Anwaltsstandes von Herbatschek auch darauf verwiesen, dass alle Bemühungen, dem Anwaltsstand in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung zu helfen, bisher eindeutig gescheitert wären und auch die Bestrebungen zur Erweiterung der anwaltlichen Tätigkeitsgebiete und die Anregung, dass der Anwalt den internationalen Verkehr pflegen und sich der Diplomatie zuwenden sollte, nicht hilfreich gewesen wären.¹⁶⁴

4.2 Im Wandel vom Rechtsstaat zum Ständestaat

4.2.1 Rechtsanschluss, Disziplinarrecht, Grundbuch

Obwohl die Sozialdemokraten im April 1927 einen Wahlerfolg erzielen hatten können, war für sie keine Mehrheit im Parlament zu bekommen gewesen. Vor dem Hintergrund des sich im Jahr 1927 ständig verschlechternden innenpolitischen Klimas erreichte dieses mit den am 14. Juli 1927 erfolgten Freisprüchen im „Schattendorfer Prozess“ letztlich seinen Tiefststand. Wenn es dadurch am 15. Juli 1927 zum Brand des Justizpalastes kam, so war das auch für die Anwaltschaft ein symbolhaftes Ereignis, das die der Allgemeinheit fehlende Achtung und Wertschätzung gegenüber der Rechtssprechung und den daran Beteiligten – auch den Rechtsanwälten – in erschreckender Weise dokumentierte.

¹⁶³ Ernst Bum, Aus den Rechtsanwaltskammern. In: Jur. Bl. 48 (1919), 376-378.

¹⁶⁴ Heinrich Herbatschek, Korrespondenzen. In: Jur. Bl. 49/50 (1919), 395.

Auch die weitere politische Entwicklung in Österreich blieb ungünstig. Die schlechte Budgetsituation und die bestehende Arbeitslosigkeit bewirkten, dass sich die politische Situation fortlaufend weiter verschärfte. Die am 9. November 1930 durchgeführten Nationalratswahlen waren die letzten in der Ersten Republik. Auf Grund des Wahlergebnisses trat die Regierung Vaugoin zurück. Von den Christlichsozialen wurde mit dem Landbund und den Großdeutschen eine Koalitionsregierung unter dem Rechtsanwalt und Christlichsozialen Otto Ender als Bundeskanzler gebildet. Mit den Landtags- und Gemeinderatswahlen vom 24. April 1932 begann eine Destabilisierung der innenpolitischen Situation und eine Zuspitzung der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten, die auf Bundesebene Neuwahlen verlangten. Die Christlichsozialen waren wegen der zu erwartenden für sie ungünstigen Stimmenergebnisse und Mehrheitsverhältnisse gegen Neuwahlen. „Inzwischen ging die Regierung Dollfuß daran, das Parlament zu übergehen und erließ Notverordnungen auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes ...“.¹⁶⁵ Der Ausschaltung des Parlaments anlässlich der Sitzung des Nationalrates vom 4. März 1933 folgte eine Änderung der Regierungsform unter Verwendung des erwähnten kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes (RGBI.307/1917). Nach kurzen Kämpfen im Februar 1934 wurde der Ständestaat mit einer auf berufsständischen Überlegungen fußenden Verfassung errichtet.

In diese Entwicklung eingebettet, verfolgten, nach wie vor wirtschaftlich schwerstens in ihrer Existenz bedroht, die Rechtsanwälte ihre Standesinteressen. Zurückliegend schon im Spätherbst 1926 unterzog Bachrach das System der Kammerwahlen in der Anwalts-Zeitung mit dem Beitrag „Unsere Kammerwahlen“ einer kritischen Betrachtung.¹⁶⁶ Dabei wurde von ihm die bestehende Einrichtung von Anwaltsklubs zwar bejaht, die Überspannung des Klubprinzips durch die Sobranje, das jahrzehntelange Wahlvorschlagskollegi-

¹⁶⁵ Walter B. Simon, Österreich 1918-1938, Wien 1984, 147.

¹⁶⁶ Adolf Bachrach, Unsere Kammerwahlen. In: Anw. Ztg. 22 (1926), 321-323.

um der Rechtsanwaltskammer aber kritisiert und als Ergebnis überzogenen Klubproporz in Frage gestellt. Erstmals im Jahr 1883 schlossen sich die Anwaltsklubs der Niederösterreichischen Advokatenkammer zur Erstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste für die Kammerwahlen zusammen. Als Name für diese bis heute bestehende Einrichtung wurde die Bezeichnung des Bulgarischen Parlaments „Sobranje“, gewählt. Unterstützung fanden Bachrachs Ausführungen in einer Antwort von RA Dr. Karl Georg Wurzel, demzufolge die Zeit nach dem Weltkrieg einen demokratischen Ruck nach links bewirkte und damit eine Schwächung traditioneller Einrichtungen hervorgerufen habe. Anwaltsklubs, die nur daran Interesse hätten, durch eigene Mitglieder in Kammerfunktionen vertreten zu sein, würden verkennen, dass eine offene Kandidatur der Funktionäre anzustreben wäre. Immer abhängig vom Wahlergebnis wäre die Übertragung einer Kammerfunktion, genau betrachtet, als eine auf Zeit auferlegte Bürde anzusehen, die einem Rechtsanwalt als Kammermitglied zugeteilt würde.¹⁶⁷

In der Sitzung der Ständigen Vertreterversammlung der Rechtsanwaltskammern Österreichs vom 19. Dezember 1926 in Anwesenheit der Kammerpräsidenten Dr. Hermann Eckel für Wien, Dr. Otto Haemmerle für Tirol und Kärnten, Dr. Karl Povinelli für Salzburg, Dr. Franz Ringler für Vorarlberg und des Ausschussmitgliedes Dr. Hans Peitler für Oberösterreich wurden Fragen zur Reform des Anwaltsrechtes, zur Änderung des Berufstitels und zum Numerus Clausus behandelt. Seitens der Wiener Kammer angeregt wurde, wieder zu dem früheren Berufstitel „Advokat“ zurückzukehren, da die Bezeichnung „Rechtsanwalt“ zwischenzeitig eine ungewollte, für den Anwaltsstand nachteilige Verwechslungsfähigkeit zu ähnlichen Bezeichnungen aus anderen Berufen erlangt habe. Nach einer Debatte wurde von der Mehrheit

¹⁶⁷ Karl Georg Wurzel, Unsere Kammerwahlen. In: Anw. Ztg. 2 (1927), 27-30.

der Vertreter der Länderkammern aber dennoch die Beibehaltung der Bezeichnung „Rechtsanwalt“ beschlossen.¹⁶⁸

In der Anwalts-Zeitung wurde von einer Sitzung der deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft am 1. Dezember 1926 in Berlin und der dabei veranlassten Gründung eines Rechtsausschusses berichtet. Beider Aufgabe sollte es sein, die Angleichung des deutschen und österreichischen Rechtes vorzubereiten und den Zusammenschluss von deutschen und österreichischen Juristen zu fördern.¹⁶⁹ Eine medienwirksame Verbreitung der seit Gründung der Republik in Kreisen maßgeblicher Juristen herumgeisternden Vision des „Rechtsanschlusses“ an das Deutsche Reich war damit erfolgt, wenn auch die tatsächliche Durchführung noch mehr als ein Jahrzehnt auf sich warten lassen sollte.

Zum Standesgeschehen berichtete anlässlich der Vollversammlung der Mitglieder der Rechtsanwaltskammer Wien vom 28. Februar 1927 der erste Präsidentenstellvertreter Dr. Paul Abel über eine als Regierungsentwurf eingebrachte Novelle zur Rechtsanwaltsordnung und zum Disziplinarstatut.¹⁷⁰

Bei der ordentlichen Vollversammlung der Mitglieder der Rechtsanwaltskammer in Wien vom 31. März 1927 kam es zur Wiederwahl der Präsidentenstellvertreter Abel und Dr. Siegfried Kantor, die Bestellung der weiteren Kammerfunktionäre erfolgte mit hohem Stimmenanteil; namentlich erwähnenswert war dabei die Bestellung des Rechtsanwaltes und Großmeisters der Freimaurer-Großloge von Österreich Dr. Richard Schlesinger zum Kammeranwaltssubstituten.¹⁷¹

Anlässlich der ordentlichen Vollversammlung der Mitglieder der Rechtsanwaltskammer in Wien vom 9. Mai 1927 wurden – neben Abänderungen des

¹⁶⁸ Hans Spitzer, Die ständige Vertreterversammlung der Rechtsanwaltskammern Österreichs. In: Anw. Ztg. 4 (1927), 12-14.

¹⁶⁹ Hans Spitzer, Deutsch-österreichische Rechtsannäherung. In: Anw. Ztg. 4 (1927), 78.

¹⁷⁰ Hans Spitzer, Standesfragen. In: Anw. Ztg. (1927), 111.

¹⁷¹ Hans Spitzer, Die ordentliche Vollversammlung der Mitglieder der Rechtsanwaltskammer in Wien vom 31. März 1927. In: Anw. Ztg. 4 (1927), 151.

Kollektivvertrages für Rechtsanwaltsgehilfen – die Wahlen in die Disziplinar-Berufungssenate gemäß Rechtsanwaltsnovelle vom 31. März 1927, ferner Ergänzungswahlen zum Disziplinarrat und zur Kammeranwaltschaft durchgeführt. Berichtet wurde über die anlässlich der Konferenz der Rechtsanwälte der Nationalstaaten im Feber 1927 in Bratislava erörterte Frage der Haftung für Substitutionskosten im zwischenstaatlichen Verkehr. Die Erledigung der Frage wurde von der Vollversammlung schließlich vertagt.¹⁷²

Es war Bachrach, der sich aus aktuellem Anlass mit dem Niedergang der Umgangsformen von Anwälten bei ihrer Tätigkeit vor Gericht befasste. Insbesondere von Wichtigkeit hielt er dabei das Verhalten des Rechtsanwaltes dem Gegenanwalt gegenüber. Bachrach vertrat den Standpunkt, advokatorische Tätigkeit wäre gleichbedeutend mit „streng sachlichem, klarem, zielbewusstem und konsequentem, gesetzestreuem, taktvollem Handeln.“¹⁷³ Die Haltung des Rechtsanwalts müsse im Übrigen von Wohlwollen dem eigenen Klienten, aber auch dem Gegner gegenüber geprägt sein. Er wusste sich dabei einig mit dem „... aus altem Anwaltspatriziate entstammenden Dr. Otto Weissel“. Hatte nach Bachrach, bei der beruflichen Tätigkeit „... die Verfehlung eines Advokaten stattgefunden, dann soll ihr die Repression rasch auf dem Fuß folgen ...“ Die Beiziehung eines Untersuchungskommissärs durfte dabei nur die Ausnahme sein. Er stimmte mit den Rechtsanwälten Dr. Heinrich Scharfmesser und Dr. Ernst Lohsing, den damaligen Spezialisten im Bereich des Disziplinarrechtes, überein und postulierte, dass dem Gebot des summarischen Verfahrens bei der Verfolgung von disziplinären Verstößen strikt zu entsprechen wäre. Den Prinzipien der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit der strafrechtlichen Voruntersuchung wäre auch in der Standesjustiz ehest zum Durchbruch zu verhelfen. Die Pflege eines schnellen, jeden weitwendigen Formalismus ablehnenden Disziplinarverfahrens wäre „im Sinne

¹⁷² Ebd., 234.

¹⁷³ Dazu und im Folgenden: Adolf Bachrach, Standeswürde und Disziplinarverfahren. In: Anw. Ztg. 7 (1927), 121-123.

unserer Zeit, die überall eiliges, mündliches Verhandeln verlangt“, erforderlich.¹⁷⁴

Die Rechtsanwaltsnovelle vom 31. März 1927 war Anlass für maßgebliche Stellungnahmen aus dem Anwaltsstand, so von Bachrach, Lohsing, Scharfmesser und Spitzer. Was insbesondere die Anwendung des Disziplinarstatutes und die Abwicklung der Disziplinarverfahren betraf, wurde der Standpunkt vertreten, diese Einrichtungen wären vor allem der Sicherung und Rechtfertigung der Unabhängigkeit des Anwaltsstandes dienlich, wenn sie auch zur Entscheidung von Differenzen zwischen Anwälten, Richtern und Klienten bestens geeignet wären. Die Gründlichkeit der Vorerhebungen im Wiener Disziplinarrat und die mit jeder Anzeige erfolgende Bestellung eines Untersuchungskommissärs gingen aber zu weit. „Im Interesse des Beschuldigten und des Ansehens des Standes liegt eine rasche Erkenntnis des Ehrengewichtes. Zu viel Erhebungen sind überflüssig.“¹⁷⁵

Wenn sich Verzögerungen bei Disziplinarverfahren ergaben, so deshalb, weil die Beurteilung des Sachverhaltes vom Ausgang eines Zivil- oder Strafverfahrens abhängig wurde, Zeugen, die zu vernehmen waren, der Vorladung nicht Folge leisteten und der Disziplinarrat zur Abhilfe über keine Zwangsmittel verfügte. Auch fehlte dem Disziplinarrat, weil es gesetzlich nicht erlaubt war, eine Möglichkeit der Beeidigung von Zeugen. Bei einer falschen Aussage vor dem Disziplinarrat trafen daher die Zeugen keinerlei strafrechtliche Konsequenzen, nur im Fall der nachträglichen Beeidigung vor Gericht konnten ihre Depositionen allenfalls als falsche Zeugenaussage im strafrechtlichen Sinn gewertet werden.

Dem Wunsch des Anwaltsstandes, durch eine Novellierung der Rechtsanwaltsordnung diese Schwächen der Disziplinarverfahren zu beseitigen, wurde aber nicht entsprochen. Der Einfluss auf Regierung und Nationalrat war zu gering. Diese standespolitischen Anliegen der Rechtsanwälte waren für die Poli-

¹⁷⁴ Bachrach, Standeswürde, 123.

¹⁷⁵ Heinrich Scharfmesser, Unser Disziplinarverfahren. In: Anw. Ztg. 14 (1927), 246.

tik letztlich belanglos. Erst einige Jahre später kam es zu einer wichtigen Abänderung mit der achten Gerichts-Entlastungsnovelle vom 26. März 1933, die dem bisherigen Ermittlungsverfahren ein abgekürztes Vorverfahren für leichte Fälle gegenüberstellte. Dieses Vorverfahren konnte vor einem dreigliedrigen Disziplinarsenat durchgeführt werden. Für kleine Rechtsanwaltskammern war das eine fühlbare Erleichterung bei Besetzung der Disziplinarsenate, weil die dafür nötige Mitgliederzahl entscheidend heruntergesetzt wurde.¹⁷⁶

Durch den Justizpalastbrand vom 15. Juli 1927 wurden 22.000 Grundbucheinlagen, die Landtafel, das Eisenbahn- und das Bergbuch, daneben Akten aus Exekutions-, Konkurs- und Ausgleichsverfahren, aus Zivil- und Strafverfahren vernichtet. Mit dem Bundesverfassungsgesetz vom 2. August 1927 wurde damals dem Leiter der Justizverwaltung eingeräumt, mit Verordnung die nach dem Brandschaden zur Aufrechterhaltung der Rechtspflege nötigen Maßnahmen zu bestimmen. Insbesondere wollte der Gesetzgeber damit die Wiederherstellung des Grundbuches und die Rekonstruktion von durch den Brand vernichteten Akten sicherstellen. Die aus der Anwaltschaft kommenden Überlegungen zur Einrichtung eines Notgrundbuches wurden dabei aber nicht aufgegriffen.¹⁷⁷ In der Justizverwaltung meinte man ablehnend, diesem von den Rechtsanwälten vorgeschlagenen Notbehelf könnte die gesetzlich verlangte uneingeschränkte Publizitätswirkung nicht zuerkannt werden.¹⁷⁸

Zu den Hilfsmaßnahmen bei der Behebung des Brandschadens an den Grundbucheinlagen im Wiener Justizpalast äußerte sich der zweite Präsidentenstellvertreter der Rechtsanwaltskammer Wien, Kantor, anlässlich der außerordentlichen Vollversammlung vom 10. Oktober 1927. Unter Tagesordnungspunkt 2 berichtete er zur Wiederherstellung des Grundbuches bzw. der vernichteten Akten, ferner darüber, dass vom Ausschuss bereits im August 1927 Vorschläge zur Beschleunigung der Rekonstruktion und Wiederherstellung ge-

¹⁷⁶ Hans Spitzer, Die achte Gerichtsentslastungsnovelle. In: Anw. Ztg. 17 (1933), 317.

¹⁷⁷ Ludwig Lieban, Eintragung oder Hinterlegung?. In: Anw. Ztg. 22 (1927), 365-369.

¹⁷⁸ Hans Spitzer, Wiederherstellung des Grundbuches. In: Anw. Ztg. 24 (1927), 403.

macht worden waren. Die Anträge und Vorschläge des Rechtsanwaltes Dr. Heinrich Schwamm, zur rascheren Wiederherstellung des Grundbuches die Wiener Rechtsanwälte zur Rekonstruktion der Grundbuchseinlagen heranzuziehen, des Rechtsanwaltes Dr. Ludwig Lieban zur Schaffung eines Notgrundbuches bzw. des Rechtsanwaltes Dr. Arthur Reik zum Angebot der unentgeltlichen Mitarbeit der Rechtsanwälte bei der Grundbuchwiederherstellung wurden von der Vollversammlung damals mehrheitlich angenommen.¹⁷⁹

Die Vernichtung des Grundbuches durch den Justizpalastbrand und die verzögerte Vorgangsweise bei seiner Rekonstruktion brachten den Anwaltsstand aber in entscheidende Opposition zur Justizverwaltung. Die Widersprüche und Angriffe gingen so weit, dass im November 1927 zu einer Meldung im Sinne der Justizverwaltung „Die Arbeiten zur Erneuerung des Grundbuches kommen nun in vollen Gang ...“¹⁸⁰, die Gegenmeldung der Rechtsanwälte lautete „Die Wiederherstellung des Grundbuches macht – wie alle Beteiligten und betroffenen Interessenten es wissen – so gut wie gar keine Fortschritte ...“¹⁸¹

Dazu kam eben das völlige Unverständnis der Rechtsanwälte, weshalb die zur raschen Wiederherstellung des Grundbuches eingesetzte Kommission des Justizamtes den Vorschlag der unentgeltlichen Mithilfe der Rechtsanwälte bei der Wiederherstellung des Grundbuches ablehnte. Die Meinungsverschiedenheit ergab sich durch die strikt gegensätzliche Rechtsauffassung der Rechtsanwälte, wonach nur die Anlegung eines Notgrundbuches den Übergang zu einem neuen, definitiven Grundbuch gewährleisten könnte – während die Justiz davon unbeeindruckt ein Verfahren mit Urkundenhinterlegung forcierte.

¹⁷⁹ Hans Spitzer, Die außerordentliche Vollversammlung der Mitglieder der Rechtsanwaltskammer in Wien vom 10. Oktober 1927. In: Anw. Ztg. 24 (1927), 408.

¹⁸⁰ Hans Gödel, Reformvorschläge für Grundbuchseintragungen. In: Anw. Ztg. 22 (1927), 370.

¹⁸¹ Heinrich Schwamm, Zur Frage der Wiederherstellung des Grundbuches. In: Anw. Ztg. 22 (1927), 372.

Im Zusammenhang mit der Wiederherstellung des Grundbuches meldeten sich die Wiener Rechtsanwälte wiederholt zu Wort, so auch bei den Vollversammlungen der Wiener Juristischen Gesellschaft vom 23. bzw. 30. November 1927. Mit der Stellungnahme des Vizepräsidenten der Rechtsanwaltskammer Wien, Kantor, ergab sich neuerlich, dass die Vorwürfe der Rechtsanwälte gegenüber dem Grundbuchamt wegen seiner fortdauernden Insuffizienz doch nicht grundlos waren. So kam es nämlich bei der Neuanlegung des Grundbuches aus anwaltlicher Sicht zu tatsächlich sinnlosen Aufträgen an Parteien, wenn sie etwa zum Nachweis ihrer Berechtigung bei der Rekonstruktion einer Grundbuchseinlage Urkunden, die die seinerzeit erfolgten Intabulierungen betrafen, neuerlich vorlegen mussten. Weiteres wurde die für den Anwaltsstand doch befremdende Art, mit der das Angebot der kostenlosen Mithilfe bei Neuanlegung des Grundbuchs zurückgewiesen wurde, kritisiert.

Wortmeldungen wie die der Rechtsanwälte Dr. Heinrich Schwamm und Dr. Emil Hoffmannsthal bestätigten neuerlich, dass das rekonstruierte Grundbuch – gleich einer Fotografie – die noch geltenden Eintragungen wiedergeben sollte, während bei der Wiederherstellung des Grundbuches bereits gelöschte Grundbuchdaten weggelassen werden könnten. Jedenfalls wurde eine Verfahrensbeschleunigung bei der Rekonstruktion des Grundbuches dringend.¹⁸²

Zur wirtschaftlichen Situation der Anwälte im Jahr 1927 wurde unter dem Titel „Gemeinsame Not“ berichtet, wie „... in der letzten Zeit die Beschwerden der Rechtsanwälte und der Richter die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt ...“, hätten, es sei nämlich „... ein bedeutender Teil der Advokaten nicht mehr imstande, sich eine Hilfskraft zu halten und gar viele Anwälte würden die karge Besoldung eines jüngeren Richters ...“ der eigenen

¹⁸² Spitzer, Grundbuch, 403-408.

wirtschaftlich bedrohten Situation vorziehen.¹⁸³ Fortlaufende Bemühungen die Tätigkeitsbereiche der Rechtsanwälte zu erweitern, fanden weder bei den gesetzgebenden Körperschaften noch bei den Behörden die erforderliche Unterstützung.

Wie schon in den Jahren davor war die Rechtsanwaltschaft solidarisch bemüht, die Bestrebungen der Richter nach einer Stärkung ihrer Unabhängigkeit, aber auch nach der Erhöhung ihrer Besoldung intensiv zu unterstützen. Wenn dennoch die Hauptversammlung der Österreichischen Richtervereinigung damals behauptete, die Richter stünden in ihrem Kampf alleine, so war das im Zusammenhang mit den Rechtsanwälten jedenfalls unzutreffend. Richtig war vielmehr, dass der politische Einfluss in der Verwaltung und in der Rechtspflege immer stärker wurde und die Rechtsanwälte schon im Interesse ihrer Klienten eine Vertiefung des guten Einvernehmens zum Richterstand bei jeder sich bietenden Gelegenheit intensiv betrieben.¹⁸⁴

Im Jahr 1927 wurde ebenso wie im Deutschen Reich und in der Tschechoslowakei auch in Österreich eine Landesgruppe der Association Littéraire et Artistique Internationale gegründet, einer Vereinigung, die sich national und international den Urheberrechtsschutz zur Aufgabe machte. In den Vollzugausschuss wurden die Rechtsanwälte Dr. Paul Abel, Dr. Alfred Seiller und Dr. Leo Fischmann gewählt, wobei die Sekretariatsarbeiten vom Letztgenannten durch seine Kanzlei in Wien 1, Schottenring 17, erledigt wurden.¹⁸⁵

Was die Neuzulassungen von Rechtsanwälten betraf, musste eine Zeit mit so schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, wie es das Jahr 1927 war, einem Konzipienten – der möglicherweise noch aus einer vielbeschäftigten Kanzlei kam – den Beginn eines eigenen Kanzleibetriebes als besonderes Wagnis erscheinen lassen. Zur Aneignung von speziellen anwaltlichen Erwerbsstechniken trugen aber weder das juristische Studium noch die Gerichts-

¹⁸³ Hermann Eckel, Gemeinsame Not. In: Anw. Ztg. 1 (1927), 2.

¹⁸⁴ Eckel, Gemeinsame Not, 3.

¹⁸⁵ Hans Spitzer, Kleine Mitteilungen. In: Anw. Ztg. 14 (1927), 255.

praxis, weder die Konzipientenausbildung noch die Anwaltsprüfung bei. Einschränkend und vom Disziplinarrecht überdies verboten waren die Bewerbung von Vertretungen, Reklame, die Verwendung von Agenten oder die Verwendung eines übergroßen Kanzleischildes.

Die bereits dargestellte Überfüllung des Standes und die Verarmung der Klientel erhöhten in dieser Zeit außerdem den Konkurrenzdruck für die Rechtsanwälte. Rechtshilfestellen von Gewerkschaft und Arbeiterkammer und Abneigung und Misstrauen der Rechtssuchenden gegenüber Rechtsanwälten verringerten daneben entscheidend die Möglichkeiten einer beruflich erfolgreichen Tätigkeit. Die Gewinnung von neuer Klientel bedingte für den Rechtsanwalt zwangsläufig einen Anschluss an gewerbliche oder kommerzielle Vereine, seine Spezialisierung auf bestimmte Rechtsgebiete, oder, um seinen Kundenstock zu halten, eine rein individuelle Pflege von Klientenbeziehungen.

Gerade die sich fortlaufend ändernden Wirtschaftsbedingungen und die dadurch bedingten Veränderungen in den gesellschaftlichen Kontakten stellten eine besondere und ganz schwierige Herausforderung für den Anwaltsstand der damaligen Zeit dar. Neben den oben erwähnten Einschränkungen ergaben sich Nachteile auch dadurch, dass bei Rechtsanwälten den persönlichen, materiellen Interessen ideelle Forderungen gegenüberstanden. Sie wurden mit Treue und Gewissenhaftigkeit gegenüber dem Klienten und der Einhaltung von Ehre und Ansehen des Standes definiert und waren Verpflichtungen, die sich in den gesetzten disziplinären Richtlinien niederschlugen.

Dazu kam neben der ohnehin ungünstigen wirtschaftlichen Lage die laufende Verteuerung aller unentbehrlichen Bedarfsartikel, wobei eine Überwälzung auf den Klienten nahezu unmöglich war. Das rief Ablehnung und massive Proteste unter den Rechtsanwälten hervor, wobei vor allem eine Reform der direkten Steuern und eine Vereinfachung ihrer Veranlagung verlangt wurden. Dabei nahm man Bezug auf die Rede des Bundesministers für Finanzen,

des Rechtsanwaltes Dr. Viktor Kienböck, anlässlich der Budgetverhandlungen für das Jahr 1928, wo dieser erklärt hatte, „Die Regierung ist sich bewusst, dass wir uns nicht nur an der Grenze, sondern mehrfach oberhalb der Grenze einer vernünftigen und wirksamen Besteuerung befinden“.¹⁸⁶

Die Anwaltschaft verlangte auch, dass für die freien Berufe die Erwerbssteuer zur Gänze aufgehoben werde. Zumindest aber sollte jene Quote des Einkommens steuerbefreit sein, die der individuellen Arbeit des Rechtsanwaltes „in seinem Betrieb – selbstverständlich unter Berücksichtigung seiner besonderen Qualifikation als Leiter – entspricht ...“¹⁸⁷ Kritisiert wurde dabei auch der in der Inflationszeit aufgekommene „Kuhhandel“ zwischen den Steuerreferenten und den Steuerträgern, wobei aber die Steuerträger bei der Steuerbemessung stets schlechter abschneiden würden. Abgelehnt wurde weiters das zur „Farce“ gewordene Rechtsmittelverfahren – hielt sich doch die Berufungsinstanz in der Regel immer an die Entscheidung der I. Instanz und ließ die Steuerpflichtigen auf ihre Entscheidung ohne Grund ein halbes Jahr oder auch länger warten.

Auch die Wirksamkeit des Verwaltungsgerichtshofes als ehemals gut wirksame Kontroll- und Rechtsschutzinstanz wurde in diesem Zusammenhang ernstlich in Frage gestellt.¹⁸⁸ Von den Rechtsanwälten vorgeschlagen wurde schließlich die Einführung eines vereinfachten Steuerverfahrens mittels Steuerabfindung. Die Bemessung der Steuersumme sollte so erfolgen, dass die Finanzbehörde mit der Standesvertretung Durchschnittssätze vereinbaren sollte, die dann von ihr bei der Veranlagung als gerechtfertigte, durchschnittliche Steuerleistung herangezogen werden konnten. Die Steuerabfindungen sollten aber nicht als bloße prozentuelle Bemessung vom Umsatz abhängig sein, sie sollten vielmehr auch individualisierende Momente, wie die Anzahl der im Betrieb tätigen Personen, die Lage des Betriebes und ähnliches, berücksichti-

¹⁸⁶ Zitiert nach: Hans Spitzer, Die freien Berufe und die Dringlichkeit der Steuerreform. In: Anw. Ztg. 21 (1927), 349.

¹⁸⁷ Zitate hier und im Folgenden: Spitzer, Steuerreform, 350.

¹⁸⁸ Ebd., 350.

gen. Wenn dieser Appell der Rechtsanwälte auch ungehört blieb, so war er doch ein weiterer Versuch, dem Berufsstand eine existenzfördernde Erleichterung zu verschaffen.¹⁸⁹

4.2.2 Numerus Clausus, Vorsorge, Autonomie, Internationales

Die Situation des Anwaltsstandes in den Jahren von 1919 bis 1938 war, wie erwähnt, dadurch besonders geprägt, dass eine übergroße Zahl an Rechtsanwälten jährlich zugelassen wurde und ihre wirtschaftliche Versorgung und Selbständigkeit daher nur zum Teil gesichert war.

Maßnahmen wie die Herabsetzung der siebenjährigen Praxis als Rechtsanwaltsanwärter und die Verfolgung des „Numerus Clausus“ durch eine Sperre der Anwärterlisten wurden von der Wiener Rechtsanwaltskammer abgelehnt. Nach ihrer Auffassung waren diese Einschränkungen lediglich dazu geeignet, das Wesen der Advokatur, damit aber auch die Freiheit und Freizügigkeit des Standes in Frage zu stellen.

Was die Einführung des „Numerus Clausus“ und eine Anwärtersperre anbelangte, wurde von der Ständigen Vertreterversammlung in der Sitzung vom 19. Dezember 1926 dazu die schriftliche Befragung aller österreichischen Anwälte durch ihre Kammern beschlossen.¹⁹⁰ Anlässlich der Versammlung der Wirtschaftlichen Organisation der Rechtsanwälte für Wien, Niederösterreich und Burgenland am 19. Februar 1927 wurden neuerlich die Themen der Überfüllung des Anwaltsstandes und des „Numerus Clausus“ diskutiert. Die gegensätzlichen Auffassungen führten unter anderem zur Stellungnahme des damaligen Vizepräsidenten Kantor: „Der advokatorische Numerus Clausus kann nur im feudalen Ständestaate oder im kommunistisch-syndikalistischen oder faschistisch-syndikalistischen Staate bestehen“ und weiter „... Die Anhänger des Numerus Clausus spielen mit dem Schicksal des Standes. Die Er-

¹⁸⁹ Ebd., 351.

¹⁹⁰ Hans Spitzer, Die Ständige Vertreterversammlung der Rechtsanwaltskammern Österreichs. In: Anw. Ztg. 1 (1927), 12.

füllung ihrer Bestrebungen führt zur vollständigen Vernichtung der Advokatur“.¹⁹¹ RA Dr. Oskar Trebitsch jun. betonte in diesem Zusammenhang „Unser Stand ist nach den Grundsätzen des Liberalismus organisiert und die freie Konkurrenz seine notwendige Atmosphäre.“ Aber auch, dass „es oft mehr darauf ankommt, wen man kennt, als was man kann“.¹⁹²

RA Univ.-Prof. Dr. Arthur Lenhoff beantragte schließlich eine Resolution dahingehend, dass die Standesvertretung unter anderem aufgefordert werden sollte, „in dem Kampf um die Ausschließlichkeit des advokatorischen Parteienvertretungsrechtes bei gleichzeitigem Ausbau der Institution des unentgeltlichen, advokatorischen Rechtsschutzes auf allen Gebieten der Justiz und Verwaltungspflege unermüdlich fortzufahren“.¹⁹³

Prompt stellte sich der Tiroler Kammerpräsident Haemmerle in einem „Problematische Kuren“ betitelten Beitrag kritisch gegen diese Resolution und meinte dazu, es wäre verfehlt zu glauben, „von einer Verringerung der Anwälte eine Vermehrung der Eingriffe in deren Tätigkeitsfeld, eine Vermehrung der Winkelschreiber und Winkeladvokaten und dergleichen mehr“, befürchten zu müssen.¹⁹⁴ Er meinte, es wäre „... schön gesagt: ‚Wir Anwälte wollen frei, wenn auch arm sein‘. Das sagen meistens nur solche, die es nicht sind und auch nicht in Gefahr schweben, es zu werden ...“

Er forderte in diesem Zusammenhang die eheste Durchführung der von der Ständigen Vertreterversammlung seinerzeit beschlossenen Urabstimmung über die Frage des Numerus Clausus ein. Die Auseinandersetzung über die weitere Entwicklung des Rechtsanwaltsstandes wurde vom Wiener Präsidentenstellvertreter Kantor mit dem Tiroler Kammerpräsidenten Haemmerle in einer unter dem Titel „Die Zukunft der Advokatur“ in der Anwalts-Zeitung veröffentlichten Entgegnung, neuerlich aufgenommen. Kantor meinte in ihr,

¹⁹¹ Zitiert nach: Hans Spitzer, Aussprache über die Zweckmäßigkeit von Sperrmaßnahmen in der österreichischen Rechtsanwaltschaft. In: Anw. Ztg., 5 (1927), 84.

¹⁹² Zitiert nach: Spitzer, Sperrmaßnahmen, 86.

¹⁹³ Zitiert nach: ebd., 87.

¹⁹⁴ Otto Haemmerle, Problematische Kuren. In: Anw. Ztg. 6 (1927), 101-103.

die soziale Entwicklung würde zu einer Wandlung von der individualistischen Advokatur zu advokatorischen Großbetrieben aufmuntern. An die Einführung eines Numerus Clausus könnte allerdings „...nur in einer Gesellschaftsordnung gedacht werden, die wie z. B. der Nährstaat von Popper-Lynkeus eine staatliche Geburtenbeschränkung vorsieht ...“¹⁹⁵

Wenn nach Auffassung der Verfechter des Numerus Clausus nur durch seine Einführung der Rechtsanwalt von Not und Sorge befreit würde und er auch nur dann die Rechte seiner Partei gewissenhaft vertreten könnte – so war Kantors Wertung dazu: „... Der Staat der Sorglosen liegt im Traumland der Staatsromane und Staatsutopien.“¹⁹⁶ Zum Verlangen nach einer Urabstimmung meinte er sinngemäß, die Wiener Rechtsanwaltschaft hätte den Numerus Clausus bereits in der Vollversammlung vom 19. Februar 1927 zurückgewiesen. Dieser Standpunkt werde auch von den großen Wiener Advokatenvereinigungen, von der Wirtschaftlichen Organisation der Rechtsanwälte und den Vorarlberger Rechtsanwälten vertreten. Das entscheidende Wort hätten die 2.243 Wiener Rechtsanwälte daher bereits gesprochen, weshalb sich jegliche andersgeartete legislativ-politische Tendenz der österreichischen Rechtsanwaltschaft den Bedürfnissen und Wünschen der Mehrheit unterzuordnen hätte.

Anlässlich der zweiten ordentlichen Vollversammlung der Rechtsanwaltskammer Innsbruck vom 15. Juli 1927 wurde zu den Beschlüssen der Ständigen Vertreterversammlung vom 19. Dezember 1926 eine Resolution angenommen, der zufolge der seinerzeit gefasste Beschluss auf Einleitung der Urabstimmung nun endlich durchgeführt werden sollte. Sollte es jedoch unvermeidlich sein, so würde sich die „Nordtiroler“ Rechtsanwaltskammer auch nicht scheuen, der Organisation einer Ständigen Vertretung der österreichischen Länderkammern die Zustimmung zu geben.¹⁹⁷

¹⁹⁵ Siegfried Kantor, Die Zukunft der Advokatur. In: Anw. Ztg. 8 (1927), 141-144.

¹⁹⁶ Kantor, Advokatur, 143.

¹⁹⁷ Hans Spitzer, Standesfragen. In: Anw. Ztg. 15. und 16 (1927), 276.

Zu der damit drohenden Krise in der Ständigen Vertreterversammlung der österreichischen Rechtsanwaltskammern äußerte sich RA Dr. Alois Ruzicka dahin, dass der Antrag auf Durchführung der Urabstimmung jedenfalls abgelehnt worden wäre. Selbst wenn die Urabstimmung eine Mehrheit für die Einführung des Numerus Clausus ergeben hätte, wäre es eine Fehleinschätzung zu glauben, der Gesetzgeber würde dem Anwaltsstand eine Einschränkung des Eintritts in den Beruf gesetzlich genehmigen. Überdies wäre in der Ständigen Vertreterversammlung das Stimmenverhältnis so geregelt, dass die Wiener Rechtsanwaltskammer sechs Stimmen, die Grazer Rechtsanwaltskammer zwei Stimmen und jede der übrigen fünf Rechtsanwaltskammern je eine Stimme hätten. Es stünden damit einer Mehrheit von sechs Stimmen der Wiener Rechtsanwaltskammer zuzüglich einer Stimme der Vorarlberger Rechtsanwaltskammer bloß sechs Stimmen der verbliebenen fünf Länderkammern, also eine Minderzahl, gegenüber.¹⁹⁸

Bei der außerordentlichen Vollversammlung der Rechtsanwaltskammer in Wien vom 10. Oktober 1927 berichtete Präsident Eckel neuerlich von den Meinungsverschiedenheiten in der Ständigen Vertreterversammlung der österreichischen Anwaltskammern, was die Aussendung eines Fragebogens wegen Sperrmaßnahmen anbelangte; ebenso darüber, dass Bestrebungen zur Änderung der Satzung der Ständigen Vertreterversammlung, um damit eine Verbesserung des Stimmenverhältnisses für Wien zu erreichen, gescheitert wären. Nachdem mittlerweile die Steirische und die Vorarlberger Kammer aber auch gegen jeden Numerus Clausus auftraten, blieb für die Wiener Kammer die Weiterarbeit in der Ständigen Vertreterversammlung dennoch möglich.¹⁹⁹

Ein von den Kammervertretern erkanntes fortlaufend drängendes Problem stellte die Sicherung der Anwälte und ihrer Angehörigen bei Berufsunfähigkeit wegen Invalidität und im Pensionsfall dar. Angestrebt wurde ein für

¹⁹⁸ Alois Ruzicka, Drohende Krise in der Ständigen Vertreterversammlung der österreichischen Rechtsanwaltskammern. In: Anw. Ztg. 17 (1927), 285-286.

¹⁹⁹ Zitiert nach: Hans Spitzer, Die außerordentliche Vollversammlung Oktober 1927. In: Anw. Ztg. 24 (1927), 408-410.

den gesamten Anwaltsstand geltendes Vorsorge- bzw. Versicherungsmodell. Bei den Anwälten selbst waren diese Vorstellungen umstritten. Wohl waren sich die Anwälte der Notwendigkeit ihrer Absicherung für den Krisenfall bewusst. Sie lehnten aber die Einführung einer sie belastenden Kammerumlage vorerst ab.

Anlässlich der Sitzung der Ständigen Vertreterversammlung der Rechtsanwaltskammern Österreichs vom 19. Dezember 1926 verlangte RA Dr. Richard Engländer als Referent zum Thema „Zwangsversicherung der Rechtsanwälte“, die Rechtsanwaltskammern sollten Versorgungseinrichtungen für ihre Mitglieder schaffen. Die Versorgungsbeiträge wären den Mitgliedern der jeweiligen Länderkammern verpflichtend aufzuerlegen – ein Vorschlag, der Einstimmigkeit erzielte. Lieban verlangte die Zwangsversorgung auf die berufliche Leistungsfähigkeit des Standes abzustimmen, wobei die finanziellen Mittel vorweg für die Altersversorgung, erst in der Folge für die Invaliditätsversicherung zu verwenden wären – ein Vorschlag, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde.²⁰⁰ Weitere Beschlussfassungen, wie etwa die der Dotierung der Darlehenskassa mit finanziellen Mitteln, scheiterten. Versuche, die Kammerbeiträge in viel weiterem Umfang als bisher für die Hinterbliebenen von Kammermitgliedern und für arbeitsunfähige Kammermitglieder zu verwenden, führten wohl zu intensiven Debatten und zu den unterschiedlichsten Lösungsvorschlägen – aber nicht zu einer abschließenden Erledigung.

So fand auch der Antrag von RA Dr. Markus Halfen anlässlich der ordentlichen Vollversammlung der Mitglieder der Rechtsanwaltskammer in Wien vom 31. März 1927, zu Fürsorgezwecken drei Viertel des jährlichen Gebärungsüberschusses bedürftigen Kammermitgliedern zuzuwenden, keine Mehrheit.²⁰¹ Die Resolutionsanträge des Rechtsanwaltes Dr. Hans Mittler, die Vollversammlung möge die Einrichtung einer Kommission beschließen, mit

²⁰⁰ Dazu und im Folgenden: Spitzer, Die Ständige Vertreterversammlung, 12-14.

²⁰¹ Dazu und im Folgenden: Hans Spitzer, Die ordentliche Vollversammlung der Mitglieder der Rechtsanwaltskammer in Wien vom 31. März 1927. In: Anw. Ztg.8 (1927), 151-154.

dem Auftrag, für bedürftige Standesmitglieder ein Hilfswerk zu schaffen und für die Aufbringung der finanziellen Mittel zu sorgen, ferner dahin, die Vollversammlung möge prüfen lassen, ob die Sterbekassa zu einer Zwangseinrichtung der Kammer werden sollte, wurden einvernehmlich dem Ausschuss zugewiesen.

Die Wirtschaftliche Organisation der Rechtsanwälte des Kammersprengels Wien und der Ausschuss der Rechtsanwaltskammer Wien befassten sich mit der weiter offenen Frage der Versicherung und Versorgung bedürftiger Kammermitglieder. Mit einer dazu am 10. November 1927 einstimmig angenommenen Resolution wurde den Berichterstattern Engländer und Lieban dahin gefolgt, dass eine Zwangsversicherung wegen der geringen Anzahl der Anwälte und der großen Einkommensunterschiede „derzeit nicht durchführbar“ wäre.²⁰² Geschaffen werden sollte daher lediglich eine Versorgungseinrichtung, bei der ausschließlich bedürftige Rechtsanwälte und ihre Hinterbliebenen anspruchsberechtigt wären. Ab dem Jahr 1928 beabsichtigt war für Witwen monatlich 100 Schilling, für Anwälte über 65 Jahre oder infolge Krankheit bedürftige Anwälte monatlich 200 Schilling als Unterstützung zu bewilligen. Den nötigen Deckungsbetrag, genannt „Versorgungsfondsbeitrag“, sollten die Mitglieder des Kammersprengels aufbringen, wobei von jedem Rechtsanwalt hiezu als Beitrag 0,7 Prozent seines Bruttoeinkommens abzuführen gewesen wäre. Die Verwaltung des Versorgungsfonds sollte nicht vom Kammerausschuss, sondern von einem eigens dazu bestellten Kuratorium durchgeführt werden.

Zu Beginn des Jahres 1933 setzte sich RA Dr. Georg Weisl abermals mit der Einrichtung des Versorgungsfonds und der Schwierigkeit seiner Dotierung durch den Anwaltsstand auseinander.²⁰³ Weisl befürchtete, dass die Einführung einer Steuer, „wonach 10 Prozent des Honorars, welches einem An-

²⁰² Dazu und im Folgenden: Hans Spitzer, Zur Frage der Versorgung der Rechtsanwälte. In: Anw. Ztg. 22 (1927), 379-380.

²⁰³ Dazu und im Folgenden: Georg Weisl, Ein Fond für anwaltliche Wohlfahrtszwecke. In: Anw. Ztg. 1 (1933), 6-8.

walt aus seiner amtlichen Bestellung zufließt, dem Versorgungsfonds überwiesen werden soll“, bei der ohnehin anwaltsfeindlichen Stimmung im Parlament nur dazu führen könnte, eine Versorgungsabgabe – allerdings nicht für den von den Rechtsanwälten gewünschten Zweck – für allgemeine Staatszwecke einzuführen.

Nach Weisl blieb daher die Frage offen, ob es sich die Rechtsanwaltschaft leisten könnte, für sich einerseits neue Steuerideen aufzubringen, um andererseits in der Öffentlichkeit Forderungen zu erheben, wie etwa ihr den beruflichen Arbeitsbereich zu vergrößern oder ihr Abgaben und sonstige Lasten zu ermäßigen. Auch könnte, nach Meinung des genannten Rechtsanwalts, vierzehn Jahre nach dem Weltkrieg bzw. nahezu zehn Jahre nach der Inflation nicht damit argumentiert werden, dass Anwälte, die Kriegsteilnehmer waren oder durch die Inflation ihr Vermögen verloren hatten, deshalb nun unterstützt werden müssten. Es wären daher für die Anwaltschaft nicht sozialhumanitäre Maßnahmen, sondern vielmehr die Ausdehnung des Tätigkeitsbereiches, die Senkung der Anwaltszahl, allenfalls die Herausnahme der Konzipienten aus der allgemeinen Angestelltenversicherung und die Schaffung einer eigenen Versicherung, die im Alter eine ausreichende Versicherungsleistung bietet, das Ziel.

Zur Frage, ob eine obligatorische Krankenversicherung für Anwälte eingeführt werden könnte bzw. sollte, eine Frage, die RA Dr. Bernhard Schapira bereits im Jahr 1932 stellte, äußerte sich RA Dr. Hugo Gross ein Jahr später ablehnend. Er meinte dabei vergleichend, Genossenschaften die obligatorische Versicherungen einführten, hätten großteils nur schlechte Erfahrungen damit gemacht. Kassen dieser Art wären zu teuer und schlecht.²⁰⁴

RA Dr. Paul Herzog wiederum meinte dazu, es wären bereits eine Reihe von freiwilligen Vorsorgeeinrichtungen, wie Hilfskasse, Darlehenskasse und

²⁰⁴ Hugo Groß, Zur Frage der Krankenversicherung der Rechtsanwälte. In: Anw. Ztg. 4 (1933), 64-65.

Sterbekasse vorhanden, diese wären letztlich aber alle mangelhaft geblieben.²⁰⁵ Die Einrichtung einer Krankenversicherung sollte daher auf einem Versicherungszwang für alle Rechtsanwaltsmitglieder beruhen. Die Verwaltungsorganisation müsste dabei autonom bleiben. Nur mit Hilfe der Selbstverwaltung könnte bei den Rechtsanwälten hinlänglich sparsam gearbeitet und damit der Versicherungsbeitrag in tragbarer Höhe gehalten werden – so könnten die Versicherungsleistungen und Heilbehelfe unbeschränkt finanzierbar und frei verfügbar bleiben. Die Einführung und Einrichtung einer Krankenversicherung wäre aber auch bei Erfolg nur ansatzweise geeignet, die Einführung der ebenfalls notwendigen Alters- und Invaliditätsversicherung zu erleichtern und die diesbezüglichen Bemühungen der Kammern zu unterstützen.

Bedingt durch die schlechte wirtschaftliche Lage ging die Kritik der Gläubiger seit der Exekutionsnovelle des Jahres 1922 dahin, dass Exekutionsverfahren zu lange dauerten und die Exekutionsvollzüge überdies mangelhaft durchgeführt würden. Die Schuldner wiederum verwiesen darauf, dass sie an ihrer wirtschaftlichen Situation unschuldig wären und kein genügender Schutz gegen das schikanöse Vorgehen der Gläubiger bestünde.

Anlässlich der Vollversammlung der Wiener Juristischen Gesellschaft vom 1. März 1933 hielt dazu im Beisein des Bundesministers für Justiz, RA Dr. Kurt Schuschnigg, und der Präsidenten und Vizepräsidenten der Rechtsanwaltskammer Wien, Eckel, Abel und Kantor, der Präsident der Tiroler Rechtsanwaltskammer Haemmerle einen Vortrag zum Thema „Gläubigerschutz und Schuldnerschutz“ in dem er beispielhaft auf mögliche Vereinfachungen im Exekutionsverfahren, eine Angleichung der Ausgleichsordnung an die deutschen Bestimmungen und auf die Schaffung neuer Grundlagen zur Realschätzung einging. Er setzte sich grundsätzlich mit den Anforderungen des Befriedigungswesens auseinander. Er kam dabei zu dem Ergebnis, die österreichische Wirtschaft werde wieder einen Aufschwung erleben, was

²⁰⁵ Dazu und im Folgenden: Paul Herzog, Die Krankenversicherungsanstalt der Rechtsanwälte. In: Anw. Ztg. 4 (1933), 65-67.

Schuldner vor einem „Shylock-Gläubiger“²⁰⁶ und Gläubiger vor einem „Schieber-Schuldner“ schützen würde.²⁰⁷

Spätestens ab dem März 1933 wurden die Rechtsanwälte in ihrem juristischen Alltag von der politischen Entwicklung eingeholt. Ab diesem Zeitpunkt mussten die Rechtsanwälte zur Kenntnis nehmen, dass ihre Standesautonomie bloße Illusion war. Aus der Vielzahl der Verordnungen, die in die Tätigkeit der Anwälte in der Folge eingriffen, sei nachfolgende Bestimmung herausgegriffen:

Mit Verordnung der Bundesregierung vom 16. Februar 1934 (BGBl. 135/34) wurde ohne Rücksicht auf die Autonomie des Rechtsanwaltsstandes dem Bundesminister für Justiz die Möglichkeit eingeräumt, in gewissen Fällen über Rechtsanwälte, wie etwa bei Mitarbeit in einer verbotenen politischen Partei, bei der Teilnahme an politischen Demonstrationen, Terroranschlägen u. a., ein Berufsverbot zu verhängen. Lohsing beurteilte diese so gravierende, die Autonomie in Frage stellende Durchgriffsmöglichkeit dennoch nur als eine bloße Sicherungsmaßnahme. Da sie mit 30. Juni 1934 befristet wurde, wäre ihr, seines Erachtens, eher die Qualität einer Übergangsbestimmung zuzubilligen, die es ermöglichen sollte, von einem nachteiligen „System das sich nicht bewährt hat, zu einem gründlichen Umbau des Staatswesens“ zu gelangen – wobei Rechtsanwälte ohnehin keinerlei Veranlassung zur Anwendung der Verordnung bieten würden.²⁰⁸

Unter dem Eindruck, dass politische Parteien mittlerweile aufgelöst wurden und dass damit auch dem Parlamentarismus in seiner alten Form ein Ende bereitet wurde, bestand, was die Autonomie der Rechtsanwaltskammern anbelangte, zweifellos Grund zur Kritik und auch Anlass, Änderungen zu verlangen. Zu den staatlichen Eingriffen war die damalige, wenn auch bedenklich

²⁰⁶ Mit einem „Shylock-Gläubiger“ ist ein die Grundsätze der Gerechtigkeit und Nächstenliebe verachtender Gläubiger wie in Shakespeares „Kaufmann von Venedig“.

²⁰⁷ Zitiert nach: Hans Spitzer, Wiener Juristische Gesellschaft. In: Anw. Ztg. 6 (1933), 111.

²⁰⁸ Ernst Lohsing, Die administrative Suspension der Anwaltsbefugnis. In: Anw. Ztg. 6 (1934), 112-114.

anmutende anwaltliche, von Braun vorgebrachte Begründung, sie wären schon nach der bisherigen Gesetzeslage für den Bundesminister für Justiz möglich gewesen. Es mussten ihm für das Disziplinarverfahren die Geschäftsordnungen auch früher schon zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Auswahl der Kandidaten für Funktionen im Ausschuss, im Disziplinarrat, als Anwaltsrichter oder Prüfungskommissäre erfolgte wohl noch traditionell über eine Versammlung der Vertreter der bestehenden Anwaltsvereine und nach den von ihnen in der Sobranje akkordierten Wahlvorschlägen. Verschiedentlich ging die Meinung allerdings auch schon dahin, dass im Kammersprengel Wahlmänner bestellt werden sollten, die in der Vollversammlung als Delegierte die Wahl der Funktionäre vornehmen könnten.

RA Dr. Emil Hoffmannsthal kommentierte die Einführung einer administrativen Möglichkeit der Aufhebung von Anwaltsbefugnissen dahingehend, die Regierung hätte sich auf dem Verordnungsweg die Möglichkeit gegeben, ihr „gefährlich scheinende Tätigkeit von Anwälten auszuschalten“.²⁰⁹ Er meinte für das Disziplinarverfahren, „es wäre sehr gefährlich, wenn sich in dieses politische Momente einschleichen könnten“ – was richtig verstanden nur als Ablehnung jeder staatlichen Maßnahme, auch dort durchzugreifen, eingestuft werden konnte.

Einen durchaus anders gelagerten Interessensbereich der österreichischen Rechtsanwälte zeigte der Bericht des Vizepräsidenten und Mitgliedes der österreichischen Delegation Abel über den V. Kongress der Union Internationale des Advocats vom 15. bis 17. September 1933 in Dubrovnik in der Anwalts-Zeitung. Bei den Beratungen des Kongresses wurden weltweit vorhandene Grundprobleme der Advokatur erörtert, so die anwaltliche Immunität bei der Interessensvertretung, die ausschließliche Zuständigkeit des Anwaltsstandes in Disziplinarverfahren seiner Mitglieder bzw. die absolute Wirkung von disziplinar bedingten Berufsausschlüssen auch für andere Anwalts-

²⁰⁹ Dazu und im Folgenden: Emil Hofmannsthal, Administrative Aufhebung der Anwaltsbefugnis. In: Anw. Ztg. 8 (1934), 149-150.

kammern. Thematisiert wurde die Möglichkeit der Schaffung von Hilfskassen und Versorgungsfonds. Es interessierte dazu insbesondere die Wortmeldung des Präsidenten der Wiener Rechtsanwaltskammer Kantor über die in Wien geltenden Grundsätze bei der Finanzierung und Verwaltung des Versorgungsfonds und bei der Gewährung von Renten.²¹⁰ In der Schlusssitzung wurde über die Situation der Anwaltschaft in den einzelnen Staaten berichtet, wobei Kantor insbesondere die „wirtschaftlichen Kämpfe, unter denen die österreichische Advokatur, namentlich infolge der Wirtschaftskrise, leidet“ darstellte.²¹¹

Ein Bericht von RA Braun über den Verlauf der 38. Konferenz der International Law Association in Budapest im Herbst 1934 mit der Darstellung der Ziele dieser Vereinigung bei der Bearbeitung von Problemen der internationalen Rechtsvergleichung verdeutlichte aber auch die durchaus wissenschaftlichen anwaltlichen Interessen. Zur aktuellen politischen Entwicklung äußerte sich der österreichische Delegationsleiter Dr. Gustav Walker bei der Konferenz, indem er „darauf verwies, dass der Glaube an den Sieg des Rechts über die Gewalt unerschütterlich sei ...“²¹²

Dem 8. Deutschen Juristentag in der Tschechoslowakei im Mai 1937 wurde von Seiten der Rechtsanwaltskammer Wien durch ihren Präsidenten Dr. Otto Mayr eine Grußadresse durch die Anwalts-Zeitung übermittelt. Darin wurde insbesondere darauf hingewiesen, „wir Österreicher nehmen wie in den früheren Jahren wieder regsten Anteil“ – womit gemeint war, dass als Referenten und Gutachter bedeutendste österreichische Juristen wie Adamovich, Klang, Kadecka oder Mannlicher bei der Konferenz mitarbeiteten.²¹³ Tatsächlich war die Zahl der österreichischen Rechtsanwälte, die am Juristentag teil-

²¹⁰ Paul Abel, Der V. Kongreß der Union Internationale des Advocats. In: Anw. Ztg. 19 (1933), 349-353.

²¹¹ Abel, Der V. Kongreß, 352.

²¹² Zitiert nach: Rudolf Braun, Budapester Eindrücke. In: Anw. Ztg. 9 (1934), 333-334.

²¹³ Otto Mayr, Dem achten deutschen Juristentage in der Tschechoslowakei. In: Anw. Ztg. 9/10 (1937), 161-162.

nahmen, groß. So waren etwa von der Wiener Rechtsanwaltskammer die Ausschussmitglieder Dr. Paul Abel, Dr. Johann Kaupa, Dr. Robert Ticho, Dr. Rudolf Braun, Dr. Hans Spitzer, Dr. Emil von Hofmannsthal und vom Disziplinarrat unter anderem die Mitglieder Dr. Hugo Kalberg und Dr. G. J. Kraus anwesend.

Am 29. Juni 1937 fand ein vielbeachteter Besuch des ungarischen Anwaltsbundes in Wien statt. Der Präsident der Rechtsanwaltskammer Wien, Mayr, begrüßte dabei die ungarische Kollegenschaft, und unter „stürmischem Beifall“ hielt der Präsident der ungarischen Rechtsanwaltskammer Dr. von Níameßny den Festvortrag. Er ging insbesondere darauf ein, dass den letzten ungarischen Regierungen nicht so sehr an der Neuschaffung von Rechtsnormen gelegen wäre, sondern vielmehr daran, eine Vertiefung des Rechtslebens zu bewirken.²¹⁴ „Durch den Umsturz von 1918, die Episode des Kommunismus und das Friedensdiktat von Trianon“ wäre die Rechtskontinuität unterbrochen worden. „... Rasch ist dann Ungarn wieder zu verfassungsmäßigen Lösungen zurückgekehrt“. Bei dem anschließenden Bankett im Restaurant auf dem Kahlenberg richtete dann der Vizepräsident des Disziplinarrates der Rechtsanwaltskammer Wien, Hunna, als Vertreter der Wiener Rechtsanwaltschaft, kollegiale Begrüßungsworte an die ausländischen Gäste.

4.2.3 Tarif, Winkelschreiberei, Zeitschriften, Anlassgesetze

Beschlüsse zur weiteren Ausgestaltung des Anwaltstarifes und zur Bekämpfung der Winkelschreiberei konnten von der Anwaltschaft nur mühsam durchgesetzt werden. Was die Anwalts- und Gerichtsgebühren anbelangte, schlug der zuständige Kammerreferent Hitschmann in der Sitzung der Ständigen Vertreterversammlung der Rechtsanwaltskammern Österreichs vom 19. Dezember 1926 vor, zunächst keine Änderung des geltenden Rechtsanwaltsstarifes zu verlangen und sich vorerst über seine Auswirkungen ein klares Bild zu

²¹⁴ Hans Spitzer, Der Besuch des ungarischen Anwaltsbundes in Wien. In: Anw. Ztg. 13/14 (1937), 245-250.

verschaffen. Die spezielle Einführung eines Tarifs für Administrativsachen empfahl er deshalb nicht in Erwägung zu ziehen, weil dieser wegen seiner Vielfältigkeit zu schwer zu tarifieren wäre. Auch für die Abfassung von Verträgen sollte nach seiner Vorstellung kein neuer Tarif eingeführt werden, sondern vielmehr der geltende Notariatstarif auch für Anwälte herangezogen werden. Was die Gerichtsgebühren anbelangte, schien ihm standesrechtlich wesentlich, eine Aufhebung der persönlichen Haftung der Rechtsanwälte für deren Hereinbringung zu bewirken.²¹⁵ Von Spitzer wurde noch im Dezember 1926 in der Anwalts-Zeitung versucht, im Hinblick auf die für den 19. Dezember 1926 angesetzte Ständige Vertreterversammlung Maßnahmen gegen das Anwachsen von Winkelschreiberei bzw. die Überhandnahme von Realitäten- und Hypothekenbureaus und Agenturen vorzuschlagen.²¹⁶

Einstimmig wurde von der Ständigen Vertreterversammlung am 19. Dezember 1926 beschlossen, wegen des Überhandnehmens von Winkelschreiberei der Realitäten-, Hypotheken-, Inkassobüros und anderer Agenturen, auf Grund des Referates von RA Dr. Robert Ticho den Vorschlägen des Kammerpräsidenten von Tirol, Haemmerle, und des RA Ruzicka zu folgen und „die Erlassung eines besonderen Schutzgesetzes für die Anwaltschaft“ voranzutreiben. Auch sollten alle Rechtsanwaltskammern gemeinsam die Regierung auffordern, Gerichte, Polizei- und Gewerbebehörden anzuhalten, gegen Winkelschreiberei strenger vorzugehen; auch sollten sie verlangen, dass in den Tätigkeitsbereich von Rechtsanwälten eingreifende Gesetze den Rechtsanwaltskammern zur Begutachtung vorgelegt, ferner ein Gesetz mit einheitlicher Regelung gegen die Winkelschreiberei beschlossen und alle Verstöße dagegen dem Strafgesetz unterstellt würden.²¹⁷

Den fortlaufenden, aber wenig ermutigenden Kampf der Rechtsanwälte gegen die Winkelschreiberei bestätigt der Bericht, die Gendarmerie hätte einen

²¹⁵ Spitzer, Die Ständige Vertreterversammlung, 12-14.

²¹⁶ Hans Spitzer, Maßnahmen gegen die Winkelschreiberei. In: Anw. Ztg. 24 (1926), 353-355.

²¹⁷ Spitzer, Die Ständige Vertreterversammlung, 13.

„Winkler“ dem Arbeitsamt angezeigt, dieser wäre dadurch der Arbeitslosenunterstützung verlustig gegangen und hatte eine Strafe wegen unterlassener Meldung erhalten. Ein scharfes Einschreiten der Behörde würde von den Rechtsanwälten auch deshalb verlangt, weil Arbeitslose für Winklerdienste „solchen Blutsaugern oft hohe Abgaben leisten ...“ mussten.²¹⁸

Im Zusammenhang mit der beruflich weiterhin eingeschränkten Leistungsfähigkeit von Anwälten – zwei Drittel der Rechtsfälle waren praktisch unentgeltliche Vertretungen – wurde auf die Zuerkennung von angemessenen Honoraren gedrungen. Auch wurde die Ansicht vertreten, dass „ein seinem Kern und Wesen nach idealer Beruf anders, aber schon ganz anders zur Steuer herangezogen werden sollte, als ein reiner Gelderwerb“.²¹⁹ Solange keine großzügige Steuerbefreiung gewährt würde und für den Anwaltsstand weiterhin Belastungen wie Warenumsatzsteuer und Fürsorgeabgabe bestünden, würde es für ihn nicht möglich sein, „seinem Elend zu steuern“.²²⁰

Anlässlich einer Enquete im Februar 1927 zur Novellierung der Rechtsanwaltsordnung wurden die Einführung des gesetzlichen Pfandrechts für die Kostenforderung des Rechtsanwaltes und der Wegfall der Disziplinargewalt der Gerichte gegenüber Rechtsanwälten vorgeschlagen. Das Präsidium der Wiener Rechtsanwaltskammer, damals Präsident Eckel und die Vizepräsidenten Abel und Kantor, die Vertreter der Richtervereinigung, die der Staatsanwaltschaft, die Nationalräte Dr. Dostal und Senatspräsident Dr. Schuhmacher für die Christlichsoziale Partei bzw. die Nationalräte Dr. Eisler und Austerlitz für die Sozialdemokratische Partei hielten die Durchsetzung dieser langjährigen Forderung der Rechtsanwälte für erfolgversprechend. Von Seiten der Anwaltschaft wurden daraufhin, um die gesetzliche Beschlussfassung nicht zu gefährden, alle anderen Änderungswünsche zurückgezogen.²²¹

²¹⁸ Oskar Meister, Kleine Beiträge. In: Anw. Ztg. 15/16 (1933), 306.

²¹⁹ Otto Weissel, Die leidige Honorarfrage. In: Anw. Ztg. 2 (1927), 26-27.

²²⁰ Ebd., 27.

²²¹ Hans Spitzer, Standesfragen. Die Enquete über die Novelle zur Rechtsanwaltsordnung. In: Anw. Ztg. 4 (1927), 73-74.

Die jahrelang fortlaufenden Bemühungen, für Rechtsanwälte neue oder ausschließlich ihnen zustehende Arbeitsfelder zu eröffnen, hatten weiterhin insgesamt wenig Erfolg. Das zeigte sich etwa im Zusammenhang mit der Forderung, ausschließlich Rechtsanwälte mit den Aufgaben des Ausgleichs- und Konkursverwalters zu betrauen. Die vielfältige Art der beruflichen Tätigkeit, die juristischen Kenntnisse und die besondere Vertrauenswürdigkeit von Rechtsanwälten hätten jede Bestellung von Nichtanwälten in diesem Bereich genau genommen hinfällig machen müssen. Gegenteilige, die Rechtsanwälte ablehnende Stellungnahmen gingen aber dahin, dass fachkundige Branchenangehörige wegen ihrer besonderen Fachkenntnisse für die Tätigkeit, zumindest als Ausgleichsverwalter, besser geeignet wären. RA Dr. Richard Kastner sah darin bloß ein Scheinargument.²²² Er meinte, bei der Auseinandersetzung ginge es nur darum, dass den mit dieser Tätigkeit befassten Rechtsanwälten exklusiv zukommende Ausbildungsvorteile geneidet würden. Es würde unter Begünstigung der Winkelschreiberei damit Laien eine Verdienstmöglichkeit geöffnet, die allein Rechtsanwälten zustünde.

Mit der 8. Gerichtsentlastungsnovelle vom 26. Juli 1933 wurden für die Rechtsanwälte – neben wesentlichen bereits erwähnten Änderungen im Disziplinarverfahren – die Bestimmungen zur Ablehnung von Richtern, zur Verhängung von Ordnungsstrafen, wenn dem Gericht gegenüber die „schuldige Achtung“ unterblieben war, und die der Bewilligung des Armenrechtes abgeändert. Es sollte letzteres betreffend die arme Partei nur mehr dann Anspruch auf eine anwaltliche Vertretung mit Armenrecht haben, „wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint“.²²³ Die Entscheidung darüber, ob dem Betroffenen eine Armenvertretung aber bewilligt werden könnte, lag von da an ausschließlich bei den Gerichten.

²²² Richard Kastner, Die Forderung der Anwaltschaft nach ausschließlicher Betrauung von Anwälten mit der Funktion als Ausgleichsverwalter und Konkursmasseverwalter. In: Anw. Ztg. 15/16(1933), 287-288.

²²³ Spitzer, Gerichtsentlastungsnovelle, 309-318.

Zum 50-jährigen Bestand der vom Wiener Rechtsanwalt Dr. Leo Geller am 1. Jänner 1883 gegründeten Fachzeitschrift „Zentralblatt für die juristische Praxis“ wurde von RA Spitzer auf die besondere Qualität dieses Mediums und auf den langjährigen Bestand hingewiesen. Ungeachtet des naturgemäß bloß beschränkten Leserkreises war es sogar erforderlich, zum 1. Jänner 1931 die Schriftleitung mit RA Dr. Norbert Weinberger zu verstärken. Seit 1932 wurden überdies mit dem Zentralblatt vierteljährlich von RA Dr. Friedrich Schnek die Beihefte über die neueste Rechtssprechung in Strafsachen herausgegeben.

Der Zeitschrift zu verdanken waren neben der fortlaufenden Darstellung aktueller Standesanliegen eine hervorragende Festschrift zum 35. Deutschen Juristentag im September 1928 in Salzburg und eine Festnummer Heft 1/1933 zum 50-jährigen Jubiläum mit wertvollen wissenschaftlichen Beiträgen.²²⁴

In einer ähnlich bedeutsamen Weise wie zum 50-jährigen Bestand des „Zentralblatt für die juristische Praxis“ wurde der zehnjährige Bestand der „Österreichischen Anwalts-Zeitung“ gewürdigt. Besonders beglückwünscht wurden die beiden Herausgeber, die Rechtsanwälte Dr. Rudolf Braun und Dr. Hans Spitzer. In der zu diesem Jubiläum erschienenen Festschrift vom 12. Jänner 1934 äußerte sich Justizminister Schuschnigg dahin, „... Ich wünsche dem Blatte das beste Gedeihen für die Zukunft“.²²⁵ Lobende Stellungnahmen des Präsidenten der Tiroler Rechtsanwaltskammer, Haemmerle, des Obmannes der Wirtschaftlichen Organisation der Rechtsanwälte in Wien, Niederösterreich und Burgenland, RA Dr. Anton Maria Söllner, und des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer in Wien, Kantor, rundeten das Bild ab – wobei letzterer zur Bedeutung der Zeitung meinte, „... Die Österreichische Anwalts-Zeitung hat in den zehn Jahren ihres Bestandes, die erfreulicherweise zu zehn

²²⁴ Hans Spitzer, Zum fünfzigjährigen Bestand des „Zentralblatts für die juristische Praxis“. In: Anw. Ztg. 1 (1933), 8-9.

²²⁵ Dazu und im Folgenden: Kurt Schuschnigg, Der „Österreichischen Anwalts-Zeitung“ zu ihrem zehnjährigen Bestande. In: Anw. Ztg. 1/2 (1934), 2; Siegfried Kantor, Zur Zehnjahrfeier der „Österreichischen Anwalts-Zeitung“. In: Anw. Ztg. 1/2 (1934), 5.

Jahren aufsteigender Entwicklung geworden sind, den vollgültigen Beweis ...“ erbracht, dass sie als Fachzeitung ein unerlässliches Erfordernis für die Anwaltschaft darstellt.²²⁶

Bedeutende Veränderungen im staatsrechtlichen Aufbau eines Landes bringen in der Regel grundlegende Änderungen auf dem Gebiet des Verfassungs- und Strafrechtes mit sich. Auch im damaligen Österreich trat diese Entwicklung ein. Durch das Bundesverfassungsgesetz vom 30. April 1934 „Über außerordentliche Maßnahmen im Bereiche der Verfassung“ wurde eine Gesamtänderung der bis dahin geltenden Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 mit ihren Novellierungen vorgenommen. Ohne im Rahmen dieser Arbeit näher darauf einzugehen, wurde dadurch eine Übergangsverfassung in Kraft gesetzt. Damit wurden der demokratisch-parlamentarische und der bundesstaatliche Charakter der Republik Österreich aufgehoben und ein streng zentralisiertes, autoritäres Regierungsprinzip eingeführt.

Weitere Auswirkungen der Übergangsverfassung des Jahres 1934 waren die Einrichtung eines Bundesgerichtshofes und die Berufung von Vertretern der österreichischen Rechtsanwaltschaft in die gesetzgebenden Körperschaften. Dazu wurde nachdrücklich durch die Anwalts-Zeitung betont, dass sich die Rechtsanwälte die Durchsetzung ihrer Interessen durch die in die verschiedensten politischen Gremien ernannten Kollegen erwarteten.²²⁷

Erwähnt seien aber auch das Bundesgesetz über die Wiedereinführung der Todesstrafe im ordentlichen Verfahren und die Umgestaltung der Geschworenengerichte (Strafrechtsänderungsgesetz 1934 vom 19. Juni 1934, BGBl. II/77), das Bundesgesetz betreffend die beschleunigte Ahndung von Sprengstoffverbrechen (22. Juni 1934, BGBl. II/98) und das Bundesgesetz zur Abwehr politischer Gewalttaten (12. Juli 1934, BGBl. II/119).

²²⁶ Kantor, Zehnjahrfeier, 6.

²²⁷ Hans Spitzer, Die Vertretung der österreichischen Rechtsanwaltschaft in den gesetzgebenden Körperschaften. In: Anw. Ztg. 22 (1934), 405.

Zu den durch das vorerwähnte Bundesgesetz vom 19. Juni 1934 neu eingeführten Straftatbeständen berichtete Dr. Fritz Flandrak in der Anwalts-Zeitung.²²⁸ Mit dem Gesetz trat die Todesstrafe in allen Fällen, wo sie im Strafgesetz und im Sprengstoffgesetz angedroht war, wieder in Kraft. Es waren das Hochverrat, Mord, räuberischer Totschlag, Brandlegung, boshafte Sachbeschädigung mit dadurch bedingtem Tod eines Menschen, Gemeingefahr und dadurch bedingte Tötung eines Menschen und Gefährdung durch Sprengmittel mit Todesfolgen. Neu geschaffen wurde auch der Tatbestand der Tötung auf Verlangen. Letzteres war durchaus im Sinne der Anwaltschaft, da bis dahin die Tötung auf Verlangen als Mord verfolgt wurde, für den die Todesstrafe obligatorisch war. Mit dem neuen Tatbestand wurde diese Unverhältnismäßigkeit aber saniert.

Die Erwartung, dass die Wiedereinführung der Todesstrafe in Fachkreisen, insbesondere in Kreisen der Anwaltschaft eine breite Diskussion hervorrufen würde, bestätigte sich nicht. Neben RA Flandrak fand es lediglich RA Dr. Friedrich Schnek nötig, mit dem Beitrag „Zur neueren österreichischen Strafgesetzgebung“ auf die Wiedereinführung der Todesstrafe zu reagieren. Auch RA Schnek lehnte eine Diskussion über die Wiedereinführung der Todesstrafe mit dem Hinweis ab, er wolle keine „Fortsetzung der jahrhundertalten Diskussion über dieses Problem“.²²⁹

²²⁸ Fritz Flandrak, Einige neue Tatbestände im Bundesgesetz vom 19. Juni 1934. In: Anw. Ztg. 13/14 (1934), 245-246.

²²⁹ Friedrich Schnek, Zur neueren Österreichischen Strafgesetzgebung. In: Jur. Bl. 17 (1934), 360.

4.3 Im Übergang vom Ständestaat zum Dritten Reich

Die politische Entwicklung der Jahre 1936 bis 1938, die Ablösung von Edmund Glaise-Horstenau verbunden mit dem Hervortreten von RA Dr. Arthur Seyß-Inquart, die fortlaufenden Bemühungen von RA Dr. Kurt Schuschnigg als Bundeskanzler, die Mitarbeit Seyß-Inquarts im Ständestaat zu ermöglichen und damit eine Einbindung der nationalen Opposition in die Regierung zu erreichen – all das konnte ungeachtet seiner Bedeutung den Alltag der Anwälte nicht verändern.

Die Entwicklung bis zur Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich im März 1938 dürfte vorerst unbemerkt an der Rechtsanwaltschaft vorbeigegangen sein. So hielt die von Kriegsteilnehmern gegründete, der Achtung des Ehrbegriffs des habsburgischen Offiziers verpflichtete anwaltliche Unterorganisation des Frontringes am 16. Dezember 1936 ihre zweite Tagung im Wiener Militärcasino ab. Neben Ausführungen zu Standesfragen wurde die Bedeutung der Bundesgerichtsbarkeit und etwas verklärt auch die des Anwaltsstandes hervorgehoben; bloß bei anwaltlicher Vertretung könnte der Gerichtshof angerufen werden, ohne diese wäre die Durchführung des gerichtlichen Verfahrens unmöglich.²³⁰

Die Befürchtung, dass die Bevölkerung „unrichtige Vorstellungen“ vom Wesen der Rechtsanwaltschaft haben könnte – bewirkte, dass noch im Jahr 1937 eine Pressestelle der Rechtsanwaltskammer in Wien eingerichtet werden sollte. Dahinter steckte die Absicht, Rechts- und Standesfragen von wesentlicher Bedeutung in aller Öffentlichkeit in der Pressestelle durch Stellungnahmen von damit befassten Rechtsanwälten, abzuhandeln. Darüber hinaus sollte damit auch die Möglichkeit bestehen, dass Rechtsanwälte in Zeitungen selbst

²³⁰ Hans Spitzer, Die zweite Tagung des Frontringes der Rechtsanwälte. In: Anw. Ztg. 1 (1937), 13-14.

zu Wort kommen könnten. Die Überlegungen blieben in der Planung bereits stecken.²³¹

In einem Geleitwort zur *Anwalts-Zeitung* vom 9. August 1937 wurde Schuschniggs Aufbau- und Friedenswerk im Zusammenhang mit dem dritten Jahr seiner Tätigkeit als Bundeskanzler gewürdigt.²³² Dabei wurden „seine Taten zum Wohle des Vaterlandes“ gerühmt, auch, dass er „seine ganze Tatkraft vorerst dem Aufbau des ständischen Staates und dem berufsständischen Aufbau widmete“ und seine Bemühungen erst ermöglichten, „... die wirtschaftliche Lage und das Lebensniveau der gesamten Bevölkerung zu heben“. Noch vieles mehr wurde ihm an Bemühen zugeschrieben und hervorgehoben, dass Schuschnigg damit die „uneingeschränkte Anerkennung der Freiheit und Unabhängigkeit des österreichischen Bundesstaates durchzusetzen“ suchte. Bei dieser Gelegenheit wurde zum ständischen Aufbau der freien Berufe von Seiten der Rechtsanwaltskammer sehr deutlich deponiert, dass die Bezeichnung „Kammer“ erhalten bleiben müsste, die Standesgerichtsbarkeit weiter nur durch Disziplinarräte ausgeübt werden dürfte und die „Ständige Vertreterversammlung der österreichischen Rechtsanwaltskammern“ unter dem Namen „Bundesrechtsanwaltskammer“ gesetzlich abgesichert werden müsste. Demgegenüber wurde seitens der österreichischen Rechtsanwaltschaft gelobt, dem Herrn Bundeskanzler „... weiterhin treueste Gefolgschaft zu leisten ...“

Ähnliches war bereits mit der Entschließung der Ständigen Vertreterversammlung vom 30. Juni 1935 gefordert worden, in der die gesetzliche Verankerung der bis dahin nur freiwillig gebildeten Organisationsplattform der „Ständigen Vertreterversammlung“ verlangt worden war. Nach innen, meinte man, wäre ohnehin die Autonomie der Kammern schon dadurch gegeben, dass die Regierung eine „baldige Ausschreibung von Wahlen in Aussicht gestellt“ hätte. Das würde selbst dann gelten, wenn in die Organe der Berufs-

²³¹ Die Pressestelle der Rechtsanwaltskammer in Wien. In: *Anw. Ztg.* 14 (1937), 2.

²³² Dazu und im Folgenden: Hans Spitzer, Dr. von Schuschniggs Aufbau- und Friedenswerk. In: *Anw. Ztg.* 15/16 (1937), 273-274.

körperschaften nur Personen gewählt werden dürften, die auch Mitglieder der Vaterländischen Front wären – was mit Rücksicht auf die bestehende Aufnahmesperre eine wesentliche Einschränkung des passiven Wahlrechtes darstellen würde.

Nach dem Bericht über den Erfolg des Winterhilfswerkes 1936/37 wurde in einem weiteren Aufruf zur Winterhilfe schon in der Anwalts-Zeitung vom Oktober 1937 neuerlich an die Spendenfreudigkeit der Österreicher, damit auch der Rechtsanwälte, appelliert. Wie wichtig diese Sammlungen waren, zeigte sich letztlich daran, dass Spendenfreudigkeit geradezu gefordert und mit Worten wie „... wer seine gesellschaftliche und sittliche Pflicht zur Winterhilfe erfüllt und wie er sie erfüllt“ sogar deren unmittelbare Überprüfung angekündigt wurde.²³³

Nach einem mit November 1937 vorliegenden Gesetzesentwurf war vorgesehen, eine berufsständische Organisation der freien Berufe zu schaffen, die vom Gedanken her Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinen sollte. Die Einbeziehung der Rechtsanwaltschaft in den Berufsstand „freie Berufe“ wurde dabei von Rechtsanwalt Dr. Heinrich Foglar-Deinhardstein kritisch durchleuchtet. Er war der Auffassung, die berufsständische Ordnung dürfte nicht zu einer Doppelgleisigkeit führen. Bei richtiger Durchführung hätten vielmehr der Bund und die Länder Teile ihrer Aufgaben an die berufsständischen Organe abzugeben. Dazu enthielte der Gesetzentwurf aber lediglich erst Ansätze, die noch verbessert werden müssten.²³⁴

Zumindest waren die schon zuvor im Jahr 1936 vom Ersten Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Wien, Mayr, gestellten Forderungen, nämlich, dass die Zusammenfassung der freien Berufe nur lose sein sollte und die vorhandene Autonomie dabei nicht angegriffen werden dürfte, aber damit geregelt.²³⁵

²³³ Kurt Schuschnigg, Der Winterhilfe zum Geleit. In: Anw. Ztg. 20 (1937), 366-367.

²³⁴ Heinrich Foglar-Deinhardstein, Die Einbeziehung der Rechtsanwaltschaft in den Berufsstand „Freie Berufe“. In: Anw. Ztg. 21 (1937), 385-390.

²³⁵ Otto Mayr, Der Einbau der Rechtsanwaltschaft in die berufsständische Verfassung. In: Anw. Ztg. 2 (1936), 21.

In einer Stellungnahme zum Thema Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Berufsstand „freie Berufe“ kam Rechtsanwaltsanwärter Dr. Erich Konrad zu dem Ergebnis, dass nach Umwandlung der Anwaltskammern in berufsständische Einrichtungen den Rechtsanwaltsanwärtlern in diesen eine Vertretung zuzubilligen wäre.²³⁶

Indem sie das Ausscheiden des Ministers Dr. Adolf Pilz aus dem Justizressort bedauerte, anderseits seinen Nachfolger Univ. Prof. Dr. Ludwig von Adamovich als hervorragenden akademischen Lehrer, Fachschriftsteller und Mitarbeiter beglückwünschte, setzte sich die Anwalts-Zeitung in der für sie typischen Weise mit der Regierungsumbildung auseinander. Sie meinte, der neue Minister würde „... bei Vollendung des Aufbaus des Berufsstandes der freien Berufe die gerechten Wünsche der Rechtsanwaltschaft weitgehend berücksichtigen und auch sonst die Durchsetzung ihrer noch nicht erfüllten Postulate tatkräftig fördern ...“²³⁷

Wieder aufgeworfen wurde die Pensionsfrage, und erneut gab es Bemühungen für Rechtsanwälte, eine Alters- und Hinterbliebenenfürsorge einzurichten. Dabei nahm das Ausschussmitglied RA Dr. Isidor Schlesinger Bezug auf eine von Kantor anlässlich der Versammlung der Wirtschaftlichen Organisation der Rechtsanwälte in Wien, Niederösterreich und Burgenland am 14. Dezember 1936 gehaltene Rede, bei der sich dieser zu einer derartigen Einrichtung bekannt hatte. Klar war aber, dass die Alters- und Hinterbliebenenpensionen nach versicherungsmathematischen Erkenntnissen von den einzelnen Rechtsanwälten nicht finanziert werden konnten. Die Differenz musste von allen Mitgliedern gefordert werden, wenn man die Pensionsleistungen tatsächlich für sie alle gewährleisten wollte. Überhaupt ging die Einführung einer Sozialversicherung für den gesamten Anwaltsstand davon aus, dass die dem einzelnen Rechtsanwalt zukommende Pension der Höhe nach nicht von

²³⁶ Erich Konrad, Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Berufsstand „Freie Berufe“. In: Anw. Ztg. 4 (1937), 67.

²³⁷ Hans Spitzer, Zum Wechsel in der Leitung des Bundesministeriums für Justiz. In: Anw. Ztg. 4 (1938), 61.

seinen erbrachten Leistungen abhängig sein konnte. So wurde an das soziale Pflichtbewusstsein aller Kammermitglieder appelliert, um von dem mehr karitativen Fürsorgefonds hin zu einer wirtschaftlich fundierten Alters- und Hinterbliebenenversicherung zu gelangen.²³⁸ Auch eine Untersuchung durch Dr. Eugen Kalmus zu den Möglichkeiten einer allgemeinen Pensionsversicherung für jeden österreichischen Rechtsanwalt bestätigte, dass eine obligatorische, auf Wechselseitigkeit beruhende Sozialversicherung möglich wäre. Ausgeschlossen wurde aber ein bloßes Umlageverfahren, weil die Beitragsvorschriften dabei auf die jeweiligen Rentenleistungen bezogen werden müssten, was bei den schlechten Einkommensverhältnissen eine vertretbare Vorsorge für die Rechtsanwälte verhindert hätte.²³⁹

Zum Aufbau der Pensionsversicherung für Rechtsanwälte stellte RA Dr. Max Eitelberg fest, dass immer die arbeitende Kollegenschaft die mittlerweile in Pension befindlichen Kollegen zu erhalten hätte. Das notwendige Deckungskapital wäre nach dem Gegenwartsbedarf zu errechnen. Bei einem universellen Ausbau der Pensionsversicherung müsste sich überdies auch noch eine erhebliche Verbilligung der Einzahlungsbeträge ergeben. Ginge man davon aus, dass dem Einzelnen eine ständische Gliederung vorgeschaltet wäre, würde das – so meinte Eitelberg – bedeuten, dass der Rechtsanwalt auch bei Berufsunfähigkeit nicht aus dem ständischen Rahmen des Aufbaues und der dadurch verbundenen Versorgung herausfallen könnte.²⁴⁰

Zur Amnestie wegen politischer Delikte vom 16. Februar 1938 bemerkte RA Dr. Ernst Lohsing, sie würde, was die Straffreiheit von Handlungen aus politischen Gründen anbelange, Neuheiten bringen. Es würde der Begriff des politischen Verbrechens ausgeweitet, ebenso der Kreis der zu amnestierenden

²³⁸ Isidor Schlesinger, Zur Pensionierungsfrage der Anwälte. In: Anw. Ztg. 8 (1937), 141-146.

²³⁹ Eugen Kalmus, Die Pensionsversicherung der österreichischen Rechtsanwaltschaft. In: Anw. Ztg. 24 (1937), 450-451.

²⁴⁰ Max Eitelberg, Zur Frage einer ständischen Versicherung der Rechtsanwaltschaft. In: Anw. Ztg. 2 (1938), 31-33.

Verfolgten ausgedehnt. Die mit der Amnestie 1938 gewährte Strafnachsicht war aber keine unbedingte. Sie wurde nämlich davon abhängig gemacht, dass bis zum 31. Dezember 1941 keine weitere Verurteilung wegen einer gerichtlich strafbaren Handlung erfolge – es sei denn, es handelte sich bloß um ein Vergehen oder eine Übertretung.²⁴¹

Zur Abgabe von Steuererklärungen durch Rechtsanwälte wurde berichtet, dass es alljährlich und nicht bloß vereinzelt vorkam, dass Anwälte überhaupt keine Steuererklärungen abgaben. Unerklärlich bliebe, wie Angehörige eines Berufsstandes, die Kenntnis von Gesetzen und von der Einhaltung gesetzlicher Pflichten hatten, Vorschriften so übergehen könnten. Bei Fristversäumnissen wäre die Abgabenbehörde zwar großzügig, sofern entschuldbare Gründe vorlägen, nicht aber dann, wenn Rechtsanwälte ohne Entschuldigungsgründe einfach keine Steuerbekenntnisse vorlegten und wenn das noch dazu mehrere Jahre hintereinander der Fall wäre. Häufig würde es den Bekenntnissen an der Vollständigkeit ermangeln. Einnahmen und Ausgaben müssten detailliert angeführt werden, eine einzige Ziffer als „Reinertrag“ mitzuteilen, würde dazu nicht genügen.

Im Allgemeinen konnte man davon ausgehen, dass im Bereich der Rechtsanwaltskammer von Wien den jährlichen Einnahmen durchschnittlich fünfzig Prozent an Ausgaben gegenüberstanden. Bei besonderen Abweichungen waren diese der Abgabenbehörde näher auszuführen und zu belegen. Dazu zählten insbesondere „überjährige“ Einnahmen und Ausgaben bei Rechtsfällen, die sich über mehrere Steuerperioden zogen und bei denen die Kosten erst wesentlich verspätet eingingen. Um Steuergerechtigkeit zu erzielen, wurden die Rechtsanwälte angehalten, gegenüber der Abgabenbehörde auf diese Umstände ausdrücklich hinzuweisen.²⁴²

In der Sorge über die Winkelschreiberei wurde von RA Dr. Robert Ticho im September 1937 überprüft, inwieweit Winkelschreiberei als Verwal-

²⁴¹ Ernst Lohsing, Bemerkungen zur Amnestie 1938. In: Anw. Ztg. 4 (1938), 61-63.

²⁴² Hugo Strauß, Einige Winke zur Fassionszeit. In: Anw. Ztg. 4 (1938), 64-65.

tungsübertretung oder auch als disziplinarartiges Delikt behandelt werden könnte.²⁴³ Ticho kam zu dem Ergebnis, dass die Winkelschreiberei fortlaufend bekämpft werden müsste, darüber hinaus, dass darauf zu achten wäre, die Winkelschreiber vom Gerichtsbetrieb tatsächlich fernzuhalten. Auch wäre es wesentlich, ihren Kontakt mit unerfahrenen Rechtssuchenden zu verhindern, zumindest aber zu erschweren, wobei es im Zusammenhang damit gemäß § 29 Zivilprozessordnung dem Richter obläge, Personen, die ihm als Winkelschreiber bekannt wurden, von der Verhandlung auszuschließen.

Neuerlich im Jänner 1938 wurde das Vorgehen gegen Winkelschreiber von Ticho thematisiert und festgestellt, dass es sich dabei laut Verordnung des Bundesministeriums für Justiz um keine Angelegenheit der Justizverwaltung handeln könnte. Verfolgung und Bestrafung des Winkelschreibers würden den Gerichten obliegen. Aus anwaltlicher Sicht wurde diese Neuordnung begrüßt, weil sich dadurch gerichtliche Entscheidungen zum Vorteil der Rechtsanwälte erwarten ließen.²⁴⁴

Die Glückwünsche zum 30-jährigen Bestand der „Vereinigung der österreichischen Richter“ durch den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer, Mayr, gingen dahin, dass Richter und Anwälte einander vor allem durch ihre gleiche ethische Berufsauffassung verbunden wären. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass zwar die ständische Verfassung Richter und Rechtsanwälte in verschiedene Berufsstände einordnen würde, ungeachtet dessen aber die gemeinsame Aufgabe, nämlich dem Rechte zu dienen, beiden Ständen eine innere, wechselseitige Verbundenheit auferlegen würde.²⁴⁵

Diese Aufmerksamkeit war aber auch eine Bestätigung für das generell gute Verhältnis zwischen Richtern und Anwälten. Tatsächlich konnten die

²⁴³ Dazu und im Folgenden: Robert Ticho, Der Deliktscharakter der gerichtlich verfolgbar Winkelschreiberei. In: Anw. Ztg. 18 (1937), 325-328.

²⁴⁴ Ders., Gerichtliches Einschreiten gegen Winkelschreiber – keine Justizverwaltungssache. In: Anw. Ztg. 1 (1938), 2-6.

²⁴⁵ Otto Mayr, Zum dreißigjährigen Bestand der „Vereinigung der österreichischen Richter“. In: Anw. Ztg. 23 (1937), 425-426.

gravierenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen im Berufsreich von Anwälten, Richtern und Staatsanwälten der wechselseitigen, verständnisvollen Beziehung keinen Abbruch tun – sieht man von situativ und individuell bedingten Meinungsverschiedenheiten ab, wie sie in allen Bereichen des Alltags vorkommen konnten.

5. Der Rechtsanwalt aus Elitensicht

5.1 Elite im historischen Wandel

„Elite“ als sozialer Kategorie im Zusammenhang mit Rechtsanwälten nachzuforschen, verlangt die Beschäftigung mit einem sehr speziellen Teil der Eliten-Soziologie, mit ihrem Entstehen und ihrer Entwicklung. Bis zum Ende des 18. Jahrhundert konnte Kritik, beispielsweise jene Kants, den Adel in seiner Vorrangigkeit aufgrund von Abstammung aber nicht in Frage stellen. Nur für einen Übergang würden die Vorrechte des Adels, wie Kant meinte, noch Bestand haben. Erst „Im Maße wie neue Vorstellungen des Wirtschaftskreislaufes und der Menschenrechte in neuen Modellen der Gesellschaft und des Staates sich mit Tendenzen zu Reformen oder ‚Revolutionen‘ verbanden ...“ geriet der Adelsbegriff aus der überlieferten Sicherheit in die Krise.²⁴⁶ Der Begriff „Elite“, vom Lateinischen „eligere“, Auslese, und vom Französischen *élite* kommend, kam in unseren Sprachraum als Bezeichnung für eine gesellschaftliche Minderheit zur Geltung, die politisch oder sozial führend bzw. herrschend war und besonderen Einfluss auf eine größere Anzahl von Menschen gewinnen konnte.²⁴⁷ Davon ausgehend stellte sich daher allgemein die Frage wer aus welchen Gründen zur Elite gezählt werden durfte. Erste Elitetheorien wurden bereits bei den Griechen entwickelt. Plato etwa unterschied in seinem Werk „Politeia“ zwischen den elitären Philosophenkönigen und dem gewöhnlichen Volk. Dennoch scheint es plausibel, die Jahrhunderte später stattfindende allmähliche Änderung der aristokratischen Gesellschaftsordnung und die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft als den Auslöser für die Herausbildung des Begriffes „Elite“ zu bezeichnen.²⁴⁸

²⁴⁶ Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden, München 1919.

²⁴⁷ Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. von Otto Brunner, Stuttgart 1972, 24.

²⁴⁸ Katholisches Soziallexikon, hg. von Alfred Klose, Innsbruck-Wien 1980, 195.

Johann Christian Majer meinte dazu in Christoph Martin Wielands Literaturzeitschrift „Der Teutsche Merkur“, „In einem aufgeklärten Zeitalter, sollte aller Rang und Stand der Bürger nicht erblich, sondern persönlich; nicht zufällig, sondern verdienstlich ... eingerichtet ... sein ... Die ganze Stufenfolge des Ranges und der verschiedenen Stände sollte nach der Klassifikation der Verdienste eingerichtet, danach allein sollte der Maßstab von aller bürgerlichen Ehre genommen werden“.²⁴⁹ Majer verwendete zwar noch nicht den Begriff „Elite“, inhaltlich bedeuteten seine Worte aber den Wechsel vom erblichen Adel zur Elite als Gruppe jener „Auserwählten“, die sich ab dem 19. Jahrhundert durch ständige Leistung und dauerhaften Erfolg zu definieren versuchten.

Bedeutung und Gebrauch des Begriffes „Elite“ blieben aber auch in der Folge weiter schwankend. So war etwa für den Saint-Simonismus, einer französischen Spielart des Frühsozialismus, die Idee einer „Herrschaft der Eliten“, vergleichbar mit der „Herrschaft der Besten“, wie wir das bereits bei Plato finden. Das Bürgertum wieder verwendete Elitevorstellungen im Bemühen um Abgrenzung zu Entwicklungen der radikalen Demokratie und des Sozialismus.

Mit dem Entstehen der politischen Soziologie um 1900, mit den Arbeiten Vilfredo Paretos, Gaetano Moscas und Robert Michels entwickelte sich schließlich der Begriff „Elite“ zu einer politisch-sozialwissenschaftlichen Kategorie.²⁵⁰ Die genannten Elitentheoretiker sahen gerade in der Veränderung innerhalb der Elite den Grund für alle gesellschaftlichen Entwicklungen.

Gaetano Mosca behandelte in seiner Schrift „Sulla teorica dei governi e sul governo parlamentare“ (Theorie der Herrschaftsformen und über den Parlamentarismus 1884) die Wechselbeziehung zwischen Herrschern und Be-

²⁴⁹ Zitiert nach Brunner, Grundbegriffe, 26.

²⁵⁰ Dazu: Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart 1989; Gaetano Mosca, Die herrschende Klasse, München 1950; Vilfredo Pareto, Allgemeine Soziologie, Tübingen 1955.

herrschten. Mosca ging dabei davon aus, dass einander in allen Gesellschaften eine herrschende Minderheit und eine beherrschte Mehrheit gegenüberstünden; letztere müsste – so meinte er – infolge ihrer Unfähigkeit zur Herrschaft von der herrschenden Klasse befehligt und angeleitet werden.²⁵¹ In der Neuauflage seiner Schrift im Jahre 1923 führte Mosca innerhalb der herrschenden Klasse eine Unterteilung ein. Er ging nun davon aus, dass nur ein Teil der herrschenden Klasse tatsächlich Macht besitzen würde und eine Unterscheidung in Unterelite und regierende Elite erforderlich wäre. Die Unterelite stellte dabei das Bindeglied zwischen Herrschenden und Beherrschten dar.

Für das staatliche Leben entscheidend war für Mosca aber die Struktur der Elite. So unterschied er, bei politischer Organisation, nach autokratischem und liberalem Prinzip. Die innerhalb der politischen Klassen von ihm festgestellten aristokratischen und demokratischen Tendenzen bezeichnete er einerseits als Ergebnis der stetigen Versuche der Nachkommen von Elitenmitgliedern, die Herrschaft zu erhalten, andererseits als Ergebnis der fortlaufenden Bemühungen um eine Erneuerung der herrschenden Klasse durch ein langsames Eindringen von Individuen aus der Unterschicht – was letztlich jenes Korrektiv darstellt, das eine nachteilige Verfestigung der Elite zur geschlossenen, unflexiblen Kaste verhindern würde.²⁵²

Vilfredo Paretos Hauptanliegen war die Abfassung einer allgemeinen Gesellschaftslehre. Ein wesentlicher Bestandteil seines „Trattato di sociologia generale“ (1916) war seine Elitentheorie. Pareto benutzte den Begriff „Elite“ als wertfreie, soziologische Kategorie für jene, die infolge besonderer Leistungsfähigkeit Spitzenpositionen einnahmen und das Verhalten anderer dabei „in einer Vorbildrolle“ normativ mitbestimmen würden. Auch Pareto beschäftigte sich mit dem Kreislauf der Eliten. Für ihn war der Elitewandel als eine „Zirkulation der Eliten“ zu verstehen – die aber weniger den Übergang Ein-

²⁵¹ Wilfried Röhrich, Die repräsentative Demokratie, Ideen und Interessen, Opladen 1981, 51.

²⁵² Ebd., 53.

zelter von der Unterschicht in die Oberschicht, sondern vielmehr den Übergang ganzer Gruppen betraf, wie er sich im Kampf der Eliten um die Herrschaft ergäbe. Diese Kämpfe begännen, sobald die herrschende Elite nicht mehr fähig wäre, sich gegenüber einer gegnerischen Minderheit, einer Gegenelite, durchzusetzen. Der sich daraus ergebende, fortlaufende Wechsel und die damit verbundene Erneuerung der Elite war für Pareto der maßgebliche, entscheidende Entwicklungsfaktor jeder Gesellschaft.²⁵³

Von Robert Michels stammt das in seinen soziologischen Studien „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ entwickelte eherne Gesetz der Oligarchie, das besagt, „Erst die Organisation gibt der Masse Konsistenz“.²⁵⁴ Und Michels meinte darüber hinaus, das Bejahren von Organisation würde die Tendenz zur Oligarchie der Machtclique kraft Selbstüberhöhung und autoritärem Herrschaftswillen in sich tragen.²⁵⁵ Für Michels war die Elite eine Gruppe mit der Anlage zur Entstehung einer Oligarchie „... teils aus den Umgestaltungen des Seelenlebens, die einzelne Persönlichkeiten dieser Bewegung im Lauf der Entwicklung erfahren ... teils aber auch ... was ich als Psychologie der Organisation selbst bezeichnen möchte ...“²⁵⁶

Der Elitebegriff entwickelte sich fortlaufend weiter. Wurde von den klassischen Elitetheoretikern bei Analyse des Elitebegriffes ein dichotomer Gesellschaftsaufbau zugrunde gelegt, so differenzierten nachfolgende Theoretiker nach unterschiedlichen Begriffsverwendungen und Betrachtungsweisen. Eine Übereinstimmung unter diesen Elitetheoretikern ist daher kaum feststellbar. So wurden Eliten anhand verschiedenster Kriterien aus der Masse herausgefiltert – wie etwa mit Hilfe von Eigen- oder Fremddefinition, Qualifikation oder Einfluss.²⁵⁷ Auch trat der Begriff der Leistung in den Industriegesellschaften immer mehr in den Vordergrund und damit auch jener der Leis-

²⁵³ Ebd., 63.

²⁵⁴ Michels, Soziologie des Parteiwesens, 24.

²⁵⁵ Vgl. dazu: Röhrich, 117.

²⁵⁶ Ebd., 118.

²⁵⁷ Soziologie-Lexikon, hg. von Gerd Reinhold, München-Wien 2000, 129.

tungselite. Zu ihr zählten Inhaber von Spitzenpositionen, die infolge einer am Leistungswillen orientierten Auslese dorthin gelangt waren – und die über ihre Gruppe hinaus in der Gesellschaft die Überzeugung wecken konnten, Gesamtinteressen zu vertreten.²⁵⁸

Wurde weiteres unter Wertelite eine Auslese der jeweils Besten einer Gesellschaft verstanden, die mit ihrem Lebensstil Vorbildwirkung ausstrahlten, so blieb bei der Selbst- und Fremdeinschätzungselite die Kategorisierung abhängig von einer Selbstauswahl bzw. einer Hinzuzählung zur Elite durch Dritte. Die Macht- oder Herrschaftselite umfasste schließlich Personen, die durch ihre Positionen oder Leistungen Macht hatten und diese auch durchsetzen konnten.

Die heute gängigste Theorie verbindet mit dem Elitebegriff keine Qualitäts- oder Wertbegriffe mehr. Sie sieht Elitemitglieder als Funktionsträger von besonders wichtigen gesellschaftlichen Schaltstellen an. Wir sprechen in diesem Zusammenhang auch von Funktions- oder Positionseliten. Als ein Hauptvertreter dieser Elitetheorie gilt Otto Stammer. Für ihn ist die Führungsschicht eine im Prinzip offene Elite, die durch überlegte Kooperation nach sozialer Leistung ständig ergänzt wird.²⁵⁹ Die Funktionselite bildet keine Einheit im klassischen Sinn einer Elitentheorie. Sie entsteht vielmehr in den verschiedensten Gesellschaftsbereichen. Sie hat ihrer Aufgabe nach unterschiedliche Gruppeninteressen zu repräsentieren, aber auch ausgleichend deren soziale Integration zu veranlassen.²⁶⁰

Das spezielle Interesse der Elitenforscher galt aber den nationalen Eliten. Zu ihnen zählten Personen, die nicht bloß in einer regionalen Organisation Einfluss ausübten, sondern die auch maßgeblich und regelmäßig an den für die Gesamtgesellschaft bestimmenden, zentralen Entscheidungen beteiligt waren. Diese Art von Machtausübung ist institutionalisiert und damit an spe-

²⁵⁸ Soziologie-Lexikon, 130.

²⁵⁹ Otto Stammer, Politische Soziologie und Demokratieforschung, Berlin 1965, 172.

²⁶⁰ Ebd., 173.

zifische Ämter und Führungsfunktionen gebunden. Personen, die solche Führungspositionen in den wichtigsten Organisationen nationaler Gesellschaften bekleideten, gehörten auch zu deren Elite.

Die komplexe und unübersichtliche Gesellschaftsstruktur moderner Demokratien erschwerte bisher eine objektive Auswahl von nationalen Eliten. Es stellte sich dabei nämlich überdies die Frage, welcher Entscheidungseinfluss bei einer Untersuchung als die Zugehörigkeit bestätigende Antwort zugrundegelegt werden sollte. Die große Undeutlichkeit des Begriffes der Funktionselite brachte in weiterer Entwicklung daher die Einführung des präziseren Begriffes der Positionselite mit sich.²⁶¹

Ohne auf Pierre Bourdieu und seine Zielsetzungen zur Aufdeckung der Art und Weise, wie soziale Ungleichheiten eingerichtet und aufrecht erhalten werden, näher eingehen zu können, bleibt hier das Resultat seiner Überlegungen festzuhalten.²⁶² Danach zeichnen sich Mitglieder von Eliten dadurch aus, „dass sie über eine besonders hohe Kapitalausstattung in ökonomischer, sozialer, kultureller und symbolischer Hinsicht“ verfügen; ferner dadurch, dass sie einen „entsprechenden Habitus“ haben und ihre zahlreichen Ressourcen besonders effizient nutzen und mehren können.²⁶³ Bourdieu definierte die elitekonstituierenden Merkmale folgendermaßen:

„Eine gesellschaftliche Klasse ist nicht nur durch ihre Stellung in den Produktionsverhältnissen bestimmt, sondern auch durch den Klassenhabitus, der ‚normalerweise‘ (d. h. mit hoher statistischer Wahrscheinlichkeit) mit dieser Stellung verbunden ist.“

Die modernen Elitesoziologen sind insbesondere Demokratietheoretiker, die nun der Frage nachgehen, wie die Existenz einer Elite mit Demokratie zu vereinbaren wäre. Fast seltsam wirken daher schon die zentralen theoretischen Bezugspunkte etwa eines Max Weber im Zusammenhang mit seinen Überlegungen zur „Politik als Beruf“, seinen Gedanken zur Eliterekrutierung

²⁶¹ Dazu: Barbara Wasner, Eliten in Europa, Wiesbaden 2004, 98.

²⁶² Zitiert nach Pierre Bourdieu, Die verborgenen Mechanismen der Macht (1992). In: Barbara Wasner, Eliten in Europa, Wiesbaden 2004, 60.

²⁶³ Ebd., 66.

bis hin zur Schlüsselqualifikation von Juristen im Zugang zu Elitepositionen – wobei Weber den Grund dafür in der Ausrichtung auf den Anwaltsberuf sah. Er meinte, die Aufgabe des Anwaltes bestünde darin, Interessen (vor Gericht) zu vertreten. Der Anwalt wäre darin in besonderer Weise geschult und gerade das wäre in der Politik von besonderem Vorteil.²⁶⁴ Auch erstaunlich wirkte der Zugang Webers zur wirtschaftlichen Elite, wenn er die Religion für den nicht zu vernachlässigenden Faktor hielt, der die Wahrscheinlichkeit in eine Eliteposition aufzusteigen, bestimmen würde.

Noch weiter abgehoben gab sich Karl Mannheim mit seinem zentralen theoretischen Bezugspunkt der „frei schwebenden Intelligenz“. Sie zeichnete sich durch eine „relative Klassenlosigkeit“ aus, wobei die Bildung zum Mittel für die Herstellung dieser Klassenlosigkeit wurde.²⁶⁵ Wenn sich frei schwebende Intelligenz dadurch auszeichnete, dass sie zwar keinen Klassenstandpunkt einnahm, so konnte sie sich dennoch in die Positionen der verschiedenen Klassen einfühlen. Sie war nach Mannheim so allein fähig, die nötige gesellschaftliche Dynamik zu bewirken, aber auch die Sicherung der Erhaltung des Bewährten zu gewährleisten.²⁶⁶ Es wäre nicht der freie Wettbewerb, der die Besten nach oben brächte, sondern die systematische Auslese, die zur richtigen Auswahl der Elitemitglieder führen würde. Mit dem Übergang zur damit geplanten Gesellschaft ginge daher auch eine Wandlung der Auslese von Führungskräften einher. Mannheims Betrachtung vermittelt den Eindruck, dass er von einer Wertelite ausging, nämlich von einer Elite, die sich ihrer verantwortungsvollen Rolle zum Wohl der Gesellschaft im Klaren war.

Die gegenständliche Arbeit erlaubt es, ohne sich einer entscheidenden Mangelhaftigkeit auszusetzen, die US-amerikanischen Elitenkonzepte eines C. Wright Mills, eines Robert Dahl oder Robert D. Putman nicht weiter zu erör-

²⁶⁴ Weber, Politik, 255-267.

²⁶⁵ Wasner, Eliten, 77.

²⁶⁶ Zitiert nach Karl Mannheim, Ideologie und Utopie (1969). In: Wasner, Eliten in Europa, Wiesbaden 2004, 80.

tern²⁶⁷, wohl aber scheint eine nähere Betrachtung der Elitentheoretiker der Nachkriegszeit von Interesse.²⁶⁸ Sie schlossen an Mannheims Gedanken an, sie griffen wieder auf die Terminologie Moscas und Paretos zurück und sprachen wieder von „politischer Klasse“ und von „herrschender Klasse“.²⁶⁹

So kam von den klassischen Elitetheorien ausgehend Otto Stammer zum Ergebnis, dass unter Elite eine auserlesene Minderheit besitzender Personen besonderer sozialer, sittlicher, geistig-fachlicher und politischer Qualität zu verstehen wäre, die dadurch Führungsqualität besitzen würde. Durch ihre Vorbildwirkung nähme sie derart Einfluss, dass sie so anerkannte Wertemuster bestätigen würde. Diese Elite wäre Teil der klassischen liberalen Demokratie, einer Minoritätendemokratie auf der Basis einer gesicherten sozialen Rangstellung. Die politischen Eliten würden dabei ausschließlich aus den sozialen Oberschichten wie Adel, Honoratioren und Bildungsschichten rekrutiert. Diese Entwicklung würde aber insoweit nicht mehr den Verhältnissen der modernen Demokratie entsprechen, als diese von Vermassungsprozessen geprägt wäre.²⁷⁰ Bei der Beurteilung, wie sich Eliten unter diesen neuen Bedingungen entwickeln würden, kam Stammer letztlich zu einem funktionalistischen Ansatz. Danach wäre davon auszugehen, dass jeder gesellschaftliche Teilbereich seine eigene Elite hervorbringen würde. Jeder Aufgabenbereich, der für die Gesellschaft erfüllt werden müsste, würde von einer entsprechenden Teilelite wahrgenommen. Die Legitimation für diese Funktionseliten bestünde darin, dass die „Massen“ einerseits ein Verlangen nach Partizipation hätten, andererseits aber auch den Wunsch nach Verringerung der Komplexität der politischen Auseinandersetzung.²⁷¹ In einer Demokratie stünden Funktionseliten nicht nur unter öffentlicher Kontrolle, sondern auch unter der ihrer „Mutter-

²⁶⁷ Dazu: Wasner, Eliten, 89-95.

²⁶⁸ Wasner, Eliten, 89-100.

²⁶⁹ Ebd., 105.

²⁷⁰ Zitiert nach Otto Stammer, Politische Soziologie und Demokratieforschung (1965). In: Wasner, Eliten in Europa, Wiesbaden 2004, 106-107.

²⁷¹ Ebd., 108.

gruppen“ in jenen Bereichen, in denen sie einen Aufstieg vollzogen haben. Dadurch würde verhindert, dass sich Monopolpositionen oder Oligarchien herausbildeten. Stammer ging aber auch davon aus, dass die Teileliten voneinander nicht völlig unabhängig agierten, sondern dass die Elitenbildung als ein fortwährender Integrationsprozess zu sehen wäre. Personen oder Gruppen der verschiedenen Funktionsbereiche, die Einfluss hätten oder ihn erreichen wollten, schlossen sich daher, um den Willensbildungsprozess mitzubestimmen, in wechselnden Verbindungen zusammen.

Ralf Dahrendorfs „herrschender Klasse“, Dietrich Herzogs „Karriereweg der Eliten“ oder Klaus von Beymes „politischer Elite“ gemeinsam ist, dass sie als multiforme Machteliten zu erkennen sind. Auf sie trifft die Bezeichnung „politische Klasse“ im herkömmlichen Sinn tatsächlich nicht zu. Sie betreiben eine entideologisierte Politik, deren Karriereweg auch ein Sozialisationsweg ist. Der Aufstieg zur Elite steht hier grundsätzlich jedem offen, die Tendenz zur Oligarchisierung bleibt gering und Möglichkeiten zur Vererbung von Elitepositionen sind kaum gegeben. Soweit sich Tendenzen des „Abgehobenseins“ verstärken, sind sie vor allem auf strukturelle Entwicklungen zurückzuführen.²⁷²

5.2 Die Positionierung des Rechtsanwalts im Spektrum der Elitenkategorien

Ob sich die Identifizierung einer Elite an Merkmale wie Einkommen, Rang, Herkunft oder Ähnliches knüpft oder sich etwa als Ergebnis besonderen strategischen Einflusses definiert – stets muss mit Abgrenzungsproblemen gerechnet werden. Mögliche methodische Beurteilungshilfen zur Identifizie-

²⁷² Ebd., 117.

rung bieten der Positionsansatz, der Reputationsansatz und der Entscheidungsansatz.²⁷³

Der Positionsansatz²⁷⁴ identifiziert Eliten anhand von Führungspositionen in einflussreichen Organisationen. Durch die Verwendung des Positionsansatzes werden jene Personen festgestellt, die aufgrund ihrer Führungsrolle in bestimmten Organisationen an Entscheidungen von gesellschaftlicher Reichweite beteiligt sind oder entscheidenden Einfluss auf solche Entscheidungen haben. Einflussreiche Personen werden also aufgrund der Positionen bestimmt, die sie besetzen.

Der Reputationsansatz²⁷⁵ ermittelt der Elite zuzuordnende, einflussreiche Personen durch die Abfrage von Experten. Er bedient sich also des Urteiles von Befragten, die ersucht werden, Personen zu nennen, die sie für einflussreich halten. Die Befragten sind ein repräsentativer Querschnitt von Personen, die über die Machtverhältnisse in der Gemeinde bzw. in dem untersuchten Bereich in besonderem Maß informiert scheinen. Ihre Urteile sind naturgemäß subjektiv. Über den tatsächlichen Einfluss von auf diese Weise ermittelten Personen kann dadurch objektiv nur wenig ausgesagt werden.

Der Entscheidungsansatz²⁷⁶ analysiert repräsentative Entscheidungsprozesse unter Beachtung der dafür maßgebenden, der Elite zurechenbaren Personen. Er beurteilt, welche Personen bei Entscheidungen den eigenen Standpunkt durchsetzen bzw. gegenteilige Vorstellungen erfolgreich abblocken konnten. Da im Normalfall eine Teilnahme an Entscheidungsprozessen kaum möglich ist, kann der Einfluss einer Person bei der konkreten Entscheidung – zur Objektivierung – mit wenigen Ausnahmen allein anhand von Protokollen oder anderen Quellen festgestellt werden. Der Entscheidungsansatz versagt demzufolge bei der Identifizierung der Elite dort, wo Personen vordergründig Entscheidungen beeinflussen, aber ohne Macht sind, oder auch dort, wo

²⁷³ Vergleiche dazu und im Folgenden: Wasner, Eliten, 119-125.

²⁷⁴ Ebd., 122.

²⁷⁵ Ebd., 119.

²⁷⁶ Ebd., 121.

Macht zwar vorhanden, ihr Einfluss auf Entscheidungen, mangels Dokumentation, aber nicht nachweisbar ist.²⁷⁷

Neben diesen drei Ansätzen gibt es noch einige weitere, unter diesen vor allem den netzwerkanalytischen Ansatz.²⁷⁸ Er geht davon aus, dass Personen, die enge kommunikative Kontakte zu Elitemitgliedern haben, entweder selbst Elitemitglieder waren oder durch den Kontakt mit Mächtigen und Einflussreichen über eine gewisse Machtfülle verfügen. Bei der Feststellung von Eliten greift man auf das Instrument des persönlichen Netzwerkes zurück. Eliten werden in diesem Fall also als die Netzwerke, die um einflussreiche Personen entstehen, identifiziert. Diese Methode erfasst im Ergebnis die oligarchischen Elitestrukturen.

Zu erwähnen wäre ferner der Cleavage-Ansatz²⁷⁹, bei dem all die Personen als einflussreich betrachtet werden, die Anführer von Gruppen sind, die miteinander in Konkurrenz oder Konflikt stehen. Ähnlich gibt sich auch der Social-Activity-Ansatz.²⁸⁰ Bei ihm geht man davon aus, dass Personen, die sozial sehr aktiv sind, beispielsweise in sozialen Vereinen oder Verbänden als Mitglieder arbeiten, ein umfassendes dichtes Netzwerk und dadurch besondere Einflussmöglichkeiten haben. Zur Elite gehören nach diesem Ansatz alle Personen, die Mitglieder in möglichst vielen solchen Organisationen sind und dort auch einflussreiche Positionen einnehmen. Da sämtliche dieser Identifizierungsmethoden nur Bestandteile der Macht messen, wäre selbstverständlich eine Kombination der Ansätze nötig und vorteilhaft. Erst dadurch könnten die Defizite der einzelnen Ansätze ausgeglichen werden.²⁸¹

Von diesem Betrachtungsrahmen ausgehend, blieb die Stellung des Rechtsanwalts zu beurteilen; es war zur Elitenidentifizierung im untersuchten Zeitraum seine Positionierung im Spektrum der Elitenkategorien festzustellen.

²⁷⁷ Ebd.

²⁷⁸ Ebd., 124.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Ebd., 125.

²⁸¹ Ebd.

Geht man von Hans Peter Dreitzel aus, wonach es eine Elite, „die sich durch keine Art und keinen Grad der Qualifizierung von anderen gesellschaftlichen Gruppen ab- und heraushebt“, nicht gebe, so würde diese Annahme bei den Rechtsanwälten mit ihrer langjährigen Ausbildung in höchstem Ausmaß bestätigt.²⁸² Neben der schulischen Fortbildung bis zur Matura, dem Studium der Rechtswissenschaften, einer einjährigen Gerichtspraxis und einer mehrjährigen Praxis in einer Anwaltskanzlei musste für den Untersuchungszeitraum ein Rechtsanwalt als Voraussetzung für seine Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte überdies eine Rechtsanwaltsprüfung ablegen. Es war das eine besondere Berufsvoraussetzung, die jeden Rechtsanwaltsanwärter mit dem Abschluss seiner Praxisjahre dazu zwang, sich über Monate auf eine mündliche und schriftliche Klausurprüfung vorzubereiten. Die nach Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte begonnene Vertretungstätigkeit bei Gerichten und Behörden war dann für den künftigen Prestige-, Konsum-, Berufs- und Herrschaftsstatus des Rechtsanwaltes maßgeblich. Ein vom Rechtsanwalt über qualifizierte Leistung angestrebter Aufstieg ergab sich aber nur dann, wenn der Rechtsanwalt über die Grenzen der gesetzmäßigen Vertretung hinaus mit besonderem Eifer und besonderer Gewissenhaftigkeit für seine Klienten tätig war. Dabei musste sich der Rechtsanwalt vor allem durch Redlichkeit und Ehrenhaftigkeit auszeichnen und Ehre und Würde des Rechtsanwaltsstandes jederzeit ungeschmälert wahrnehmen.

Wie hier dargestellt, aber auch viel genereller bereits von Dreitzel konstatiert wurde, ist die Leistungsqualifikation ein entscheidendes Kriterium für den anwaltlichen Berufsstatus. Die Frage, was die Zugehörigkeit zur Elite und damit auch zur anwaltlichen Elite ausmachen könnte, beantwortete Dreitzel so: „Der Elitenbegriff bezeichnet die Inhaber von Spitzenpositionen in der Gesellschaft, die auf Grund einer sich wesentlich an der (persönlichen) Leis-

²⁸² Hans Peter Dreitzel, Elitebegriff und Sozialstruktur, Göttingen 1962, 65.

tung orientierenden Auslese in diese Positionen gelangt sind“.²⁸³ Darüber hinaus verlangte Dreitzel als weiteres notwendiges Moment den Hinzutritt der Autorität und verwies darauf, dass „sich Eliten regelmäßig im Rahmen bestimmter Gruppen und Organisationen bilden, innerhalb derer sie zunächst ihre Leistungsautorität entfalten“.²⁸⁴ Die notwendige damit verbundene Anerkennung führt nach Dreitzel bewusst, oder unbewusst, zu einer Verhaltensdetermination in der Leistungs- und Konsumsphäre und damit durch Wertorientierung zu einer Vorbildrolle von Eliten.²⁸⁵

Elitäres Wesen wird daher letztlich vorgelebt und wird die Zugehörigkeit des Einzelnen zur Elite daran gemessen, inwieweit er sich gegenüber der Gesellschaft zu Wertvorstellungen bekennt und nach diesen handelt.²⁸⁶ Gegen eine Einordnung des Rechtsanwaltes im Elitenspektrum besteht daher, so gesehen, aufgrund meiner Befunde und Ausführungen kein Einwand.

²⁸³ Ebd., 67.

²⁸⁴ Ebd. 86.

²⁸⁵ Ebd., 149-150.

²⁸⁶ Ebd., 146.

6. Zusammenfassung

Hans P. Dreitzel definiert den Begriff Elite dahin, er sei „einerseits ein tatsächlich vorhandenes Moment der Sozialstruktur, während er doch andererseits Ausdruck geistiger Bewegungen ist, durch die wenigstens teilweise jene Sozialstruktur erst entstanden ist“.²⁸⁷ In diesem Sinn sollte die gegenständliche Arbeit einen Beitrag zur Ausdeutung des Elitenbegriffes leisten. Die Diskussion über die Grundlagen der Entstehung von Eliten findet heute nicht allein in den Forschungsseminaren der Studienrichtung Geschichte statt. Diesem Anliegen widmen sich insbesondere auch die Medien mit ihren Berichten über (angebliche) Eliten, über deren Entstehen, Weiterbestehen und über die Voraussetzungen, die nötig sind, um diesen anzugehören. Es wäre aber grundfalsch, die dabei erfasste Seitenblicke-Gesellschaft, die Schickeria, die Society, aber auch Stand und Gesellschaft mit Elite gleichzusetzen. Der Szeneanwalt ist nicht notwendigerweise Elite. Die Zugehörigkeit zum Berufsstand der Rechtsanwälte ist nicht zwingend Grund dafür, elitär zu sein.

Mit dem von Bourdieu entwickelten „Klassenhabitus“ wird aber der Umstand klar, dass Bildung und Ausbildung, Beziehungen und familiäre Stellung beste Grundlagen für soziale Unterschiede und elitäre Zugehörigkeit sind. Die kulturellen, sozialen und symbolischen Momente sind es, die den Einzelnen zur Kategorie der Elite zuordenbar machen. Maßgeblich für diese Zuordnung ist jedoch auch, welche Rolle der Einzelne – hier der Rechtsanwalt – bei der Mitgestaltung der Gesellschaft einnimmt.

Dabei geht es beispielsweise um das Verhältnis zu den staatlichen Institutionen, wie etwa zu Gerichten und zu Behörden. Es geht auch darum, ob sich der Rechtsanwalt Aufgaben außerhalb des klassischen Berufsbereiches zugewendet hat. Es mag das die Funktion als Politiker, die des Vertreters in Firmengremien oder etwa die eines Vereinsmitgliedes im sozialen, kulturellen

²⁸⁷ Ebd., 60.

oder sportlichen Bereich sein. Rechtsanwälte waren nach den anwaltlichen Standesrichtlinien stets verpflichtet, bei ihrer Tätigkeit in der Öffentlichkeit Ehre und Ansehen ihres Berufsstandes zu wahren und auch in ihrem Privatleben danach zu handeln. So war die Vertretung von Klienten und die Durchsetzung ihrer Interessen für Rechtsanwälte immer ein durch Normen und ethische Grundsätze geschützter Bereich. In ihm konnten die Freiheit der Berufsausübung mit der Kreativität des unumwundenen Vorbringens und dem Bemühen um die Durchsetzung des Rechtsanspruches des Klienten auf eine subjektive, mit humanitärem Selbstverständnis gepaarte Weise gepflegt werden. Davon ausgehend und darauf beharrend war es, wie dem historischen Ablauf entnommen werden kann, für den Rechtsanwalt und seinen Stand möglich, zumindest im demokratischen Zeitbereich als Teil der Elite zu bestehen. Darunter war, unter Hinweis auf die Ergebnisse meiner Arbeit vor allem für den Zeitraum von 1918 bis 1938, das Hervorbringen von der politischen, wirtschaftlichen, juristischen und kulturellen Elite zuzurechnenden Rechtsanwälten zu verstehen. Ebenso galt das aber auch für den Rechtsanwalt als Rechtsvertreter und damit Wahrer von Gerechtigkeit, von sozialem Ausgleich und der Freiheit des Einzelnen bei ungerechter Verfolgung. Dazu bedurfte es weder des Schutzes durch Dritte noch eines hierarchisch strukturierten, elitären Machtkartells. Maßgeblich war in diesem Zusammenhang allein der wohlverstandene, individuelle Einsatz des Rechtsanwaltes und sein Mut zum Plädoyer für Freiheit und Humanität in der Zeit auch nach dem Jahr 1927. So konnte sich neben der Funktionselite im Stand der Rechtsanwälte auch eine Humanitätselite etablieren. Diese Einheit von Funktion und Humanität war letztlich dafür ausschlaggebend, dass sich ungeachtet der tragischen Verluste, bedingt durch die Verfolgung in der nationalsozialistischen Zeit, eine Konsenselite halten konnte. Sie gewährleistete mit dem Ende des nationalsozialistischen Systems, ab dem Jahr 1945, den Fortbestand des Rechtsanwaltes, auch in ethischer Hinsicht. Anlässlich der Feier des fünfzigjährigen

Bestandes des „Wiener Advokatenklubs“ am 30. April 1932 wies RA Dr. Ruzicka unter anderem darauf hin: „Ehren wir unsere Toten, halten wir fest an unseren Idealen, bewahren wir uns die Reinheit der Gesinnung, rechtfertigen wir das uns entgegengebrachte Vertrauen, stehen wir weiter ein für die Freiheit und Unabhängigkeit und für die Wohlfahrt des Standes, arbeiten wir trotz aller Ungunst der Zeit an der Vervollkommnung unserer Justiz in Gesetzgebung und Rechtsübung und gewähren wir jedem in seinem Rechte Gekränkten oder Bedrohten unseren Rat und unsere Hilfe ...“²⁸⁸

Die an die Festversammlung gerichteten Worte waren zugleich eine Mahnung an die Kollegen. Diese sollten daran erinnert werden, dass es die fortlaufende Pflicht des Rechtsanwaltes ist, sich jedem in seinen Rechten verletzten mit völliger Hingabe zu widmen und niemanden wegen seiner politischen oder religiösen Überzeugungen zu vernachlässigen. Wie aktuell diese Mahnung mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen und politischen Änderungen der Zeit war, zeigten die fortlaufenden Bemühungen des Anwaltstandes, sich soweit wie möglich den Änderungen unter Wahrung der Autonomie anzupassen. Wollte man diese Verhaltensweise kritisch beurteilen, so darf man nicht übersehen, dass im Jahr 1935 mit dem Eingreifen des Justizministers in die Standesautonomie und der damit verbundenen Abberufung von RA Kantor als Kammerpräsident jedes elitäre Gewicht der Rechtsanwälte in Frage gestellt wurde. Inwieweit sich die Hinnahme dieses Umstandes mit der Verpflichtung des Rechtsanwaltsstandes, sich offen zu einer Elite zu bekennen und als solche zu handeln, in Einklang bringen ließ – was allenfalls den Widerstand gegen die Politik des Ständestaates verlangt hätte – darf heute mit Rücksicht auf die weitere historische Entwicklung dahingestellt bleiben.

²⁸⁸ Alois Ruzicka, Fünfzig Jahre Rechtsanwaltschaft. In: Anw. Ztg. 11 (1932), 220.

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

7.1 Quellen

7.1.1 Ungedruckte Quellen

Österreichisches Staatsarchiv Wien, (AT-OeStA/AdR Justiz RJMPA (Personalakten), Kartons 15-31, 33-43, 46-53, 55-61, 63-66, 69-74.

7.1.2 Gedruckte Quellen

(Firmenregister, Disziplinarerkenntnis, Gesetzblätter, Zeitschriftenartikel)

Finanzcompass-Österreich, Jahrgang 1923, 1933, 1938, hg. vom Compass Verlag.

Erkenntnis vom 14. April 1932, Zl. Ds. 22/31, Disziplinarsenat des Obersten Gerichtshofes (Anw. Ztg.1932).

Deutsches Reichsgesetzblatt (dRGBL.) I 47/38 vom 31. März 1938.

Bundesgesetzblatt (BGBl.) 200/33 vom 26. Mai 1933.

Bundesgesetzblatt 240/33 vom 19. Juni 1933.

Bundesgesetzblatt 78/34 vom 12. Februar 1934.

Bundesgesetzblatt 100/34 vom 16. Februar 1934.

Bundesgesetzblatt 135/34 vom 16. Februar 1934.

Bundesgesetzblatt II/98 vom 22. Juni 1934.

Bundesgesetzblatt II/163 vom 30. Juli 1934.

Bundesgesetzblatt II/253 vom 24. September 1934.

Bundesgesetzblatt 75/38 vom 13. März 1938.

Gesetzblatt Österreichs 75/38 vom 13. März 1938.

Reichsgesetzblatt (RGBL.) Nr. 96/1868.

Reichsgesetzblatt Nr. 40/1872.

Staatsgesetzblatt (StGBL.) 95 vom 6. Februar 1919.

Staatsgesetzblatt 598 vom 19. Dezember 1919.

Juristische Blätter (Jur. Bl.) Jahrgänge 1919 – 1930:

Adolf Bachrach, Rechtsanwaltliche Reformen. In: Jur. Bl. 15 (1930), 309-311.

Richard Beer, Die Advokatur und der Übergang zum sozialen Volksstaat. In: Jur. Bl. 1/2 (1919), 3-4.

Max Braun, Reformbedürftigkeit des Disziplinarstatutes. In: Jur. Bl. 8 (1930), 166f.

Ernst Bum, 1918. In: Jur. Bl. 1/2 (1919), 1.

Ders., Wien am 23. Februar 1919. In: Jur. Bl. 1/2 (1919), 52.

Ders., Aus den Vereinen. In: Jur. Bl. 21/22 (1919), 168-171.

Ders., Aus den Advokatenkammern. In: Jur. Bl. 48 (1919), 39f.

Ders., Aus den Vereinen, Wiener Juristische Gesellschaft. In: Jur. Bl. 48 (1919), 46f.

Ders., Aus den Rechtsanwaltskammern. In: Jur. Bl. 48 (1919), 341-343.

Ders., Wien, am 2. November 1919. In: Jur. Bl. 48 (1919), 342.

Hermann Eckel, Nachruf Dr. Eduard Coumont. In: Jur. Bl. (1930), 331f.

Heinrich Herbatschek, Korrespondenzen. Neuorganisation der Rechtsanwälte. In: Jur. Bl. 48 (1919), 395.
 Ders., Korrespondenzen. In: Jur. Bl. 49/50 (1919), 414.
 Max Hitschmann, Zum autonomen Mindesttarif. In: Jur. Bl. 31 und 32 (1919), 251.
 Ludwig Kornel, Die Advokatur als Beruf und die Gerechtigkeit. In: Jur. Bl. 1/2 (1923), 2-4.
 Heinrich Scharfmesser, Wirtschaftliche Advokatenvereinigung. In: Jur. Bl. 48 (1919), 121f.
 Friedrich Schnek, Zur neueren Österreichischen Strafgesetzgebung. In: Jur. Bl. 17 (1934), 360.

Österreichische Anwalts-Zeitung (Anw. Ztg.) Jahrgänge 1924 – 1938:

Paul Abel, Der V. Kongreß der Union Internationale des Advocats. In: Abw. Ztg. 19 (1933), 349-353.
 Adolf Bachrach, Unsere Kammerwahlen. In: Anw. Ztg. 22 (1926), 321-323.
 Ders., Standeswürde und Disziplinarverfahren. In: Anw. Ztg. 7 (1927), 121-123.
 Ders., Ethik des Rechtsanwaltes In: Anw. Ztg. 6 (1929), 101-113.
 Rudolf Braun, Eine Novelle zur Rechtsanwaltsordnung. In: Anw. Ztg. 7/8 (1924), 52-56.
 Ders., Die Grenzen der Freiheit der Advokatur. In: Anw. Ztg. 7 (1925), 80-86.
 Ders., Personalmeldungen – Dr. Rudolf Proksch. In: Anw. Ztg. 24 (1927), 410.
 Ders., Die Verantwortlichkeit des Anwalts. In: Anw. Ztg. 8 (1929), 141f.
 Ders., Budapest Eindrücke. In: Anw. Ztg. 9 (1934), 333f.
 Ders., Wünsche der Rechtsanwaltschaft. In: Anw. Ztg. 3 (1936), 50-52.
 Rudolf Braun, Hans Spitzer, Bezugseinladung. In: Anw. Ztg. 1 (1927), 1.
 Ferdinand Degenfeld-Schonburg, Der Anwaltsberuf in der Volkswirtschaft. In: Anw. Ztg. 1/2 (1934), 3f.
 Hermann Eckel, Gemeinsame Not. In: Anw. Ztg. 1 (1927), 2f.
 Max Eitelberg, Zur Frage einer ständischen Versicherung der Rechtsanwaltschaft. In: Anw. Ztg. 2 (1938), 31-33.
 Fritz Flandrak, Einige neue Tatbestände im Bundesgesetz vom 19. Juni 1934. In: Anw. Ztg. 13/14 (1934), 245f.
 Heinrich Foglar-Deinhardstein, Die Einbeziehung der Rechtsanwaltschaft in den Berufsstand „Freie Berufe“. In: Anw. Ztg. 21 (1937), 385-390.
 Siegfried Geyerhahn, Die Rechtsanwälte und die Politik. In: Anw. Ztg. 7-12 (1925), 86-88.
 Hans Gödel, Reformvorschläge für Grundbucheinträge. In: Anw. Ztg. 22 (1927), 370f.
 Hugo Groß, Zur Frage der Krankenversicherung der Rechtsanwälte. In: Anw. Ztg. 4 (1933), 64f.
 Otto Haemmerle, „Ihre Klasse“ (1932), 2f.
 Ders., Problematische Kuren. In: Österreichische Anw. Ztg. 6 (1927), 101-103.
 Paul Herzog, Die Krankenversicherungsanstalt der Rechtsanwälte. In: Anw. Ztg. 4 (1933), 65-67.
 Emil Hofmannsthal, Administrative Aufhebung der Anwaltsbefugnis. In: Anw. Ztg. 8 (1934), 149f.
 Ernst Jahoda, Geschichte und Advokatengeschichten Anw. Ztg. 5 (1930), 227f.
 Eugen Kalmus, Die Pensionsversicherung der österreichischen Rechtsanwaltschaft. In: Anw. Ztg. 24 (1937), 450f.
 Siegfried Kantor, Die Zukunft der Advokatur. In: Anw. Ztg. 8 (1927), 141-144.
 Ders., Zur Zehnjahresfeier der „Österreichischen Anwalts-Zeitung“. In: Anw. Ztg. 1/2 (1934), 5f.

- Richard Kastner, Die Forderung der Anwaltschaft nach ausschließlicher Betrauung von Anwälten mit der Funktion als Ausgleichsverwalter und Konkursmasseverwalter. In: Anw. Ztg. 15/16 (1933), 287f.
- Erich Konrad, Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Berufsstand „Freie Berufe“. In: Anw. Ztg. 4 (1937), 67-74.
- Ludwig Lieban, Eintragung oder Hinterlegung?. In: Anw. Ztg. 22 (1927), 365-369.
- Ernst Lohsing, Die administrative Suspension der Anwaltsbefugnis. In: Anw. Ztg. 6 (1934), 112-114.
- Ders., Bemerkungen zur Amnestie 1938. In: Anw. Ztg. 4 (1938), 61-63.
- Otto Mayr, Der Einbau der Rechtsanwaltschaft in die berufsständische Verfassung. In: Anw. Ztg. 2 (1936), 21f.
- Ders., Dem achten deutschen Juristentage in der Tschechoslowakei. In: Anw. Ztg. 9/10 (1937), 161f.
- Ders., Zum dreißigjährigen Bestand der „Vereinigung der österreichischen Richter“. In: Anw. Ztg. 23 (1937), 425f.
- Oskar Meister, Kleine Beiträge. In: Anw. Ztg. 15/16 (1933), 306.
- Hans Mittler, Anwälte- oder Anwärter Sperre. In: Anw. Ztg. 13 (1926), 193-201.
- Moritz Pollatschek, Anwaltliche Probleme. In: Anw. Ztg. 25 (1925), 230-234.
- Die Pressestelle der Rechtsanwaltskammer in Wien. In: Anw. Ztg. 14 (1937), 2.
- Samuel Ringer, Zum Kapitel: Überlastung der Gerichte. In: Anw. Ztg. 15/16 (1929), 309.
- Alois Ruzicka, Fünfzig Jahre Rechtsanwaltschaft. In: Anw. Ztg. 11 (1932), 216-221.
- Heinrich Scharfmesser, Unser Disziplinarverfahren. In: Anw. Ztg. 14 (1927), 244-247.
- Isidor Schlesinger, Zur Pensionierungsfrage der Anwälte. In: Anw. Ztg. 8 (1937), 141-146.
- Edmund Schletter, Der Rechtsanwalt als Berater. In: Anw. Ztg. 9 (1933), 161-166.
- Kurt Schuschnigg, Der „Österreichischen Anwalts-Zeitung“ zu ihrem zehnjährigen Bestande. In: Anw. Ztg. 1/2 (1934), 2.
- Ders., Der Winterhilfe zum Geleit. In: Anw. Ztg. 20 (1937), 366f.
- Schwamm, Zur Frage der Wiederherstellung des Grundbuches. In: Anw. Ztg. 22 (1927), 372f.
- Hans Spitzer, Maßnahmen gegen die Winkelschreiberei. In: Anw. Ztg. 24 (1926), 353-355.
- Ders., Deutsch-Österreichische Rechtsannäherung. In: Anw. Ztg. 4 (1927), 78.
- Ders., Die Ständige Vertreterversammlung der Rechtsanwaltskammern Österreichs. In: Anw. Ztg. 1 (1927), 12-14.
- Ders., Standesfragen. Die Enquete über die Novelle zur Rechtsanwaltsordnung. In: Anw. Ztg. 4 (1927), 73f.
- Ders., Aussprache über die Zweckmäßigkeit von Sperrmaßnahmen in der österreichischen Rechtsanwaltschaft. In: Anw. Ztg. 5 (1927), 81-88.
- Ders., Die ordentliche Vollversammlung der Mitglieder der Rechtsanwaltskammer in Wien vom 31. März. In: Anw. Ztg. 8 (1927), 151-157.
- Ders., Kleine Mitteilungen. In: Anw. Ztg. 14 (1927), 255.
- Ders., Standesfragen. In: Anw. Ztg. 15. und 16 (1927), 276f.
- Ders., Die freien Berufe und die Dringlichkeit der Steuerreform. In: Anw. Ztg. 21 (1927), 349-351.
- Ders., Zur Frage der Versorgung der Rechtsanwälte. In: Anw. Ztg. 22 (1927), 379f.
- Ders., Die außerordentliche Vollversammlung der Mitglieder der Rechtsanwaltskammer in Wien vom 10. Oktober 1927. In: Anw. Ztg. 24 (1927), 408-410.
- Ders., Wiederherstellung des Grundbuches. In: Anw. Ztg. 24 (1927), 403-408.
- Ders., Die Notlage der Anwaltschaft und Mittel zu ihrer Abhilfe. In: Anw. Ztg. 25 (1928), 446-449.
- Ders., Die Herabsetzung des Rechtsanwaltsstarifs. In: Anw. Ztg. 24 (1931), 469f.

- Ders., Zum fünfzigjährigen Bestand des „Zentralblatts für die juristische Praxis“. In: Anw. Ztg. 1 (1933), 8f.
- Ders., Die achte Gerichtsentlastungsnovelle. In: Anw. Ztg. 17 (1933), 309-318.
- Ders., Die Vertretung der österreichischen Rechtsanwaltschaft in den gesetzgebenden Körperschaften. In: Anw. Ztg. 22 (1934), 405.
- Ders., Die Lage der Rechtsanwaltschaft Österreichs und ihre Postulate. In: Anw. Ztg. 16-18 (1936), 324-332.
- Ders., Die zweite Tagung des Frontringes der Rechtsanwälte. In: Anw. Ztg. 1 (1937), 13f.
- Ders., Der Besuch des ungarischen Anwaltsbundes in Wien. In: Anw. Ztg. 13/14 (1937), 245-250.
- Ders., Dr. von Schuschniggs Aufbau- und Friedenswerk. In: Anw. Ztg. 15/16 (1937), 273f.
- Ders., Zum Wechsel in der Leitung des Bundesministeriums für Justiz. In: Anw. Ztg. 4 (1938), 61.
- Emmerich Stefenelli – Prenterhof – Hohenmaur, Zur Frage der Abkürzung der siebenjährigen Vorbereitungspraxis der Rechtsanwaltsanwärter. In: Anw. Ztg. 13 (1926), 211.
- Hugo Strauß, Einige Winke zur Fassionszeit. In: Anw. Ztg. 4 (1938), 64f.
- Josef Strobach, Und wir Anwälte. In: Anw. Ztg. 25 (1928), 440-442.
- Hermann Thorn, Maßnahmen zur Gesundung des Anwaltsstandes (1926), 84-88.
- Robert Ticho, Gegenwartsfragen des Anwaltsstandes (1930), 125-130.
- Ders., Der Deliktscharakter der gerichtlich verfolgbaren Winkelschreiberei. In: Anw. Ztg. 18 (1937), 325-328.
- Ders., Gerichtliches Einschreiten gegen Winkelschreiber – keine Justizverwaltungssache. In: Anw. Ztg. 1 (1938), 2-6.
- Georg Weisl, Ein Fond für anwaltliche Wohlfahrtszwecke. In: Anw. Ztg. 1 (1933), 6-8.
- Otto Weissel, Die leidige Honorarfrage. In: Anw. Ztg. 2 (1927), 26f.
- Ders., Die konfliktlose Streitverhandlung. In: Anw. Ztg. 4 (1927), 65-67, 104-106, 147f.
- Ders., Immunität und kein Ende. In: Anw. Ztg. 9 (1929), 169f.
- Ders., Die Advokaten unserer Zeit (1932), 149f.
- Ders., Rechtsnot – Anwaltsnot. In: Anw. Ztg. 12 (1936), 225-227.
- Maximilian Winkler, Zum Kapitel: Überlastung der Gerichte. In: Anw. Ztg. 15/16 (1929), 308f.
- Karl Georg Wurzel, Unsere Kammerwahlen. In: Anw. Ztg. 2 (1927), 27-30.

7.1.3 Elektronische Quellen

Republik Österreich – Parlamentsdirektion, Republik Österreich – Parlament.
<http://www.parlament.gv.at/WW/PARL1918/ALPHA>
http://www.parlament.gv.at/WW/BREG/BREG1920_1996 (konsultiert am 23.4.2006)
<http://www.parlament.gv.at/WW/BR/BR1920/> (konsultiert am 14.7.2007)

7.2 Literatur

- Jakob Ahrer, Erlebte Zeitgeschichte, Wien 1930.
- Rudolf G. Ardelt, Zwischen Demokratie und Faschismus, Deutschnationales Gedankengut in Österreich 1919-1930, Wien-Salzburg 1972.
- Karl Ausch, Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption, Wien 1968.
- Karl Bachinger, Umbruch und Desintegration nach dem Ersten Weltkrieg. Österreichs wirtschaftliche und soziale Ausgangssituation in ihren Folgewirkungen auf die Erste Republik, Habil. Wirtsch. Univ. Wien 1981.

- Peter Bachrach, Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft. Eine kritische Analyse, Frankfurt am Main 1967.
- Kurt Bauer, Sozialgeschichtliche Aspekte des nationalsozialistischen Juliputsches 1934, Diss. Univ. Wien 2001.
- Ders., Elementarereignis. Die österr. Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934, Wien 2003.
- Edmund Benedikt, Die Advokatur unserer Zeit, Berlin 1912.
- Franz Rudolf Bienenfeld, Die Haftungen ohne Verschulden, Wien 1933.
- Ders., Die Religion der religionslosen Juden, Wien 1939.
- Luc Boltanski, Die Führungskräfte. Die Entstehung einer sozialen Gruppe, Frankfurt am Main-New York-Paris 1990.
- Thomas Bottomore, Elite und Gesellschaft, Eine Übersicht über die Entwicklung des Eliteteblems, München 1966.
- Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918-1938 (München 1983).
- Pierre Bourdieu, Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg 1992. In: Barbara Wasner, Eliten in Europa, Wiesbaden 2004, 60.
- Ders., Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg 1991.
- Ders., Satz und Gegensatz. Über die Verantwortung der Intellektuellen, Berlin 1989.
- Wilhelm Brauneder, Leseverein und Rechtskultur, Der juridisch-politische Leseverein zu Wien 1840-1990, Wien 1992.
- Otto Brunner (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1972.
- Wilhelm Bürklin, Hilke Rebenstorf (Hg.), Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997.
- Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit, Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1961.
- Hans Peter Dreitzel, Elitebegriff und Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse, Stuttgart 1962.
- Peter Eigner, Die Konzentration der Entscheidungsmacht. Die personellen Verflechtungen zwischen den Wiener Großbanken und Industrieaktiengesellschaften 1895-1940. Phil. Diss., Wien 1997.
- Gottfried Eisermann, Vilfredo Pareto, Ein Klassiker der Soziologie, Tübingen 1987.
- Paul Emödi (Hg.), Wer ist wer, Lexikon Österr. Zeitgenossen, Wien 1937.
- Otto Ender, Die neue österreichische Verfassung, Wien 1934.
- Gertrude Enderle-Burcel, Mandatare im Ständestaat 1938. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Staatsrates, Bundeskulturrates, Bundeswirtschaftsrates und Landesrates sowie des Bundestages, Wien 1991.
- Dies., Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Wien 1980.
- G. Lowell Field, John Higley, Eliten und Liberalismus, Opladen 1983.
- Georg Frochlich, Die „Verfassung 1934“ des Bundesstaates Österreich, Baden 1936.
- Gertraud Fuchs, Die Vermögensverkehrsstelle als Arisierungsbeförde jüdischer Betriebe. Dipl. Arb. Wirtsch. Uni. Wien 1989.
- Murray G. Hall, Der Fall Bettauer, Wien 1978.
- Rudolf Hamann, Paretos Elitentheorie und ihre Stellung in der neueren Soziologie, Stuttgart 1964.
- Ernst Hanisch, Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918-1938, Wien-Salzburg 1977.
- Michael Hartmann, Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft, Frankfurt am Main 2002.
- Ders., Juristen in der Wirtschaft. Eine Elite im Wandel, München 1990.

- Rechtsanwaltsordnung und Disziplinarstatut, hg. von Viktor Heller und Ernst Jahoda, Wien 1957.
- Dietrich Herzog, Politische Karrieren, Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Opladen 1975.
- Ursula Hoffmann-Lange, Eliten, Macht und Konflikt, Opladen 1992.
- Everhard Holtmann, Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933-1938, Wien 1978.
- Peter Hübner, Herrschende Klasse und Elite. Eine Strukturanalyse der Gesellschaftstheorien Moscas und Paretos, Berlin 1967.
- Gerhard Jagschitz, Der österreichische Ständestaat 1934-1938. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, hg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983.
- Ernst Jahoda, Geschichte der österreichischen Advokatur 1918-1973, bearb. von Dr. Doris Ströher, Wien 1978.
- Heinrich Jaques, Die freie Advocatur und ihre legislative Organisation. Eine Abhandlung zur Reform der deutschen und österreichischen Gesetzgebung, Wien 1868.
- Ludwig Jedlicka, Rudolf Neck (Hg.), Vom Justizpalast zum Heldenplatz, Wien 1975.
- Elisabeth Jelinek, Der politische Lebensweg Dr. H. Matajas. Ein Beitrag zur Geschichte der Christlich-Sozialen-Partei in der Ersten Republik. Phil. Diss. Univ. Wien 1970.
- Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938, hg. von Franz Kadrnoska, Wien 1981.
- Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden, München 1919.
- Katholisches Soziallexikon, hg. von Alfred Klose, Innsbruck-Wien 1980.
- Suzanne Keller, Beyond the Ruling Class. Strategic Elites in Modern Society, New York 1963.
- Hans Kelsen, Reine Rechtslehre, Leipzig-Wien 1934.
- Victor Kienböck, Das österreichische Sanierungswerk, Stuttgart 1925.
- Ulrich Kluge, Der österreichische Ständestaat. Entstehung und Scheitern, Wien 1984.
- Hermann Kraszna, Advokatenporträts, Wien 1920.
- Friedrich Kübl, Geschichte der österreichischen Advokatur, hg. von Dr. Doris Ströher, Wien 1981.
- Otto Leichter, Glanz und Ende der Ersten Republik, Wien-Köln-Stuttgart-Zürich 1964.
- Ders., Zwischen zwei Diktaturen, Wien 1968.
- Ernst Lohsing, Österreichisches Anwaltsrecht, Wien 1950.
- Sylvia Maderegger, Die Juden im österreichischen Ständestaat 1934-1938. Veröff. des Hist. Inst. der Univ. Salzburg, Wien-Salzburg 1973.
- Karl Mannheim, Ideologie und Utopie 1969. In: Wasner, Eliten in Europa, Wiesbaden 2004, 80.
- Eduard März, Österreichische Bankenpolitik in der Zeit der großen Wende 1919-1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien 1981.
- Ders., Ständestaat Österreich, Wien o. J.
- Adolf Merkel, Die ständisch-autoritäre Verfassung Österreichs. Ein kritisch-systematischer Grundriss, Wien 1935.
- Ingeborg Messerer, Die Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs. Ein Beitrag zur Geschichte der Wehrverbände in der Republik Österreich. Phil. Diss. Univ. Wien 1963.
- Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart 1989.
- Anton von Miller Bienenfeld, Deutsche und Juden, Mährisch Ostrau 1936.
- Gaetano Mosca, Die herrschende Klasse, München 1950.
- Wolfgang Neugebauer (Hg.), Simon Josef. Erinnerungen eines österr. Sozialisten – eine sehr persönliche Zeitgeschichte, Wien 1979.

- Stephan Neuhäuser, Der österreichische Legitimus in der ersten Republik 1918-1938 unter besonderer Berücksichtigung seiner Organisationen, Dipl. Arb. Univ. Wien 1991.
- Ders., Wir werden ganze Arbeit leisten. Der austro-faschistische Staatsstreich 1934, Nordestedt 2004.
- Vilfredo Pareto, Allgemeine Soziologie, Tübingen 1955.
- Jean-Claude Passeron, Die Illusion der Chancengleichheit, Stuttgart 1971.
- Das Jahrbuch der Wiener Gesellschaft. Biographische Beiträge zur Wiener Zeitgeschichte, hg. von Franz Planer, Wien 1929.
- Gerhard Popp, Der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen CV in Österreich 1864-1938. Organisation und Öffentlichkeitswirkung, Diss. Univ. Wien 1980.
- Ders., Der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen in Österreich 1864-1938, Wien 1980.
- Peter Putzer, Die Salzburger Rechtsanwaltskammer. Mat. zur Geschichte der Advokatur in Salzburg, Salzburg 1992.
- Hilke Rebenstorf, Die politische Klasse. Zur Entstehung und Reproduktion einer Funktionselite, Frankfurt am Main 1995.
- Günter Rehak, Zum theoretischen Selbstverständnis des Faschismus In: Faschismus, Theorien, Fallstudien, Unterrichtsmodelle, hg. von Sylvia Lausecker, Wien-München 1980.
- Ludwig Reichhold, Kampf um Österreich, Wien 1985.
- Ders., Opposition gegen den christlichen Antifaschismus 1934-1938, Wien 1964.
- Soziologie-Lexikon, hg. von Gerd Reinhold, München-Wien 2000.
- Karl Renner, An der Wende zweier Zeiten, Wien 1946.
- Walter Riehl, Geschichte des Nationalsozialismus, Leipzig 1933.
- Wilfried Röhrich (Hg.), Demokratische Elitenherrschaft. Traditionsbestände eines sozialwissenschaftlichen Problems, Darmstadt 1975.
- Ders., Die repräsentative Demokratie, Ideen und Interessen, Opladen 1981.
- Claudia Scheiber, Der ÖCV als Beispiel einer politischen Elite – unter besonderer Berücksichtigung der Ministerialbürokratie, Dipl. Arb. Univ. Innsbruck 1992.
- Barbara Schildböck, Geschichte der Juden in Mödling, Dipl. Arb. Univ. Wien 1988.
- Roland Schmidl, Der deutsche Turnerbund 1919 und seine politische Relevanz in der ersten Republik Österreich, Diss. Univ. Wien 1979.
- Gerhard Senft, Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates: Österreich 1934-1938. Habilschrift Wirtschaftsuniv. Wien 2001.
- Hannes Siegrist, Advokat, Bürger und Staat, Frankfurt am Main 1996.
- Walter B. Simon, Österreich 1918-1938, Wien 1984.
- Otto Stammer, Das Elitenproblem in der Demokratie. In: Politische Soziologie und Demokratieforschung. Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Soziologie und Politik, Berlin 1965, 172.
- Ders., Elite und Elitenbildung. In: Wörterbuch der Soziologie, hg. von Wilhelm Bernsdorf, Stuttgart 1969.
- Ders., Politische Soziologie und Demokratieforschung 1965. In: Wasner, Eliten in Europa, Wiesbaden 2004, 106f.
- Anton Staudinger, Katholischer Antisemitismus in der Ersten Republik. In: Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, hg. von Gerhard Botz, Ivar Oxaal und Michael Pollak, Buchloe 1990.
- Helmuth Stockhammer, Der Männerbund ÖCV um 1970. Dipl. Arb. Univ. Linz 1970.
- Gustav Stolper, Deutschösterreich als Sozial- u. Wirtschaftsproblem, München 1921.
- Julius Streicher (Hg.), Die Judengesetze Großdeutschlands, Nürnberg 1939.
- Werner Sulzgruber, Die jüdische Gemeinde Wr. Neustadt, Wien 2005.

- Austrofaschismus, Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938, hg. von Emerich Talos und Wolfgang Neugebauer, Wien 1984.
- Gert Tschögl, Barbara Tobler, Alfred Lang (Hg.), Vertrieben, Erinnerungen burgenländischer Juden und Jüdinnen, Wien 2004.
- Karl Wache (Hg.), Deutscher Geist in Österreich. Ein Handbuch des völkischen Lebens in der Ostmark, Dornbirn 1933.
- Barbara Wasner, Eliten in Europa, Wiesbaden 2004.
- Max Weber, Politik als Beruf. In: Reden die die Welt bewegten, hg. vom Phaidon Verlag GmbH, Essen o. J., 255-267.
- Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag, hg. von Erika Weinzierl, Wien 1974.
- Max Weiser, Rechtsanwaltsordnung und Disziplinarstatut, Wien 1927.
- Franz Winkler, Die Diktatur in Österreich, Leipzig 1935.
- Peter Wrabetz, Österreichs Rechtsanwälte in Vergangenheit und Gegenwart, Wien 2004.
- Wolfgang Zapf (Hg.), Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, München 1965.
- Ders., Wandlungen der deutschen Elite, München 1965.
- Ders., Theorien des sozialen Wandels, Köln 1971.

Abstract

Die Gründung der Rechtsanwaltskammer in Wien und ihre historische Darstellung sind die Grundlage dafür, sich das Bestehen des Anwaltsstandes in seiner überzeitlichen Form vor Augen zu führen und dem elitären Gehalt dieses Berufsstandes und seiner Mitglieder nachzuforschen. Die Untersuchung geht dabei allein auf den Zeitraum 1918 bis 1938 ein. Wenn sich nach dem Ersten Weltkrieg die politische Landkarte veränderte und damit die Identitätssuche der Republik Deutsch-Österreich begann, so war das für die in diesem Land arbeitenden Rechtsanwälte nicht anders. Die Umstellung von der großen Monarchie auf die kleine Republik war unendlich schwierig. Die große Anzahl an Rechtsanwälten, der dadurch bedingte Konkurrenzdruck, die fehlende Nachfrage und das geringe Einkommen prägten den Existenzkampf der Jahre 1919 bis 1938 im Anwaltsstand. Ethik, Standesrichtlinien und der freie Zugang zum Anwaltsberuf – bei Erbringung der gesetzlich geregelten Erfordernisse, insbesondere der universitären und praktischen Ausbildung – traten als weitere Erschwernisse hinzu, die ein gesichertes, wirtschaftliches Fortkommen in Frage stellten. Die vorliegende Arbeit stützt sich zu einem wesentlichen Teil auf Quellenmaterial aus Zeitschriften²⁸⁹, die gerade bei der schwierigen politischen Situation eine identitätsstiftende, das Standesbewusstsein fördernde Rolle hatten. Nach einem kurzen Abriss der anwaltlichen Rahmenbedingungen, wie es Klientenschicht, Kanzleistruktur und Niederlassungsdichte darstellen, kommen verschiedene Tätigkeitsbereiche der Rechtsanwälte zur Sprache. Vom Vertreter vor Gericht und Behörden oder als politischer Mandatar bis hin zum Verwaltungsrat in wirtschaftlicher Funktion reicht der mögliche Arbeitsbereich eines Anwaltes. Im Kapitel über den politischen Wandel der Jahre 1919 bis 1938 werden besondere Problemstellungen des Anwaltsstandes wie etwa Winkelschreiberei, Numerus clausus, Tarifgestaltung, das

²⁸⁹ Auf die „Juristischen Blätter“ und die „Österreichische Anwalts-Zeitung“.

Verhältnis zur Justizverwaltung, Vorsorge und Autonomie dargestellt. In dem auf Elitensicht speziell zugeschnittenen fünften Kapitel wird unter Bedacht auf die in den Vorkapiteln verwendeten exemplarischen Zugänge das Augenmerk insbesondere darauf gerichtet, inwieweit der Rechtsanwalt und sein Berufsstand in der breiten Auffächerung der modernen Elitentheorien einen Platz finden können. Die abschließende Betrachtung von Funktions- und Humanitätselite im Rahmen einer standeserhaltenden Konsenselite ist als Quintessenz menschlicher Möglichkeiten im untersuchten Zeitraum der Jahre 1919 bis 1938 und im Übergang von der Fiktion zur Realität dieses Berufsstandes zu sehen.

Lebenslauf

Dr. Hans Wagner, geb. 11. 12. 1943, verheiratet, 2 Kinder.

Ich maturierte am 1. 7. 1961 am Bundesgymnasium Wiener Neustadt. Vom Wintersemester 1961/62 bis zum Sommersemester 1965/66 absolvierte ich das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Am 5. 12. 1967 zum Dr. jur. promoviert, war ich nach Absolvierung des Gerichtsjahres als Rechtsanwaltsanwärter tätig. Nach Ablegung der Rechtsanwaltsprüfung bin ich seit 11. 12. 1973 als Rechtsanwalt in Wien beruflich tätig. Bei dem im Sommersemester 1991 an der Universität Wien begonnenen Diplomstudium Geschichte mit Nebenfach Fächerkombination, nach beruflich bedingter Verzögerung ab dem Jahr 2002 wieder fortgesetzt, ergaben sich Interessenschwerpunkte im Bereich Erste Republik und Lateinamerika, was sich durch die Absolvierung entsprechender Vorlesungen, Seminare und Forschungsseminare zum Teil bestätigt.